

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

**.....
HERAUSGEGEBEN VON PROF. RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR. HERMANN BECK: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W 35
.....**

**AUSGEGEBEN MITTE NOVEMBER 1907
I. JAHR I. HEFT**



**BERN
HARD**

INHALT:

.....

NACHDRUCK IST NUR AUS DER ZEITUNGSKORRESPONDENZ
„DDF“ BERLIN W. 50 SPICHERNSTRASSE 17 GESTATTET.

.....

GELEITWORT DES HERAUSGEBERS	3
PROF. DR. KARL LAMPRECHT, LEIPZIG: NATIONALISMUS UND UNIVERSALISMUS IN DEUTSCHLAND	5
SIR CHARLES W. DILKE, LONDON: MINIMALLOHN ALS SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG	10
FRÉDÉRIC PASSY, PARIS, MEMBRE DE L'INSTITUT: TENDENZEN DER ANNÄHERUNG DER KULTUR- VÖLKER	16
LINO FERIANI, ROM, STELLVERTRETENDER GENERAL- PROKURATOR: FRAUEN- UND KINDERSCHUTZ- BEWEGUNG IN ITALIEN	20

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS	24
---	----

KORRESPONDENZEN:

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG	32
POLITISCHE ENTWICKLUNG	44
SOZIALE ENTWICKLUNG	61
ARBEITERBEWEGUNG	80
TECHNISCHER UND WISSENSCHAFTL. FORTSCHRITT	84
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG	90
NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN	97
NEUE KÜNSTLERISCHE TENDENZEN	102
NEUE LITERARISCHE TENDENZEN	110

.....

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

GELEITWORT



UNSERE Zeitschrift will alle Entwicklungslinien menschheitlicher Kultur zusammenfassen! Diesem Zwecke wird zunächst eine zentralisierte Berichterstattung über die bisher fast ganz isoliert verlaufenden Kulturbewegungen der einzelnen Länder dienen.

Ein Stab von etwa 200 ständigen Korrespondenten wird in kurzen Berichten die wesentlichen Tatsachen und Tendenzen des Fortschritts darlegen. Vor allem sollen hier auch die großen Entwicklungsmöglichkeiten der indischen, siamesischen, chinesischen und japanischen Kultur von berufenen Bürgern dieser Länder erschöpfend dargestellt werden. Die Darlegung der Erfolge australischer Sozialgesetzgebung wird den europäischen Nationen den Weg zu ähnlich gerichteten Reformen zu weisen vermögen, die Schilderung wirtschaftlicher Neubildungen Amerikas wird dem alten Europa wertvolles Erfahrungsmaterial zuführen, Chinas positivistische Kultur, Indiens neue Religionstendenzen und Japans impressionistische Kunst werden unserem eigenen Geistesleben wertvolle Anregungen geben. Und wieviel können die europäischen Nationen selbst voneinander lernen, wie sehr tut ihnen tiefergehendes Verständnis der seelischen Kräfte des Nachbarvolkes not! Jedes Volk hat bestimmte Kulturkomplexe zu besonderer Vollendung ausgebaut, und all dies Vorzüglichste der Völker einander zu erschließen, soll die Aufgabe dieser Zeitschrift sein.

Diesem Ziele wollen wir aber nicht nur durch ein Zusammentragen von Tatsachen dienen, vielmehr sollen die Berichte verarbeitet werden; in soziologischer Betrachtung werden ihre großen letzten Zusammenhänge dargelegt werden.

Endlich aber wird versucht werden, aus den Erfahrungen des einen Landes die notwendige Kulturarbeit für die anderen abzuleiten, Anregungen zu geben, nicht durch utopistische Erfindung von Ideen, sondern durch Vertiefung der Kenntnis der verschiedenen nationalen Entwicklungen. Solcherart soll den gesunden fortschrittlichen Tendenzen zum bewußten Durchbruch verholfen werden, will die Zeitschrift auf immer neue Kulturarbeit dringen, mit einem Worte: Kulturbauen helfen.

Die Zeitschrift wird in drei Teilen enthalten:

1. Abhandlungen aus der Feder repräsentativer Persönlichkeiten der verschiedenen Nationen;
2. Eine vom soziologischen Gesichtspunkte aus geschriebene Gesamtwürdigung der neuen Tatsachen und Entwicklungstendenzen der Gattung;
3. Knappe Berichte und weiterausgreifende periodische Umschauen über die verschiedenen Linien menschheitlichen Fortschritts: über ökonomische, politische und soziale Entwicklung, Arbeiterbewegung, technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, moralische und Rechtentwicklung, neue religiöse, künstlerische und literarische Tendenzen.

Diese Berichte sollen nicht in erster Linie Erscheinungen von Tagesinteresse, sondern vor allem zukunftsbaue Entwicklungsansätze besprechen. All das soll in erster Linie erfaßt werden, was im Lande des betreffenden Korrespondenten in für andere Länder vorbildlicher Weise hervortritt.

Unsere Zeitschrift erscheint in einer französischen, deutschen und englischen Ausgabe. Das ermöglicht uns, gleichzeitig auf diesen drei großen Sprachgebieten zu wirken, ja, darüber hinaus zu allen Gebildeten der Erde zu sprechen.

Wenn wir so im Rahmen unserer Kräfte dazu beitragen können, den Fortschritt unserer Gattung zu einer bewußten, planvollen, einheitlichen Kulturbewegung zu gestalten, dann ist unser Ziel erreicht.

Paris, im November 1907.

Dr. Rodolphe Broda.

PROF. DR. KARL LAMPRECHT, LEIPZIG: NATIONALISMUS UND UNIVERSALIS- MUS IN DEUTSCHLAND.



N der Gegenwart bestimmen die Nationen der Hauptsache nach ihre Geschicke selbst. Das gilt auch vom deutschen Volke, so gern das Ausland uns unter einem absoluten Regime stehen oder wohl gar seufzen sieht. Die deutschen Staatseinrichtungen sind monarchisch-konservativ, aber das Leben ist demokratisch-fortschrittlich, während in Frankreich z. B. die Sitten konservativ und die Institutionen demokratisch sind. Es ist eine noch aus jenen metaphysischen Zeiten der Geschichtswissenschaft, da man in der Geschichte nur die politische Geschichte sah, herstammende Unsitte, große menschliche Gemeinschaften wie die modernen Nationen nur nach dem womöglich recht äußerlich erfaßten Wesen ihres Staates zu beurteilen.

Bestimmen aber die Nationen von heute ihre Geschicke selbst, so wird es von äußerster Wichtigkeit, den spezifischen Charakter ihres jeweiligen Selbstbewußtseins zu untersuchen und zu kennen: so wie man die Menschen innerlich kennen muß, mit denen und denen gegenüber man handelt. Denn durch dieses Selbstbewußtsein, das Nationalgefühl, ist ja auch wieder das Universalgefühl, die Handlungsdisposition gegenüber den anderen Nationen, wesentlich mitbestimmt, wenn nicht durchaus geleitet.

Das deutsche Nationalgefühl in seiner heutigen Durchbildung ist verhältnismäßig sehr jungen Datums. Allein unter der modernen Oberfläche birgt es noch uralte Bestandteile, die zu übersehen oder zu verkennen für das Ausland von verhängnisvoller Bedeutung sein würde. Es sind Rassenbestandteile. Wir wissen heute, daß sich Rassenmerkmale, an der zeitlichen Ausdehnung der geschichtlichen Überlieferung gemessen, für eine praktische Betrachtung so gut wie unverändert erhalten. Die Eigenschaften, welche der Chinese als Grundelement seines Wesens heute zeigt, kann man schon so gut wie restlos aus dem Charakter seiner Ornamentik, die bis etwa ins vierte Jahrtausend vor Christus hinaufreichen mag, ablesen. Rasseneigenschaften sind Schöpfungen einer Entwicklung, die Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Jahren umfaßt; sie werden nicht von heute auf morgen gewechselt; sie bilden den zwar zunächst unbewußten, aber tiefsten und alles durchdringenden Urgrund eines nationalen Daseins. Gewiß sind über die deutsche Nation seit den Tagen, da Tacitus ihr Wesen beschrieb, die wechselreichsten Schicksale hingegangen; sie ist auch keineswegs von fremdem Blute unberührt geblieben; zahlreiche romanisch-keltische, slawische, auch mongolische Elemente sind in sie eingegangen. Dennoch gelten die Grundeigenschaften des Charakters, wie Tacitus sie schildert, noch heute.

In unserem Zusammenhange sei nur eine, freilich mit wesentlichste, dieser Eigenschaften hervorgehoben, der Idealismus. Man lasse sich nicht durch die Disziplinierung der Nation von seiten des auf kolonialem Boden groß gewordenen Regiments der Hohenzollern täuschen, deren Bild heute den äußeren Aspekt der Nation beherrscht und deren Durch-

führung ihr, bei ihrer Neigung zu praktischer Läßlichkeit, gewiß gut tut. Darunter lebt dennoch der alte Idealismus fort, wie er sich denn seit einer Reihe von Jahren schon in einer reichen Blüte neuer Kunst und fortschreitender Wissenschaft, insbesondere auch philosophisch-wissenschaftlicher Synthese, auswirkt. Und dieser Idealismus, anscheinend so weltverloren, hat doch auch für das Ausland Seiten, die um so mehr zu beachten sind, als sie nur ausnahmsweise hervortreten. Idealisten sind Arbeiter de longue haleine; sie sichten weite Ziele; in diesem Zusammenhange ist es charakteristisch, daß der Italiener das, was der Franzose oeuvre bénédictine nennt, namentlich wenn es ihm im Grunde überflüssig vorkommt, nach dem Eindrucke deutscher gelehrter Arbeit in Italien als Tedescheria bezeichnet. Solche Idealisten sind aber eben darum, wenn sie in ihrem Tun gestört werden, besonders unliebenswürdig, erbost, ja, leichtlich wütend. Es ist eine echt deutsche Eigenschaft. Wie man zu sagen pflegt, der Deutsche läßt sich viel gefallen. Aber wenn er erst einmal eine Situation unerträglich findet, wenn er gründlich einsieht, daß man seine Zirkel stört, so ist er schwer zu beruhigen. Und zwar die Nation als Ganzes, nicht bloß der einzelne.

Was dann eintritt, das pflegt man als furor teutonicus zu bezeichnen. Diesen furor kannte schon Tacitus; ein mittelalterlicher Schriftsteller hat ihn mit den Worten Quis furiosam tulerit Teutonicorum insaniam beklagt; im 19. Jahrhundert hat das Jahr 1813 gezeigt, daß er jedes Opfers, selbst des allerpersönlichsten von Erbe und Leib, von Haut und Haar und Leben für das Vaterland fähig ist; und es ist zu wünschen, daß er im 20. Jahrhundert niemals in Aktion trete. Denn seine Wirkungen, der Nation an sich bisher stets heilsam, könnten nur durch schwere internationale Verwicklungen hervorgerufen werden und würden schwere Schicksale, nicht bloß für die Deutschen, zur Folge haben.

Über den Rassenelementen des heutigen deutschen Nationalismus, deren noch mehrere angeführt werden könnten, lagern die unter den Augen der geschichtlichen Überlieferung gewordenen, weit jüngeren Erscheinungen. Es versteht sich, daß sie der Hauptsache nach auch weit vergänglicher, veränderlicher sind. Sie sind in ihren obersten, jüngsten Schichten aus der Geschichte etwa der letzten drei bis vier Jahrhunderte zu erklären. Da tritt zunächst das stolze Element des humanistischen und des reformatorischen Bewußtseins auf: das letzte leider nur einem Teile der Nation ganz in Fleisch und Blut übergegangen, obwohl der jüngere deutsche Katholizismus den anderen Nationen immer etwas nach Reformation gerochen hat und riecht und auch in Rom nicht ganz von dem Verdachte leichter Ketzerei frei erachtet wird—wie pflegt der italienische Priester seinen deutschen Amtsgenossen befremdlich zu umwittern, der ihn etwa als Pilger besucht!—: das humanistische Bewußtsein dagegen ganz allseitig verbreitet, stark, und anfänglich besonders zu nationalem Stolz führend, da man die Besiegung der Römer durch Arminius, den „Prinzen von Germanien“, aus den authentischen Akten der Besiegten selber kennen lernte. Aber über diese Schicht des 16. Jahrhunderts hat sich im 17. Jahrhundert das taube Geröll des Dreißigjährigen Krieges gebreitet. Damals ging der alte Stolz verloren; Sucht nach und Angst um nationale „Reputation“ zogen ein; und das Ergebnis war jene Hundedemut gegenüber dem Ausland und Ausländern, die der Deutsche selbst heute noch manchmal

nicht verleugnet. Dann kamen freilich wieder bessere Zeiten: Friedrich der Große wirkte, und die auf seine Zeit folgenden Jahrzehnte einer klassischen Philosophie, Dichtung und Musik begründeten den Ruf des Volkes der Dichter und Denker. Die Folge war ein bescheidenes Nationalbewußtsein, das sich der Krone höchster zivilisatorischer Entwicklung sicher wußte, aber die Herrschaft auf Erden anderen Völkern fast neidlos überließ.

Auf all diese Schichten ist nun seit 1870 eine jüngste gefolgt. Wie sie beschreiben? Man darf sagen, daß das neue Bewußtsein, soweit es sich in günstigen Grenzen hielt, nachholte, was der Schicht der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gefehlt hatte: es schlug sich in einem stillen Stolz auf die errungene Einheit und in dem zähen Vorsatze nieder, diese Einheit zu erhalten und zur Wiedergewinnung der einst verlorenen wirtschaftlichen Größe zu verwenden. Aber es ist nicht zu verkennen, daß es darüber auch teilweise hinausführte. Noch reflektierte der herbe Verlust beinahe jedes Nationalbewußtseins von selbstbegrenzter Sicherheit im 17. Jahrhundert; und in begreiflicher Reaktion dagegen erhob sich ein Chauvinismus, der sich anschickte, die Nation als die allein auserwählte zu betrachten; und dessen Einzeläußerungen sich gelegentlich zu einer Haltung niederschlugen, welche die Franzosen wohl als *grossièreté allemande* bezeichnet haben.

Das ist im großen und ganzen heute der psychische Bestand. Ein fester nationaler Instinkt, der in schweren Fällen nie versagen wird; im übrigen aber noch ein Schwanken zwischen zu schwacher und zu starker Betonung der Einzelmomente nationalen Stolzes.

Dabei liegt zunächst auf der Hand, daß dies Schwanken nicht einfach, etwa gar durch ein paar Verstandeserwägungen, korrigiert werden kann. Es kann sich, zugunsten eines maßvoll sicheren Nationalbewußtseins, erst allmählich ausgleichen; es bedarf dazu der Zeit. Genauerer Beobachtung wird es aber kaum zweifelhaft bleiben, daß die Nation auf diesem Wege begriffen ist und auf ihm, namentlich auch an der Hand einer starken und allmählich doch ruhiger werdenden Kritik der kaiserlichen inneren und äußeren Politik, fortschreitet. Es liegt in niemandes Interesse, diesen Prozeß zu unterbrechen; man sollte auch im Auslande seinen Verlauf abwarten und ihn nicht durch manchmal recht unangebrachte Vorwürfe, wohl gar *ad hominem* des im Auslande reisenden Deutschen, stören.

Des weiteren aber ist klar, daß durch diesen Charakter des deutschen Nationalbewußtseins auch zum guten Teile das Wesen des deutschen Universalismus in früherer Zeit wie heute bestimmt ist.

Der deutsche Universalismus beruht zunächst auf rassemäßigen idealistischen Instinkten. Insofern ist er dem französischen verwandt: beide Völker regeln ihre Beziehungen nach außen mehr als andere nach einem optimistischen Menschheitsideal: ein starkes Moment gemeinsamer Eigenart, in dem sie sich immer wieder, und nicht in den schlechtesten Augenblicken ihrer wie der menschheitlichen Entwicklung zusammenfinden werden. Daß dabei dieser Humanitätsidealismus des Franzosen mehr ästhetischer und künstlerischer Natur, des Deutschen dagegen mehr philosophischer und intellektueller Art ist, braucht die praktische Kongruenz der beiderseitigen Bestrebungen nicht verkennen zu lassen.

Innerhalb dieses Bereiches aber ist der deutsche Universalismus, im 16. Jahrhundert noch kirchlich und religiös charakterisiert, eigentlich erst seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts frei und freier geworden: und insofern fällt historisch seine Entstehung mit den mächtigsten nationalen Erinnerungen, mit der Entwicklung von Klassizismus und Romantik zusammen. Damals, um 1800, waren oder wurden Goethe und Schiller, Kant und Schelling und Hegel, in seiner Art auch Mozart, ausgesprochener wieder Beethoven Träger dieser Bewegung. Am sichersten zum Ausdrucke gelangte sie vielleicht bei Schiller, namentlich insoweit sie hier das klarste Verhältnis zum Nationalbewußtsein einging. Schiller hat in herrlichen Gedankenreihen namentlich seiner reifsten Jahre, um 1800, ausgeführt, daß eben dies der nationale Beruf des Deutschen sei, seine Idealismen, seine Kunst, seine Dichtung, sein Denken, wie es auf dem Grund grübelnder Wahrheitsliebe gewonnen sei, der Welt zur Verfügung zu stellen, und diese in eben diesem Bereiche durch innigsten, voraussetzungs- und absichtslosen Dienst zu beherrschen. Und man darf sagen: das war der Grundgedanke der deutschen geistigen Evolution im 19. Jahrhundert, seiner Dichtung in Klassizismus und Romantik, seiner Philosophie vor allem und seiner Wissenschaft, seiner Musik und seiner Kunst der Erziehung.

Man darf diesen Zusammenhang auch für die Gegenwart nicht gering einschätzen. Es ist zu bedenken, daß der wirtschaftliche und soziale Aufschwung Deutschlands seit den vierziger und namentlich fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein neues geistiges Zeitalter herbeigeführt hat, das durch einen gewalttätigen, aber fruchtbaren Naturalismus zu einer neuen Kultur des Idealismus und der Synthese geführt hat, in welchem, gleichsam auf einem höheren Niveau, die Stufenfolgen des alten Klassizismus und der Romantik von neuem durchlaufen werden. So ist z. B. auf dem Gebiete, das die geistige Gesamtentwicklung wenigstens in Deutschland am besten widerzuspiegeln pflegt, auf dem Gebiete der Philosophie, einer die Lösung der Probleme vertiefenden Renaissance Kants diejenige Fichtes gefolgt; und eben in diesen jüngsten Zeiten beginnt sich eine höhere Inhalte als früher umfassende Repristination der Ideenwelt Hegels zu vollziehen. Da ist denn an sich schon wahrscheinlich, daß mit alledem auch der Universalismus eines Schiller und der anderen Großen seiner Zeit in verjüngten Formen wiederum Kraft gewinnen muß; und eine genauere Beobachtung des deutschen Geisteslebens der Gegenwart bestätigt diese Vermutung, wenn auch heute die einschlägigen Ideen vor allem an dem Kultus der Gedankenwelt Goethes Gestalt gewinnen.

Es sind, weltpolitisch gesprochen, wichtige Vorgänge. Von ihnen aus an erster Stelle kann der Deutsche mit der allgemeinen Friedensbewegung Fühlung gewinnen, die inhaltsleer sein würde, wenn sie nicht den eifrigsten Wettbewerb aller Nationen um die höchsten Güter der Menschheit bedeutete, um jene geistigen Schätze, deren Erringung allein der Friede gewährleistet.

Daneben steht freilich noch ein anderer Universalismus. Es ist eine seit und durch 1870 groß gewordene Ideenwelt, die sich mit dem berührt, was man vornehmlich in der angelsächsischen Welt Imperialismus nennt: politische Größe, wenn nicht Überlegenheit, zugleich wirtschaftliche Expansion ist ihr Ziel.

Noch ist die Welt nicht so weit in den Bereichen der Zivilisation fortgeschritten, daß sie nicht in einer kriegerischen Aktion die entscheidende Kraftprobe der Nationen sähe. Haben die Japaner etwa durch ihre hohe und eigenartige Kultur die volle Anerkennung, die Gleichberechtigung im Kreise der Nationen gewonnen? Erst die militärische Kraftentfaltung im Russisch-Japanischen Kriege, noch immer gleichsam ein Gottesurteil, hat sie ihnen mit einem einzigen Schlage gebracht. So hat auch den Deutschen das Jahr 1870, wenn nicht schon der Krieg von 1866, erst jene äußerliche Achtung der Massen — und auch die Nationen sind Massen — verschafft, die für das Auswirken einer großen Kultur schließlich Bedürfnis ist. Ja mehr: darüber hinaus fiel der Nation nach 1870 auf mehrere Jahrzehnte unter der Leitung eines genialen Staatsmannes die Hegemonie innerhalb der europäischen Völkerwelt und teilweise darüber hinaus gleichsam mühelos zu. Unter dem Schutze dieser Stellung aber vollzog sich dann zugleich der Aufschwung eines Wirtschaftslebens der Unternehmung, dessen Blüte, ja auch nur Bestand ohne wirtschaftliche Expansion nicht möglich ist.

Dies war der Zustand, als mit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts neue politische Kräfte in den Vordergrund der Weltbühne traten, als eben auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung der Begriff der großen, wirtschaftlich zum Teil autarkischen Weltreiche auftrat. Es war nur natürlich, daß ihr Erscheinen (Vereinigte Staaten, England, Rußland, auch Frankreich und Japan) in Deutschland nicht sogleich verstanden wurde, daß man sich nicht alsbald mit einigem Verzicht einrangierte. Das um so weniger, als der Wechsel mit den ersten freieren Regierungsjahren eines jungen, hochstrebenden, in den Machtverhältnissen von 1870 aufgewachsenen Kaisers zusammenfiel.

Heute hat man sich im allgemeinen wohl in die neuen Verhältnisse eingelebt. Die wirtschaftlichen und politischen Ambitionen sind normal geworden; und je länger je mehr treten sie in Parallele mit den in manchem Betrachte sicheren und zu größeren Hoffnungen berechtigenden Ambitionen auf zivilisatorischem Gebiete. Und in dieser neuen Kombination entsteht eben jetzt ein modernster deutscher Universalismus, der die Welt prinzipiell arbeitsteilig betrachtet und von ihr, auf dem Grunde eines immer mehr sich abklärenden Nationalgefühls, nur in Anspruch nimmt, was der besonderen nationalen Veranlagung nach der Natur der Dinge und darum von Rechts wegen zufällt, zugefallen ist oder zuzufallen bestimmt scheint.

Es ist eine Entwicklung, mit deren stillem und starkem Verlaufe die fremden Nationen wohl zufrieden sein sollten. Und es ist zugleich auch eine der deutschen Nation günstige Entwicklung: denn sie wird in ihrem Fortschreiten ihr die kostbare Frucht eines klaren, selbstsicheren, niemand verletzenden, aber auch niemand untertänigen, ehrenhaften Bewußtseins der eigenen Kraft wie der berechtigten Stellung im Kreise der Schwesternationen des Weltalls zeitigen.

SIR CHARLES W. DILKE, LONDON: MINIMALLOHN ALS SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG.

The Right Hon. Sir Charles Dilke, Baronet und Mitglied des Parlaments, geboren 1843. Kam zuerst 1868 ins Parlament als Vertreter des hauptstädtischen Wahlbezirks Chelsea. Er behielt das Mandat bis 1886. Während dieser Zeit fungierte er als Unterstaatssekretär beim Auswärtigen Amt, d. h. er vertrat im Unterhaus das Ministerium des Äußern. 1880—82 war er Präsident des Local Government Board, 1882—85 Präsident der kgl. Kommission zur Untersuchung der Arbeiterwohnverhältnisse. 1884—85 trat er neuerdings ins politische Leben ein als Vertreter des Wahlkreises Forest of Dean (Grafschaft Gloucestershire), den er bis heute im Parlament vertritt.



M März 1906 hat der deutsche Reichstag beschlossen, den Reichskanzler zu beauftragen, über die Lebensführung der Heimarbeiter Nachforschungen anzustellen, über die Zahl ihrer Arbeitsstunden, ihren Lohn, ihre Gesundheitsverhältnisse! Dazu hatte ihn das lebhafteste Interesse veranlaßt, das die deutsche Kaiserin an der „Ausstellung für Heimarbeit“ in Berlin genommen hat. Die katholischen und sozialistischen Mitglieder des Reichstags hatten schon früher Anträge eingebracht, die darauf abzielten, Tarifierichte einzuführen, die aus Arbeitgeber und -nehmern unter Vorsitz von Fabrikinspektoren gebildet werden sollten. Infolge dieses Reichstagsbeschlusses stellten nun die deutschen Heimatsämter bezirkliche Nachforschungen an. Die einzige amtliche Bill, die bisher aus diesen Nachforschungen hervorging, ist ein in diesem Jahre eingekommener Antrag bezüglich der Heimarbeit in der Tabakindustrie. Er wurde im Juni vom Reichsarbeitsamt veröffentlicht und beschäftigte sich mit der Hygiene und Kinderarbeit, nicht aber mit der Lohnfrage. Indessen gab Graf Posadowsky die Erklärung ab, daß über jede Branche der Heimarbeit der Reihe nach Anträge eingebracht werden sollten. Empirisches Material über die Verhältnisse der Berliner Heimarbeiter ist reichlich vorhanden. Und das Interesse, das auch in andern Teilen des Deutschen Reiches an der Frage genommen wird, bekundet sich sowohl in einem Bericht seitens der badischen Fabrikinspektion, wie in einem Memorandum über die Heimarbeit in Bayern, das als Anhang zu den Berichten der Fabrikinspektionen über das Jahr 1906 (München 1907) erschienen ist.

Das gegenwärtige österreichische Ministerium hat während der letzten Session ganz unerwartet einen Gesetzentwurf eingebracht, der wohl die drastischste Maßregel zugunsten der Heimarbeiter darstellt, die bisher von einem Parlament getroffen wurde. Das österreichische Regierungsgesetz würde z. B. (nach Absatz 11) dem Ministerium des Innern und dem Handelsministerium in Wien die Macht geben, wo es not tut — auf Vorschlag der Fabrikinspektionen — die Außenarbeit in der Stickereibranche zu verbieten, wie sie von Schweizer Unternehmern in St. Gallen bei den Bauern jenseits der Grenze, am Bodensee nahe Konstanz, in Auftrag gegeben wird. In den vereinigten Königreichen von Großbritannien haben allein die vereinigten Schneidereigenossenschaften solche Vorsichtsmaßregeln nach-

gesucht und es ist ihnen von ihren Freunden erwidert worden, daß das britische Parlament sich mit der Angelegenheit nicht befassen werde. Aber das Ansuchen der Schneider von London und Cork, das von den übrigen Distrikten adoptiert wurde, bezog sich lediglich auf sogen. „faule Geschäfte“, während der Vorschlag des österreichischen Ministeriums schlechtweg reinen Tisch macht, indem es in ganz unbegrenzter Form für alle „gefährdeten Branchen“ vorzusorgen beabsichtigt. Das österreichische Gesetz wird solchen Lesern unverständlich sein, die nicht mit der industriellen Gildengesetzgebung und der Verwaltungspraxis des österreichischen Kaiserreichs vertraut sind. Man muß zu seinem Verständnis wissen, daß die Kompetenzbehörde in Angelegenheiten der Industrie, von der zahlreiche Verfügungen abhängen, im allgemeinen der Bezirkshauptmann ist, dessen Funktion etwa der des französischen Präfekten entspricht. In den großen Städten dagegen steht die Kompetenz dem Gemeinderat zu. Bezüglich der gegenwärtigen Reformvorlage braucht nur daran erinnert zu werden, daß die österreichische Regierung vorschlägt, zunächst vornehmlich die Hausindustrie in der Schneiderei- und Unterkleiderbranche und in allen Arten der Schuhbranche in Betracht zu ziehen. Es handelt sich um ein System der Registrierung und Lizenz. Die Arbeiter sollen durch Lohnbücher (livrets) geschützt werden. Besondere Lohnbücher sollen für Stückwarenlöhne ausgeteilt werden. Ferner werden Vorsichtsmaßregeln in Hinblick auf Trucklöhnung getroffen. In besonderen Fällen sollen Lohnkommissionen für jede einzelne Branche entscheiden, während in anderen auf privatem Wege kollektive Vergleiche erzwungen werden vermittlest der Einführung von Zwangsschiedsgerichten.

Im Jahre 1906 hat nun das französische Arbeitsamt M. Barralt nach London geschickt mit dem Auftrag, ihm über die englische Heimarbeitergesetzgebung Bericht zu erstatten. Das Resultat dieser Mission kann man dem Bulletin der „Inspektion der öffentlichen Arbeiten“ für das Jahr 1906 entnehmen (Nr. 5 u. 6 S. 400 bis 407). — Hier wird betont, daß in England zwar große Fortschritte bezüglich der Hygiene der Heimarbeit gemacht worden sind, aber recht geringe, wenn man die Löhne und die andern Arbeitsbedingungen ins Auge faßt, die man unter dem Namen „Sweating“, d. i. Ausbeutung der Heimarbeit, zusammenzufassen pflegt.

Im Jahre 1888 hatte das Oberhaus einen Ausschuß beauftragt, Dokumente für die traurige Lage der Heimarbeiter zusammenzubringen, die 1889 in einem wichtigen Berichte des Ausschusses veröffentlicht wurden. Im Jahre 1895 versuchte man in England ein System einzuführen, das die Vergebung von Heimarbeit an „Lizenzen“ zu knüpfen suchte. Dabei stützte man sich auf die Erfolge der neuseeländischen Gesetzgebung, ohne darum das Beispiel von Neuseeland für maßgebend zu halten, da die dortigen Lebensbedingungen ganz verschieden sind von den in den drei Königreichen herrschenden. Diese Vorschläge aber wurden abgewiesen. Es ist uns bekannt, daß die offiziellen Persönlichkeiten der Arbeitsämter, wie auch die Inspektoren gegen ihre Wiedereinbringung heute kräftig Front machen. Sie fürchten, daß die Lizenzerteilung zur bloßen Formsache werden würde. Sie fürchten, daß die Schreivarbeit in diesem Departement und die Überbürdung der Inspektorate noch anwachsen könnte, ohne daß irgend ein praktischer Nutzen dabei herauskommt. So blüht denn die „Vergabung von Arbeiten außer dem Hause“

heute mehr denn je. Vor allem im Schneidergewerbe und allen Gewerben, die mit der Konfektionsbranche in Verbindung stehen. Die Tendenz des Antrags von 1895 wie der „Generalakte für Fabriken und Werkstätten“ von 1901 geht darauf aus, die Kontrolle der Heimarbeit bestimmten lokalen Behörden zu überweisen. Gegenwärtig sind dies „Heimarbeitsinspektoren“, die gemäß der Heimarbeitsartikel der Generalakte ernannt werden. In einigen Distrikten, z. B. in verschiedenen Londoner Stadtbezirken, wo das Lokalinspektorat teils aus tüchtigen weiblichen Arbeitsinspektoren gebildet wurde, kann man sich des Erfolges freuen. Aber es gibt in England Gegenden, wo überhaupt noch nichts für die Heimarbeit geschehen ist, und auch in allen andern Bezirken ist das System noch recht mangelhaft, sogar in Hinblick auf Forderungen der Hygiene.

In Massachusetts, New York und einigen andern Staaten der Union besteht für bestimmte Gewerbe (einschließlich der Konfektion) bereits das sog. Lizenzsystem. Ein Versuch, auch die Löhne gesetzlich zu fixieren, ist aber bisher ausschließlich in den englischen Südseekolonien gemacht worden. Es sind für Neuseeland und Neusüdwales und in bestimmten Fällen sogar in der gesamten australischen Nationalgesetzgebung Schieds- und Gewerbegerichte vorgesehen, die in der Lage sind, bei Lohnstreitigkeiten feste Lohnsätze für einen ganzen Erwerbszweig festzulegen; auch für die Gelegenheits- und Heimarbeiter, sowie für die in den Fabriken und Werkstätten beschäftigten Personen. Dagegen findet sich ein ausgesprochenes Tarifsystem nur in Victoria. Hier sind (wenigstens für bestimmte Industrien) die Löhne ein für allemal festgesetzt, ohne vorhergehenden Gewerbestreit.

Die Mißstände der Heimarbeit sind wahrscheinlich in Städten wie London und Berlin am größten. Denn hier sind nicht nur die Arbeitsbedingungen für Heimarbeiter sehr schlecht, sondern auch die Löhne exorbitant niedrig. Freilich können uns in Frankreich und Irland die mannigfachen Schäden der Heimarbeit auch sehr lebhaft vor Augen treten; aber örtliche Umstände haben in jenen Gegenden dieser Arbeit eine Popularität verschafft, deren sich die „sweated“ Schneiderarbeit in London nicht erfreut. Die Heimarbeitsschäden speziell in der Hemd- und Kragenindustrie in Nord-Irland kommen denen der Spitzenindustrie gleich, wie sie in Vivarais, zwischen dem oberen Loire- und Rhonetal, herrschen. In fast allen Ländern blüht in den „schwachen Gewerben“ irgendeine Art von Sweatingsystem. Es fordert die staatliche Regelung; aber das ist in diesem Fall weit schwieriger als etwa bei Regelung der Frage der Fabrikarbeit.

In Deutschland und Großbritannien, Australien und Neuseeland fußt die Organisation der Arbeit in der Industrie durchweg auf den Gewerkschaften. Diese können in der Hauptsache sich selber schützen. Sie können nicht nur die Fabrik- und Werkstattgesetzgebung überwachen, sie können auch für angemessene Lohnverhältnisse sorgen. Aber während die britische und australische Arbeiterschaft sich damit abmüht, in allen Teilen des Landes „faire“ Arbeits- und Lohnverhältnisse einzuführen, erwächst ihr aus dem Sweatingsystem, das einen Teil der Fabrikarbeit auf Außenstehende abwälzt, eine beständige Schwierigkeit. Sie schuf zumal in der Konfektionsbranche einen beständigen Gegendruck, denn hier ist es nicht zu umgehen, einzelne Manufakturen teils mit Berufsarbeitern, teils mit Gelegenheitsarbeitern herzustellen. Das stellte die Gewerkschaften

schließlich vor die Frage, ob nicht für die Heimarbeit in schwachen oder noch unorganisierten Gewerben besondere Maßregeln zu ergreifen seien.

Mr. Deakin, der gegenwärtige Ministerpräsident von Australien, hat dieser Materie ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie trat ihm während vieler Jahre näher, wo er als Kolonialsekretär in Victoria fungierte, d. h. „Minister des Innern“ in einem Lande war, in dem die Manufaktur überall blüht. Das Prinzip des Minimallohns wurde zuerst 1896 in der Gesetzgebung von Victoria durchgeführt. Für bestimmte Gewerbe wurden Spezialbehörden eingeführt, die zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern zusammengesetzt wurden. Der Obmann jeder Lohnkommission (wages boards) durfte mit dem betreffenden Gewerbe nicht in Verbindung stehen. Konnte man sich über seine Wahl nicht einigen, so wurde er vom Gouverneur, d. h. vom Ministerrat ernannt. Alter, Geschlecht, Natur der Arbeit wurden für jeden einzelnen Zweig der Gewerbe genau in Betracht gezogen. Die Kommissionen hatten die Minimalsätze festzustellen, die jeder Klasse von Arbeit, sei es in der Fabrik, in Werkstätten oder zu Hause zu mindest bezahlt werden mußten. Diese Tarifierungen wurden durch Strafbestimmungen gestützt. Abersie konnten durch das Gericht von Zeit zu Zeit neu festgelegt oder durch Beschluß des obersten Gerichts der Kolonie sogar aufgehoben werden. Man hatte die Macht, auch Distrikttarife einzuführen. Man konnte auch die Zahl der Arbeitsstunden festlegen und, wofern Überzeit erlaubt wurde, einen höheren Tarif für Überstunden vereinbaren. Heimarbeit wurde nach Stücklohn gezahlt. Für Lehrlinge und junge Anfänger wurden besondere Minimallöhne festgelegt, die proportional ihrer wachsenden Erfahrung erhöht werden mußten. Dieses Grundgesetz von 1896 war nur ein Experiment. Es sollte nur für das Schneidergewerbe, die Schuh- und Stiefelbranche und einige andere Branchen gelten. Fünf Lohnkommissionen wurden sogleich eingesetzt. Sie hatten die Aufgabe, diejenigen Gewerbe zu regulieren, die in den genannten Staaten der Amerikanischen Union gewöhnlich durch Lizenzen geregelt werden. Es waren die schon erwähnten Branchen, die Bekleidungs- und Putzbranche (außer der Damenkonfektion) und die Hemden- und Unterkleiderbranche. Gerade in diesen Branchen konnte man Schwitzsystem und Hungerlöhne am furchtbarsten wüten sehen. Sobald aber die neuen Bestimmungen in Kraft traten, zeitigten sie sogleich die günstigsten Resultate, trotz mannigfacher Schwierigkeiten, die sich zumal in der Unterkleiderbranche ergaben.

Im Jahre 1900 wurde diese Lohnkommissionsgesetzgebung Victorias erneuert. Es wurde der Zusatz gemacht, daß weitere Gewerbe gemäß den Beschlüssen einer der beiden Kammern des victorianischen Parlaments dem Tarifsysteem unterstellt werden könnten. Im Jahre 1902 zählte man bereits 29 Lohngerichte. Im Jahre 1903 wurden die Akte erneuert und die Einrichtung neuer Gerichte der Zustimmung der beiden Parlamente unterstellt. Das Recht, die Anzahl der Lehrlinge zu beschränken, wurde aufgehoben. Ein spezielles Appellationsgericht wurde geschaffen, das zusammengesetzt wurde aus einem Richter am obersten Landesgericht, einem Beisitzer, der die Arbeitgeber, und einem zweiten Beisitzer, der die Arbeitnehmer zu vertreten hat. Im Jahre 1905 wurden das Minimallohnsystem und die Lohnkommissionen aus vor-

übergehenden zu dauernden Einrichtungen gemacht. Von nun an gehören sie zu den allgemein anerkannten Prinzipien der victorianischen Gesetzgebung. Einige andere australische Staaten oder frühere Kolonien sind bereits auf dem Wege, dem Beispiel Victorias zu folgen.

Alle, die unter den Auspizien Dr. Bauers und seiner nützlichen „Internationalen Assoziation“ unsere Frage in der Schweiz, Deutschland, England und Amerika studieren, die die Bedingungen der Heimarbeit und des Systems des Zwischenmeisters kennen — sie alle geben zu, daß eine Gesetzgebung für dieses Gebiet notwendig ist und daß die bloße hygienische Fürsorge hier nicht genügt. In den britischen Kolonien ist auch die Stimmung der Arbeiterwelt im allgemeinen der Regulierung der Arbeitsbedingungen durch die eine oder andere Form von Schiedsgerichten (wie sie in Neuseeland oder seit 1900 in Neusüdwaales existieren) durchaus günstig. Freilich weist der alljährlich tagende Kongreß der Trades Unions in England diese Aussichten noch zurück, und zwar mit einer Majorität von 2:1. Bei einem weniger weitgehenden Antrag, der 1907 gestellt wurde und für 1908 einen neuen in Aussicht stellt, ergab sich Stimmengleichheit. Die größten Trades Unions, die der Kohlenbergarbeiter und die der Textil- und Baumwollindustrie von Lancashire bilden noch unentwegt die Majorität. Gleichwohl verband bereits der Trades Unionskongreß seine Zurückweisung von Schiedsgerichten mit einer Erklärung zugunsten des victorianischen Lohnkommissionssystems für alle unorganisierten, wirtschaftlich schwachen oder spezialisierten Hausindustrien. Er unterstützt auch die weiblichen Gewerkvereine in ihrem Bemühen, ähnliche Regulierungen für die Frauengewerbe zu erlangen. Die wichtigste weibliche Fabrikindustrie ist die Baumwollindustrie von Lancashire. Hier bilden die Frauen die Majorität unter den Wählern der großen Gewerkschaftsführer, wie der Parlamentsmitglieder Mr. Shackleton und Mr. Gill. Aber diese Lancashire-Industrie kann nicht unter dem Gesichtspunkte der Löhne als spezifische Frauenindustrie betrachtet werden. Denn durch eine vollendete Organisation und bewundernswerte Führerschaft haben die Arbeiterinnen von Lancashire erreicht, daß sie besser entlohnt werden, als sonst die Frauen ähnlicher Gewerbe in England, ja in der ganzen Welt.

Alle politischen Parteien des zivilisierten Erdenrunds stimmen heute wohl darin überein, daß die Gesetzgebung sich mit den Arbeitsverhältnissen beschäftigen soll, in vielen Fällen auch mit der Arbeitszeit, vor allem aber mit den verschiedenen Lohnsystemen. Aber außer in Australien und Neuseeland ist noch sehr wenig über die dem Arbeiter zu gewährende Lohnhöhe gesetzlich festgelegt. Es fehlt noch ein festes Prinzip, durch das ein „Zwang der Gesetze“ sanktioniert werden könnte. In den englischen Königreichen hat man im Parlament bisher noch nicht direkt über die Lohnfragen verhandelt. Aber man ist doch wenigstens so weit fortgeschritten, daß man die Bestimmungen der freien Schiedsgerichte von Staats wegen zu stützen suchte und ihnen in manchen Fällen offiziell bindende Sanktion zuerkannte. — Die Gewerbegerichtsbarkeit hat mit den allerverschiedensten Arbeiterklassen zu rechnen, mit den mannigfachsten Gewerben, mit den verschiedensten Lohnungsarten. So z. B. im Nottinghamer Spitzengewerbe und in der Stiefelleatherbranche in Leicestershire und Nottinghamshire. Aber ihre sehr sorgsamen, detaillierten Bestimmungen sind doch all-

gemein anerkannt und sorgsam durchgeführt worden. Im Kohlenbergbau hat die Macht der großen Gewerkschaften zur Festsetzung eines Minimallohns geführt, der durch Schiedsgerichte mit unbeamteten Schiedsrichtern festgelegt wird. Das Gewerbe des Minenarbeiters ist wie die obengenannten Gewerbe eine Tätigkeit, deren Bedingungen von Fall zu Fall wechseln. Stollenweite, Härte der Kohle, Härte des Gesteins, das sind augenscheinlich variable Faktoren, die bei der Festsetzung der Löhne berücksichtigt werden müssen. Aber man kann getrost behaupten, daß in Großbritannien nirgendwo irgendwelche Opposition lebendig ist, die nicht das Prinzip anerkennt, daß man die Löhne in den sog. Hunger- und Schwitzgewerben staatlich regeln muß, wofern diese Gewerbe sich nicht auf dem Wege der Organisation selbst verwalten können, wie es z. B. die Kohlenarbeiter zuwege brachten. Die Anhänger jener Versuche in Victoria haben die Majorität des Unterhauses auf ihrer Seite. Sie leben der Überzeugung, daß für England die Zeit des Systems der Lohnkommissionen gekommen ist und daß die Erfolge, die in Australien damit erzielt worden sind, ein wichtiges Vorbild für die Zukunft bilden.

Die einzige Opposition, die zu befürchten ist, geht von solchen Leuten aus, die ungeachtet der Einwände der offiziellen Arbeitsinspektionen immer noch an dem Dogma der „Lizenzerteilung“ festhalten, das im Jahre 1895 von allen Einsichtigen begünstigt, dann aber zugunsten des victorianischen Systems verlassen worden ist. Nur die Schneider haben noch ein besonders beliebtes Allheilmittel für alle Arbeitsschäden ihres Gewerbes. Sie meinen, daß man durch Gesetz alle Schneiderarbeit außerhalb der Kleiderfabriken doch verbieten solle. Aber es ist wenig Aussicht vorhanden, daß ein solcher Vorschlag im Parlamente Anklang findet. Ein solches Allheilmittel für ein einzelnes Gewerbe würde im Parlament noch viel mehr dem Widerspruche ausgesetzt sein, als das bei einem noch weit allgemeineren Vorschlag der Fall sein dürfte. Ein Ausschuß des Unterhauses hat während der Session 1907 den Gegenstand bearbeitet. Er hat die Dringlichkeit jenes Antrags bestätigt, der schon 20 Jahre früher durch den Ausschuß des Oberhauses gestellt worden war. Diese Unterhauskommission wird 1908 ihren Bericht erstatten, wahrscheinlich, um den Versuch mit irgend einer Form des in Victoria geglückten Experiments zu empfehlen. Es kann freilich sein, daß auch das Lizenzsystem in irgend einer Form noch empfohlen wird. Die Regierung hat inzwischen einen

Kommissar in die australischen Kolonien entsandt, der im Laufe dieses Jahres über zwei ökonomische Fragen Bericht zu erstatten hat. Die eine davon ist die Frage der Lohnkommissionen. So warten wir auf die Erklärung der englischen Regierung, die noch vor Mitte der nächsten Session des Unterhauses zu erfolgen hat.

FRÉDÉRIC PASSY, PARIS, MEMBRE DE L'INSTITUT: TENDENZEN DER ANNÄHE- RUNG DER KULTURVÖLKER.

Frédéric Passy, Paris, Mitglied der französischen Akademie, hat als ökonomischer Schriftsteller, besonders aber als Begründer der Propaganda für schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Differenzen einen Weltruf erlangt. Er wurde für letztere Tätigkeit mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.



NEUNZEHNHUNDERT Jahre sind verflossen, seit der Apostel Paulus schrieb: „Die Völker werden das Mysterium des neuen Bundes erfüllen. Sie werden Glieder eines Körpers und Söhne eines Geistes sein.“

Das „neue Mysterium“! Ach, in der Tat, es war nicht nur für die Mehrzahl der Menschen jener Epoche neu. Neu ist es auch für viele, die heute leben. Und doch ist dies Mysterium so alt wie die Welt. Menschenalter auf Menschenalter hat es geahnt. Seine Weisen haben es klar ausgesprochen. Und für den beschränktesten Geist unserer Tage ist es so klar, wie das Licht der Sonne.

„Membra sumus corporis magni“, „Wir sind Glieder eines einzigen Leibes“, das schrieb zur selben Zeit wie der heilige Paulus sein Zeitgenosse Seneca. „Es gibt eine Gemeinschaft des Menschengeschlechts“, das hatte schon vor beiden Cicero, der große römische Rhetor, gesagt.

Ja, er hatte schon von der allgemeinen Menschenliebe gesprochen, der *caritas generis humani*.

Ich will kurz sein. Ich will nicht an die fernen Menschenalter denken, nicht an die Zivilisationen Asiens, will nicht Konfuzius, Zoroaster, nicht Manu und Sakya Muni aus ihren Gräbern zitieren. Ich will nur in Europa verweilen. Da begegnet uns der heilige Johannes Chrysostomus, wie er in gewaltigen Worten die leichten Gedanken des Horaz bekämpft, wie er Gott dafür Dank sagt, „daß er zwischen die fernen, getrennten Gefilde die flüssige Fläche der Meere gespannt hat, auf daß Menschen sich einander verbinden und sich als Brüder umarmen, am Tische des Vaters“. Selbst der praktische prosaische Sully sagte: „Es gibt gar viele Länder und Küsten und Himmelsstriche. Gott hat ihnen allen Überfluß gegeben an mannigfachen Künsten und Sitten, Genußmitteln, Handelsartikeln und Berufen. Ein jedes Land hat seine besonderen Vorzüge, die denen der anderen Länder nicht vergleichbar sind. So sollen Handel und Verkehr die Mängel des einen Landes mit dem Überfluß des anderen decken. Und mit dem Handel wächst dann die gegenseitige Erkenntnis und der geistige Austausch der Nationen, die im Raume so weit getrennt sind.“

Wir kommen unseren Tagen näher! Da begegnen uns Turgot, Franklin, Bastiat, Peel und Cobden. Mit unbeugsamem Ernste zeigen sie, daß jedes Gut und jedes Übel allen zugute kommt, daß es auf seinen Täter zurückströmt; zeigen, daß schon Egoismus uns für das Wohl unserer Nächsten besorgt machen muß. Auf Nimmerwiedersehen haben sie die alte Politik des Antagonismus verbannt. Das wechselseitige Wohlwollen wurde als Boden alles ernstesten Fortschritts anerkannt. Und: „aus Kunden werden leicht Freunde“. *Free trade the great peace maker*.

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts, seit die Macht der Industrie zugleich mit der Technik des Weltverkehrs aufstieg, ist die Solidarität der wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Interessen gewachsen. Heute lebt keiner unter uns, der nicht — mag er das wissen oder nicht — der großen Menschheitsfamilie tributär und ein Teil ihres Fortschritts ist. Man kann getrost sagen, daß unser aller Leben oder Tod von dieser Solidarität abhängt. To be or not to be.

Eine der größten Nationen und die reichste von allen, nämlich England, würde buchstäblich Hungers sterben, wenn sie nicht zwei Drittel ihres gesamten Lebensbedarfs von auswärtigen Märkten bezöge, die sie dafür mit ihren industriellen Produkten beschickt. Die Textilindustrie Englands, Deutschlands wie Frankreichs kann ihre Rohstoffe nur von außereuropäischen Märkten beziehen. Das wurde besonders fühlbar, als im Sezessionskriege die schreckliche Baumwollkrise ausbrach. Man bedenke auch, daß der ganze wunderbare Kommunikationsapparat, den man mit Recht als den „Nervenapparat der Menschheit“ bezeichnet hat, die Telegraphen, Telephone usw., nicht ohne Kautschuk und Guttapercha bestehen, also nicht ohne überseeische Hilfe auskommen könnte. Und doch zirkuliert in ihm all unser Leben, unser körperliches so gut wie unser geistiges. Es pulsiert durch die unzählbaren Organe der großen menschheitlichen Familie, so wie in jedem von uns das Blut unseres Herzens pulsiert. Man braucht gar nicht an Krieg und blutige Massaker und Umsturz zu denken, man braucht sich nur vorzustellen, daß dieses Zirkulationsnetz für einen Augenblick unterbrochen sei: Getreide, Eisen, Öl, Baumwolle und Wolle müßten am Ort ihrer Produktion verbleiben und fänden keinen Absatz mehr. Welche Entbehrungen, welche Leiden müßten entstehen. Welch mannigfaches Elend jeder Art!

Man wir duns entgegen: diese Vorstellung sei ein bloßes Phantasma. Kein Volk, keine Epoche würde jemals so toll sein, sich selbst in Acht und Bann zu tun. Die Menschheit könne niemals, wie sich einst ein belgischer Schlachter ausdrückte, „ihre Wut an Brot und Fleisch auslassen“. Das ist zweifellos wahr. Aber gibt es denn nicht noch zahllose Hindernisse, die sich dem freien Austausch, Import und Export der Produkte und oft der Menschen entgegenstellen? Sind das nicht die freiwilligen Zehnten, die jeder von uns zu tragen hat, Abschlagszahlungen, die sich als kleine Entbehrungen an Arbeit, Nahrung und Kleidung geltend machen?

Aber es handelt sich hier nicht nur um die Leiden, die wir uns selber zufügen. Wir können auch die anderen Menschen nicht hindern, einander leiden zu machen. Und auch diese Leiden fallen auf uns zurück.

Man denke beispielsweise an das letzte große Unglück, das die Menschheit betroffen hat, den russisch-japanischen Krieg. Wir wollen ihn hier ohne Sentimentalität betrachten, wollen hier all das Leiden beiseite lassen, das die kriegführenden Nationen einander zufügten, gerade als wenn das nicht vorhanden sei. Denken wir also nicht an die Schlachten und ihre Gemetzel, nicht an die Verwundeten, deren Blut den Schnee färbte. Geplünderte Städte, zerstörte Bergwerke, Schiffe, mitsamt ihrer Mannschaft versenkt — wir wollen daran nicht denken, nicht denken an die verlassenen Felder, fern dahinten, in den japani-

schen und russischen Dörfern, die verödeten Hütten und all die verzweifelnden Familien. Denken wir als echte Egoisten nur an uns selber und fragen wir uns, ob wir, die wir in Frankreich, England, Deutschland, Österreich, Italien, Belgien oder sonstwo „neutral“ gewesen sind, d. h. was man so neutral nennt, indifferente Zuschauer des Kampfes, ob nicht auch wir unter seinen Folgen zu leiden hatten? Ich glaube, wir werden sagen müssen, daß, wer auch ferne von dem Ort, wo der Blitz niederzuckt, nicht vor dem geschützt ist, was der Physiker den Rückschlag nennt.

Die großen Erdkatastrophen, vulkanischen Eruptionen, Erdbeben, Überschwemmungen und Springfluten hat man seit je als Unglück empfunden. Aber jahrhundertlang sind sie doch nur ein lokales Unglück geblieben. Man litt nicht darunter, man wußte nicht davon oder doch von dunklem Hörensagen, und man brachte diesem Unglück höchstens ein vages, unbestimmtes Mitgefühl entgegen. In unseren Tagen sind das allgemeine Katastrophen. Nicht nur darum, weil sie eine allgemeine Teilnahme erregen, sondern weil sie sehr viele Konkurse, Unfälle und Zusammenbrüche nach sich ziehen. Katastrophen wie die des Mont Pelé oder die von San Francisco und Valparaiso werden auf dem ganzen Erdglobus als gemeinsames Unglück empfunden. Ebenso steht es mit dem Kriege. Nicht nur, noch einmal gesagt, mit Kriegen, an denen wir direkt teilnehmen, sondern auch mit jedem Krieg, von dem wir uns geflissentlich fern zu halten suchen.

„Bei unserm Nachbarn setzten wir den Hahn aufs Dach,
Es kam ein Sturm und unsere Dächer steh'n in Brand“
so sang vor achtzig Jahren Béranger, und trauernd fügte er hinzu:

„So weit die Grenze eurer Staaten reicht
Ist jeder Halm mit Menschenblut getränkt.“

Das ist von jeher wahr gewesen, aber man hat nicht weiter darüber nachgedacht, nicht den tieferen Sinn begriffen. Fünfhundert, vielleicht schon hundert Meilen von dem Ort, wo man sich niedermetzelte, konnte das Leben seine gewohnten Bahnen gehen, ohne irgendwelche bemerkbaren Erschütterungen. Neue Feldzüge und Metzeleien waren, wie Labrugière sagte, nur ein „neuer Sensationsstoff für die Zeitungen in Versailles oder Amsterdam“. Heute sind alle Interessen so verzweigt, daß die ganze Welt an jeglichem Unglück teilhat. Am Tage nach der Kriegserklärung Japans erlitten alle Börsen in Europa und Amerika einen Kurssturz. Alle Werte, Staatspapiere, Industrieaktien, kommerzielle Unternehmungen, Minenwerte oder sonstige Werte waren in Mitleidenschaft gezogen. Nach Millionen und Abermillionen zählten die Verluste, die von Banken und Privatpersonen erlitten wurden, durch die einige wenige hochkamen und zahllose zugrunde gingen. Viele, die solche Verluste erlitten, sind sich ihres Ursprungs wohl klar gewesen und haben dem Kriege heftig geflucht. Aber wie viele gab es auch, die weniger Scharfsicht besaßen und das Übel, unter dem sie mit zu leiden hatten, nicht durchschauen konnten. — In jedem Winter pflegten viele begüterte Familien des Nordens in die Provence zu ziehen, um den provençalischen Sonnenschein mit teurem Gelde zu zahlen. Ganze Schiffsladungen Blumen wanderten aus der Provence nach St. Petersburg oder Moskau. Nun aber waren all diese Einnahmen plötzlich unterbrochen, weil die Kundschaft in Not geraten war. Der Export Pariser

Modeartikel wurde durch die gleichen Anlässe sehr gehemmt. Ja wir alle wurden z. B. durch solche Kleinigkeiten in Mitleidenschaft gezogen, wie die, daß wir den zur Konservierung von Pelz oder Wolle benötigten harmlosen Kampfer doppelt bezahlen mußten, weil man dort unten ihn zur Darstellung von Sprengstoffen und Todesgeschossen benötigte. Wer kann sagen, wie oft wohl ein armer Soldat, der auf Befehl oder in der Wut des Kampfes in der Ferne eine Brücke sprengte, eine Werkstatt anzündete, eine Mine überschwemmte oder ein Magazin in Brand gesteckt hat, damit ökonomische Werte zerstörte, die in Form von Aktien oder Obligationen das mühsam zusammengedarrte Eigentum kleiner Sparer waren; vielleicht der eigenen alten Eltern, die in der Ferne um ihn weinten.

Aber die Sache hat z w e i Seiten. Dem traurigen Gemälde entspricht zum Glück auch ein Gegenstück. Und wir können, um ein bekanntes Wort anzuwenden, hoffen, daß „Freude und Leid sich den Garaus machen“. Die Solidarität der Not muß, je klarer sie zutage tritt und je unmöglicher es wird, sie zu verkennen, uns, wofern wir nicht blind sind, das Übel vermeiden lehren. Die Solidarität der Güter aber, die ja nicht minder wirklich ist, muß ihrerseits uns lehren, das gemeinsame Wohl zu suchen; alle für einen und einer für alle, wir für andere und andere für uns! Wir empfangen nicht bloß das Brot, von dem wir leben, die Kleidung und das Werkzeug aus den fremden Händen, sondern wir empfangen auch fortwährend Ideen, Erfindungen, Stimmungen, die von bekannten oder unbekannten Brüdern geahnt oder geprägt sind.

„Wir danken dem Franz Jacquard den Webstuhl, von dem wir und unsere Familien lebten“, so sagten schlichte deutsche Weber zu Dr. Karl Richet. Der Amerikaner Morse (nicht er allein, aber er vor allen anderen) hat uns den elektrischen Telegraphen geschenkt. Eine schlichte offizielle Manifestierung der öffentlichen Dankbarkeit war sein ganzer Lohn. Der Italiener Marconi hat seine noch primitive Erfindung aus dem Bann der Kabel und Drähte befreit. Der Engländer Cobden endlich hat uns gelehrt, in der materiellen Interessengemeinschaft die Garantie des Rechts und den Boden des wechselseitigen Wohlwollens zu sehen. Und der Deutsche Kant war es, der uns mit einer Autorität, die die ganze denkende Welt anerkannt hat, die philosophische Formel für eine höhere Zukunftspolitik übermittelte: „Im Selbst-erkennen gelangt die Welt zur Einheit.“

Wir sind noch getrennt durch die Sprache. Aber wir fühlen doch schon hinter all den verschiedenen Idiomen und Sitten, daß wir im Grunde gleicher Natur sind. Wir haben die gleichen Bedürfnisse und die gleiche Seele. Wir erstreben, oder s o l l t e n doch erstreben, daß diese Erde, die unsere Kämpfe genügend mit Blut getränkt hat, ein einziger Markt, eine einzige Werkstatt und zu guter Letzt eine einzige Familie werde. Die Familie des großen Erdenvaterlandes, zu dem alle Einzelvaterländer verschmelzen. Dabei wird der einzelne nicht leiden, sondern sich erst recht entwickeln, so wie der gesunde Körper sich festigt, indem jedes Glied harmonisch zu seiner höchsten Ausbildung gelangt.

Jeder Mensch, so hat man gesagt, besitzt z w e i Vaterländer, das Vaterland seiner Geburt und das, dessen Kultur am lebhaftesten zu seiner Entwicklung beitrug. Der russische Soziologe Nowikow machte

vor 10 Jahren, auf einem Friedenskongreß in Hamburg, eine glückliche Anwendung von dieser Wahrheit. Er begrüßte abwechselnd in französischer und deutscher Sprache sein zweites Vaterland Deutschland und sein zweites Vaterland Frankreich.

Man muß noch weiter gehen. Ohne die spezifischen Vorzüge, die wir dem Lande der Geburt danken, zu verkennen, müssen wir durchschauen lernen, daß alle Länder, groß und klein, uns gemeinsam sind, weil es keines gibt, dem wir nicht irgendein Stück unseres Wesens danken, keines, das nicht auch uns und unseren Landsleuten verschuldet ist, für irgendeines seiner Güter. Es ist an der Zeit, alle die alten Kämpfe voll Haß und Eifersucht zu verbannen, Kämpfe, die im Grunde nur eine große Torheit sind, und mit Viktor Hugo auf dem denkwürdigen Kongreß von 1849 uns zu begrüßen als „Kampfgenossen beider Welten“, oder mit dem Worte Lamartines: „Mitbürger im Reich des Gedankens“.



LINO FERRIANI, ROM, STELLVERTRETENDER GENERALPROKURATOR: FRAUEN- UND KINDER- SCHUTZBEWEGUNG IN ITALIEN.

Lino Ferriani, Rom, hat mehrere Werke insbesondere auch über Kinderschutz geschrieben und in die internationale Bewegung im Interesse von Reformen in dieser Richtung eingegriffen.

I.



AS Problem der Besserung der Lage des Kindes ist so mit dem der moralischen, geistigen und wirtschaftlichen Erlösung der Frau verknüpft, daß beide unmöglich zu trennen sind. Deshalb habe ich seit 30 Jahren versucht, dieser meiner Überzeugung in zahlreichen Werken Ausdruck zu geben. Sie handeln vom normal und anormal beanlagten Kinde, von den Verbrechen, besonders von der Kriminalität der Kinder, von den verschiedenen Erziehungssystemen, der sozialen Lage der Frau und endlich von der großen heiligen Pflicht der Gesellschaft, die gegenwärtigen ungesunden Zustände unmöglich zu machen, die Kinder zu schützen, den Frauen beizustehen (besonders denen, die gezwungen sind, schwere und schlecht bezahlte Arbeit zu leisten), sie zu ermutigen, ihre gesamten natürlichen Kräfte zu entfalten und sie dadurch, welcher Klasse sie auch angehören mögen, zu befähigen:

1. einer gesunden Nachkommenschaft das Leben zu geben,
2. die Nachkommenschaft gut zu erziehen,
3. an der Seite des Mannes, mit Hingabe und Intelligenz für alle Ziele der Menschlichkeit zu kämpfen, die die moderne Zeit anstrebt.

Darum aber müssen wir auch eine entsprechende Gesetzgebung fordern; einige dieser Gesetze müssen internationalen Charakter haben, denn Frauen- und Kinderschutz ist eine Pflicht aller zivilisierten Staaten.

Er setzt die Anerkennung eines allgemeinen Menschenrechtes voraus, jener Menschenrechte, die keinerlei Verschiedenheit der Sprachen und Rassen, keine Grenzpfähle und Schranken kennt und zu deren Siege alle Regierungen sich verbünden sollten.

II.

Bereits vor zehn Jahren machte sich in Italien eine lebhafte Bewegung zugunsten der verlassenen Kinder geltend, eine Bewegung, die freilich fast ausschließlich in den großen italienischen Städten, in Mailand, Turin und Rom, aufzuleben begann. So gibt es in Italien mehr als 35 000 verlassene Kinder; infolgedessen natürlich auch ein beständiges Anwachsen der Kinderkriminalität. Die Institutionen der „Nationalen Gesellschaft zur Verhütung von Grausamkeiten gegen Kinder“, die in England und dem englischen Amerika wahrhaft Wunder wirken, funktionieren in Italien miserabel, vor allem, weil es ihnen beständig an Geldmitteln fehlt. Man kennt in Italien noch nicht einmal Kinderasyle, wie sie z. B. in Ungarn geschaffen wurden.

Am schlimmsten ist das in den südlichen Provinzen. Hier liegen die Verhältnisse so verzweifelt, daß erst kürzlich wieder die Hilfe der Regierung angerufen wurde und der Ministerpräsident, der verehrungswürdige Giolitti, einen sehr guten Plan entwarf und vorlegte, um die wachsende Kriminalität der Kinder endlich von Grund auf zu bekämpfen.

Die folgenden Zahlen mögen das Gesagte beleuchten: Im Zeitraum von fünf Jahren 1891 bis 1895 hatte Ligurien etwa 4000 straffällige Kinder aufzuweisen. Emilia, Toskana, Pontinische Marschen, Latium zusammen etwa 10 000, Sizilien dagegen 20 000; d. h. eine dreifach so große Anzahl als wie in den andern Provinzen zu konstatieren ist, eine doppelt so große wie die in Piemont und in der Lombardei. Dasselbe Bild wiederholte sich in dem Lustrum von 1895 bis 1900. Dem Prozentsatz nach kommen auf 100 000 Kinder im Durchschnitt 338,37 Kriminelle. Und zwar 281,45 in Piemont, 266,20 in der Lombardei, dagegen 700,81 in Sizilien. Das ist in der Tat das dreifache der mittleren Kriminalziffer in den anderen Staaten.

Es kommt dies daher, weil auf den italienischen Inseln die physische und moralische Verwahrlosung der Kinder noch größer ist als auf dem Kontinent; auch daher, weil in der dortigen durch Not und Elend entkräfteten Bevölkerung das Verbrechen viel leichter aufkeimt und dort jene Kinder vorherrschen, von denen Viktor Hugo sagt: „Waisenkinder sind sie, obwohl noch beide Eltern leben.“

Die Kriminalität der Minderjährigen ist noch im Wachsen. Es gab an kriminellen Kindern:

30 000	im Jahre	1890
35 600	„ „	1894
39 109	„ „	1895
41 605	„ „	1896
44 047	„ „	1898

Es gibt noch zu viel Wohltätigkeitssport, zuviel Paradephilanthropie, die auf Bällen und Wohltätigkeitsfesten meistens lediglich der Eitelkeit der Veranstaltenden Befriedigung schaffen soll. Es wäre notwendig, daß diese veralteten Formen von Wohltätigkeit endlich soliden, ökonomischen Organisationen Platz machen, die eine soziale

Macht repräsentieren und ihre Kräfte dazu verwenden, Einrichtungen zum Kinderschutz zu schaffen, die das Verbrechen zeitig verhüten und vor Rückfälligkeit bewahren.

Leider hat man auf den ersten internationalen Kinderschutzkongressen, auf den in Florenz 1896 wie auf den vorhergehenden (Paris 1883, Bordeaux, Genf 1895, Budapest und London) ein viel zu uferloses Programm diskutiert, man stand oft in Gefahr, viel zu akademisch zu werden. Es tut not, das Feld enger abzustecken, praktischer und positiver vorzugehen und sich für eine Sozialreform zu entscheiden, die von allen Regierungen leicht angenommen werden kann.

III.

Untersuchen wir nunmehr, welcher Art der Schutz ist, den man der Frau in Italien angedeihen läßt.

Italien besitzt bereits eine Frauenvereinigung, ferner eine vortreffliche Revue „Das Leben der italienischen Frau“, die von einer geistvollen Frau Sofia Bisi-Allini in Rom geleitet wird. Dieselbe Frau ist auch Leiterin der nicht minder nützlichen Revue für junge Mädchen. Ferner erscheint in Turin eine bedeutende Revue „Die Frau“. Alles das sind glänzende Schriften; sie alle sind von dem glühenden Wunsche beseelt, die Lage der Frau zu verbessern. Aber man verschwendet noch zu viel leere Rhetorik und fürchtet sich oft davor, sich in Gegensatz zu veralteten Vorurteilen zu bringen. Man macht sich auch die geistige Armut des weitaus größten Teiles der Italienerinnen nicht klar, oder, wenn man es tut, so wagt man nicht, all dieses geistige Elend offen zu enthüllen; das Elend all dieser Frauen, die in Stadt und Land zu einem drückenden, schlecht bezahlten Frondienst verdammt sind. In gewissen Gegenden erschöpft sich das Leben einer Bäuerin tatsächlich in Feldarbeiten, die mit einem Tagelohn von 60 bis 80 Centimes bezahlt werden. Diese armen Weiber, schmachvoll ausgebeutet, unwissend, hyperreligiös und abergläubisch, sind tatsächlich ohne allen Schutz. Und da ich das Gute anerkenne, wo ich es finde, ohne mich bemüßigt zu fühlen, nach seiner Herkunft zu spüren, so muß ich dankbar feststellen (obwohl ich kein Sozialist bin), daß dank der Aufklärungsarbeit des Sozialismus ein Strahl von Aufklärung in der Frau aus dem Volke und in der Bäuerin langsam zu dämmern beginnt, eine Aufklärung, die die weibliche Seele etwas verfeinert, ihr eine schwache Ahnung ihrer Menschenrechte beibringt und sie und ihre Kinder, wenn auch nur sehr langsam, auf eine bessere Zukunft vorbereitet, eine Zukunft, die ihre Menschenwürde respektiert, die heute so tief niedergetreten wurde.

Die Frau der ärmeren Klasse ist, wie wir gesehen haben, noch sehr wenig geschützt. Daraus resultiert ein ganz elendiges Frauenproletariat. Die Löhne sind, wie man aus den letzten Statistiken des Arbeitsamtes ersieht, vollkommen ungenügend. Ebenso ist es nur allzu begreiflich, wie das Elend im Verein mit Unwissenheit und allzu harter Arbeit notwendig zur Prostitution treibt.

Die niedrigsten Löhne (75 Cent. pro Tag) findet man in den landwirtschaftlichen Betrieben (59,3 %), den Papierfabriken (25,5 %), Tabakmanufakturen (1,4 %), Baumwollfabriken (4,4 %) und Woll-

fabriken (7,5 %). Höhere Löhne (d. h. Löhne bis zu 2 L. pro Tag) findet man bei den Landarbeitern überhaupt nicht, sehr selten bei Seidenarbeitern (1,4 %) und Bandarbeitern (1,9 %); verhältnismäßig etwas häufiger bei den zur Verarbeitung tierischer Abfallprodukte verwendeten Leuten (2,6 %) und bei Wollarbeitern (14,7 %); am häufigsten trifft man sie in den Tabakmanufakturen (32,1 %).

Es existieren nun freilich einige wichtige Wohlfahrtseinrichtungen zum Zweck des Frauenschutzes. Dazu gehört vor allem die Schaffung einer Mutterschaftskasse, die in der sozialen Gesetzgebung das Prinzip der ausgleichenden und versöhnenden Gerechtigkeit verkörpert. Sie sucht den am Vorabend ihrer Niederkunft stehenden armen Arbeiterinnen neuen Lebensmut einzuflößen. Aber diese zum Zweck des Frauenschutzes getroffene Gesetzgebung ist noch recht ohnmächtig, weist viele Lücken auf und besitzt vor allem zu wenig Zusammenhang und Disziplin, um den letzten Zweck aller sozialen Fürsorgearbeit zu erreichen, der die Quelle alles sozialen Gedeihens ist: die physische, psychische und geistige Hygiene des Volkes.

Man müßte sich z. B., wie man es in Frankreich tut, ernstlich mit den Berufskrankheiten beschäftigen, die in den Sterblichkeitsstatistiken eine so große Rolle spielen, besonders bei den Arbeiterinnen, die bei schlecht entlohnter Arbeit, schlecht genährt und durch Wochenbetten erschöpft, vermöge der von ihnen ausgeübten Berufsarten dazu disponiert sind, die Beute zum Tode führender Krankheiten zu werden.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRÖDA-PARIS



IE Aufsätze, die ich allmonatlich an dieser Stelle zu veröffentlichen gedenke, wollen ein eigenartig Ziel erreichen.

Auf uns alle strömen aus den Spalten der Tagespresse alltägliche Nachrichten über Begebnisse jeder Art in den verschiedenen Ländern ein, und unsere Zeitschrift selbst bringt Berichte über Tatsachen der Sozial- und Kulturentwicklung der verschiedenen Völker. Dem ungeübten Auge könnten all diese Dinge als voneinander unabhängig, isoliert erscheinen, während es doch in Wahrheit große Entwicklungstendenzen der ganzen Gattung sind, die in ihnen zum Ausdruck kommen.

An dieser Stelle nun will ich versuchen, allmonatlich die Mosaiksteinchen zu Bildern der Entwicklung zusammenzusetzen, die berichteten Tatsachen soziologisch zu werten und darzutun, welche organische Veränderungen, welche fortschreitende Entwicklungen des menschheitlichen Organismus sich in ihnen manifestieren.

Heute möchte ich drei Entwicklungstendenzen behandeln, welche für den Gattungsfortschritt der allerjüngsten Zeit, wie ich meine, charakteristisch sind.

I.

Eigenartige Nachrichten kommen vom Osten. Nach dem Beispiele Japans und Rußlands ist ein Staat Asiens nach dem andern in eine Periode politischer Gärung, konstitutioneller Entwicklung eingetreten.

Das chinesische Riesenreich, das durch Jahrtausende ein Hort des sozialen Konservatismus gewesen, das in der Staatsphilosophie von Konfuzius die letzte und vollendete Lösung aller politischen und sozialen Probleme und Möglichkeiten erblickt hatte, tritt aus der Bahn seiner Traditionen heraus (siehe Bericht auf Seite 59).

Freilich wäre es Anmaßung für uns Abendländer, zu meinen, daß Chinas Abkehr von seinen nationalen Prinzipien an sich nach jeder Richtung einen Fortschritt bedeuten müsse; dies gewaltige Reich hat ja nur deshalb durch Jahrtausende seine Verfassung bewahren können, weil diese den Nachbarstaaten an Vollkommenheit unendlich überlegen war. China war und ist Asiens einzige Demokratie; es ruht in breiter Basis auf der freien Arbeit seiner landbesitzenden Bauern und seiner gewerkfleißigen Bürger. Ein Geburtsadel fehlt, und die gelehrte Klasse der Mandarinen, die sich aus den breiten Massen des Volkes in Auslese, wenn nicht der Besten, doch der Gelehrtesten durch ein System strenger Prüfungen ergänzt, beherrscht seit Jahrtausenden den Staat; ihre öffentliche Meinung ist auch für den Kaiser Wege bestimmend. Platos Ideal der Herrschaft einer „Kaste von Weisen“ über den Staat ward schon vor ihm durch Konfuzius in China lebendige Realität.

Und ebenso hat Chinas großer Staatsphilosoph schon vor langen Jahrhunderten jene positivistischen Grundsätze geprägt, die Auguste Comte

in unserem Jahrhundert unabhängig von ihm neuerdings in Frankreich zum Ausdruck brachte. Chinas intellektuelle Klassen sind frei von jeglichem Aberglauben, sind auch frei von jeder positiven Religion, die durch eine auf den Prinzipien der Humanität begründete Moralphilosophie ersetzt wird.

Nur eines war es, das an diesem gewaltigen System zum Hemmstein jeder Aufwärtsentwicklung werden sollte: der Glaube an das erreichte Ideal, über das hinaus es weiter nichts zu erstreben gebe. Die kriegesischen Erfolge Japans und Europas haben den Chinesen gezeigt, daß es jenseits ihrer Grenzen Mächte gibt, die ihnen auf einer Linie wenigstens überlegen sind, und so sehr der Chinese auch den Triumph der Waffen verachtet und (ohne Herbert Spencer zu kennen) darauf hinweist, daß eben China aus dem einst durchlaufenen kriegesischen Zeitalter seit langem ins industrielle Zeitalter übergetreten sei: trotzdem haben die demütigenden Niederlagen im japanischen und europäischen Kriege den nationalen Stolz des Volkes aufgepeitscht. Man wollte den übermächtigen „Barbaren“ mit ihren eigenen Waffen begegnen können, und darum zunächst begann man sich für die parlamentarischen Institutionen Japans, die mit dessen Erfolgen so eng verbunden schienen, zu interessieren. Und allmählich trat der freiheitliche Gedanke auch dem Empfinden der gelehrten Klasse, sowie insonderheit dem der studierenden Jugend, die einst zu ihrer Nachfolge berufen, näher.

Man erkannte, daß ja China in gewissem Sinne immer eine freie Regierungsform besessen und so eine parlamentarische Verfassung eigentlich die konsequente Fortentwicklung der nationalen Prinzipien bedeute.

In einem aber vor allem brach man konsequent mit Anschauungen der Vergangenheit. An die Stelle des konservativen Ideals von Konfuzius trat das Fortschrittsideal Darwins: nicht nur im Denken, auch in der Tat. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, tritt das altkonservative China in eine Periode rastloser politischer, sozialer und kultureller Entwicklung ein. Schon für die nächste Zukunft ist die Einführung einer parlamentarischen Verfassung in Aussicht genommen.

Nicht minder bedeutsam sind die Nachrichten, die aus Indien kommen. (Siehe Bericht auf Seite 57.) Eine revolutionäre Gärung durchzieht den Norden und Osten des großen Landes; die alte Demut und stumpfe Ergebenheit der vom Kastensystem entnervten Volksmassen ist dahin. Noch unmittelbarer als in China konnte von den englischen Schulen des Landes der Geist westlicher Demokratie ins Gedankenleben der gebildeten Klasse treten, und die ungelösten sozialen Probleme des Landes, die quälende Not, die seine breiten Volksmassen im Bann hält, gab der Bewegung von vornherein ein revolutionäres Gepräge.

So wahrscheinlich es ist, daß sich die konstitutionelle Umgestaltung Chinas mit seinen gesunden Besitz- und Herrschaftsverhältnissen im Wege einer friedlichen Evolution vollziehen wird, so furchtbare, in keinem andern Lande der Welt erreichte revolutionäre Möglichkeiten schlummern im Schoße des indischen Volkes, in dem in weniger Jahre Abstand Pest und Hungersnot (in Wahrheit die soziale Not, die sie verschuldet) Millionen und Millionen menschlicher Leben dahinraffen.

Indien ist das Land des Gewaltigen in Natur und Menschentum. Es hat durch Jahrtausende die starrste und unerbittlichste Aristokratie der Welt gesehen; nun einmal der Gleichheits- und Freiheitsgedanke vom Westen her in diese Welt gefallen, kann nur eine grundstürzende soziale Revolution zu einer neuen Ordnung der Verhältnisse führen.

Freilich bis die arbeitenden Massen Indiens ihr blutiges Erwachen feiern, mag es noch geraume Zeit währen; heute sind es zunächst die gebildeten Klassen, welche von der herrschenden anglo-indischen Bureaukratie Anteil an der Leitung der Landesgeschicke fordern. Vieles spricht dafür, daß sie dies Ziel bald erreichen werden, daß England gezwungen sein wird, auch seiner großen indischen Besitzung parlamentarische Institutionen, gleichwie es sie seinen andern Kolonien gegeben hat, einzuräumen. Die großen sozialen Kämpfe werden freilich damit nicht abgeschlossen sein, sondern erst beginnen.

Selbst der muslimische Orient, dessen Entwicklungskräfte man so lange erstorben wähnte, beginnt sich zu rühren. In Persien hat die Revolution vom Schah eine parlamentarische Verfassung erzwungen, und seit Monaten schon tut das persische Parlament fruchtbare gesetzgeberische Arbeit (siehe Bericht auf Seite 56), und ebenso ist in Ägypten eine starke, freiheitliche Volksbewegung erwachsen, welche die Weiterbildung der bestehenden repräsentativen Institutionen zu einer vollständigen Verfassung anstrebt. (Siehe Bericht auf Seite 60).

So wird es bald kaum einen Staat des Ostens mehr geben, der nicht sein Parlament besäße; der große Siegeszug der parlamentarischen Idee um die Erde geht seiner Vollendung entgegen. Er zeigt uns in schöner Weise, wie sich neue Kulturfaktoren der Menschheit im Kampf ums Dasein entwickeln. Die Antike hatte sich zur Idee parlamentarischer Vertretung nicht durchringen können, und an dieser Unfähigkeit gingen Griechenlands Stadtstaaten, ging der „Italische Bund“ zugrunde. Erst lange Jahrhunderte später war es einem kleinen Inselvolke gegeben, aus besonders günstigen Verhältnissen heraus diese neue Form staatlicher Organisation zu finden, und vermöge dieser selbstverwaltenden Institutionen konnte dies Volk der Anglosachsen einen großen Teil des Erdkreises besiedeln und eben hierdurch seine parlamentarischen Institutionen überall hintragen. Von England und seinen Kolonien setzten sie auf das europäische Festland über und haben in letzter Zeit auch den letzten noch widerstrebenden Großstaat, Rußland, bezwungen. Und die nächste Zukunft, fast schon die Gegenwart legt ihnen auch Asien zu Füßen. Keineswegs handelt es sich hier bloß um eine politische Wandlung; aus der freien Verfassung entspringt auch der freie Volksgeist, die Anteilnahme aller an den Fragen und Problemen der Gesamtheit. Unter dem erziehenden Einfluß parlamentarischer Institutionen wird sich das Geistesleben der Völker des Ostens ebenso wandeln, wie sich das der Menschen Europas in unserem Jahrhundert gewandelt hat. Schon die demokratische Volksbewegung selbst, die heute allüberall in Asien auflodert, hat eine Revolutionierung der Geister bewirkt, neue Ideenkeime in wundervoller Weise ersprießen lassen.

Mit dem vollen Siege der Demokratie werden den großen Problemen der Kultur Hunderte von Millionen neuer Mitempfindender, Mitstreitender erwachsen.

Und gewaltige kulturelle Schöpfungen können wir mit Fug und Recht von den zu neuem Leben erwachten Kulturvölkern des Ostens erwarten, bedeutsame Beiträge zu unserem Besitz an geistigen Werten, zu dem bis nun so überwiegend Europas Völker beigesteuert hatten.

So bedeutet der Sieg des Parlamentarismus in Asien den Beweis der Möglichkeit, unser Solidaritätsbewußtsein mit den Menschen unserer Artung auf die große Mehrheit aller Wesen unserer Gattung auszudehnen.

II.

Parallele Entwicklungen, welche gleichfalls eine Ausdehnung des Kreises derer, welche die politischen Geschicke der Staaten mitentscheiden, mit sich bringen, haben sich in jüngster Zeit in den Stammländern unserer Kultur vollzogen.

Die Wahlrechtskämpfe in Österreich und anderen Ländern haben großen, bis dahin ausgeschlossenen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung die politische Vollberechtigung gebracht; ebenso bedeutsam vielleicht, doch weniger bekannt sind die jüngsten Ausbreitungen des Prinzips des Frauenstimmrechts, die wieder einmal zeigen, wie oft die Utopien von gestern die Realitäten von morgen sind.

Die Forderung ward zuerst von jener Klasse intellektueller Frauen erhoben, die aus ihrer geistigen Hochbildung stolzen Anspruch auf Gleichberechtigung mit dem Manne auf allen Gebieten ableiteten. Zu wahrer Kulturnotwendigkeit aber ward sie als politische Konsequenz aus der ökonomischen Selbständigkeit der arbeitenden Frauen.

Als Gattin und Tochter des Bauern und Handwerksmeisters von ehemals war die Frau in ihren Interessen durch die politischen Rechte desselben entsprechend vertreten gewesen; mit dem Versinken der Kleinbetriebe, der wachsenden Proletarisierung der Massen trat sie aus der ökonomischen Familieneinheit heraus; als Arbeiterin war sie darauf angewiesen, aus eigener Kraft ihre Interessen zu vertreten, und der Ausschluß vom politischen Stimmrecht setzte sie in bitteren Nachteil im Kampf ums Dasein, verurteilte ihre berechtigten Forderungen zur Vernachlässigung durch die Mitglieder der Parlamente, die von ihnen nichts zu hoffen, nichts zu fürchten hatten, hat die Duldung der für die Zukunft der Rasse gefährvollsten Frauenausbeutung wesentlich mitverschuldet.

Australiens Beispiel hat gezeigt, wie sofort mit Erringung des Frauenstimmrechts die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung sich dem Schutze der arbeitenden Frauen zuwendet, und mit in erster Linie durch Frauenstimmen ward die großartige Schutzgesetzgebung dieses Pionierlandes geschaffen.

Im alten Europa freilich mit seinen eingewurzelten Traditionen und Vorurteilen gab es schwere Hindernisse am Wege.

Lange hat man die Vorkämpfer der politischen Frauenrechte der Lächerlichkeit preiszugeben versucht. Oder man hat die notwendige Zersetzung von Ehe und Familie durch die selbständige politische Betätigung der Frauen, deren Nichtübereinstimmung mit der politischen Meinung des Gatten mit düsteren Worten auszumalen gewußt.

Erst die Resultate des Frauenstimmrechts in den Ländern jenseits der Meere (siehe Bericht über Resultate des Frauenstimmrechts in Australien auf Seite 75) vermochten diese Irrgedanken entscheidend zu widerlegen. Zuerst waren es einige amerikanische Hinterwäldlerstaaten, welche diese Forderung konsequenter Demokratie verwirklichten, aber ihre noch wenig differenzierten Verhältnisse gaben keine Möglichkeit, die Probe des Erfolges in beweiskräftiger Weise zu machen. Dann kamen Süd-Australien, Neu-Süd-Wales und Neu-Seeland, und ihnen folgend der australische Bundesstaat.

Nunmehr war den Frauen bereits auf einer großen politischen Bühne freie Betätigungsmöglichkeit geboten.

In jüngster Zeit hat die Bewegung auf Europa übergegriffen. Finnland gab den Frauen das aktive und passive Wahlrecht, und 19 weibliche Abgeordnete nehmen regen Anteil an der Realisierung des großen sozialen Reform-

programms, (siehe Bericht auf Seite 74), das dieser Körperschaft vorliegt. Der norwegische Storting hat in seiner letzten Session gleichfalls die Einführung des Frauenstimmrechts beschlossen. Die Parlamente von Schweden und Holland werden sich in der kommenden Wintersession mit gleichen Vorlagen zu befassen haben. So steht das Frauenstimmrecht — noch vor kurzem eine Institution der Utopie — inmitten der politischen Realität, im Herzen Europas.

Es tritt bereits in jene Phase seines siegenden Vormarsches ein, in der nicht mehr das Prinzip, sondern nur mehr die Reihenfolge der einzelnen Völker, je nach dem Grade ihrer politischen Reife und Entwicklungshöhe, in Frage kommt.

Und wie Australiens Erfahrungen lehren, werden weder Ehe noch Familie, ja werden nicht einmal die Probleme der hohen Politik von ihm wesentlich tangiert werden.

Aber die Frauen selbst werden damit zu regerer Anteilnahme an den großen Problemen des Fortschritts erzogen, und in der politischen Arena selbst treten die Fragen des Jugend- und Frauenschutzes, die Bekämpfung der Trunksucht, die Friedensbestrebungen, die öffentliche Moralität (wie Australiens Erfahrung zeigt) in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Und noch viele andere Probleme, die sich an das weichere, minder egoistische, von allgemeineren Gefühlsgesichtspunkten geleitete politische Empfinden des Weibes knüpfen. Unserem öffentlichen Leben wird dies keineswegs zum Schaden gereichen. Ein wenig minder Interessenpolitik und ein wenig mehr Kultur-, ja sagen wir es offen, Gefühlspolitik wird der Lösung gar vieler sozialer Probleme nur förderlich sein können.

So bedeutet die Ausbreitung des Frauenstimmrechts wohl nicht jenes große zersetzende Prinzip, das Freund und Feind von ihm erhoffen oder fürchten mochten. Im Lichte der politischen Erfahrung ist es eine wohlthätige, milde Kraft im großen politischen Heim der Völker, gleichwie des Weibes Einfluß wohlthätig und milde in unserem eigenen Heim schaltet und waltet.

III.

Unscheinbarer, doch viel bedeutungsvoller als alles genannte, als wahres Zentraleignis der jüngsten Zeit erscheint mir ein anderes: das Übergreifen australischer Sozialinstitutionen auf Europa, wie es in der bevorstehenden Einbringung einer diesbezüglichen Regierungsvorlage in England, in der geplanten Errichtung von Lohnkammern, denen die Befugnis gesetzlicher Feststellung der Arbeitslöhne zukommt, zum Ausdruck gelangt (siehe Bericht Ch. Dilkes Seite 10).

Um aber die volle Bedeutung dieses Ereignisses erfassen zu können, müssen wir uns erst über die wahre Tragweite der staatssozialistischen Institutionen, die in Australien seit längerer Zeit bestehen, klar werden.

Für den oberflächlichen Beobachter mag Australien als ein Land erscheinen ähnlich den andern Ländern der Erde, in denen eine hochentwickelte Industrie mit allen ihren Begleiterscheinungen besteht. Besitz und Leitung der Fabriken liegt auch in Australien in den Händen einer kapitalistischen Klasse, während die Arbeiter im Lohnverhältnis stehen. Und die äußerlichen Erscheinungsformen des Landes, das nominell von den Gouverneuren des Königs von England regiert wird, erinnern noch gar sehr an die alte Welt.

Aber für den tieferblickenden Beobachter kommt in all dem eben nur der angestammte Trieb der britischen Rasse zum Ausdruck, die alte Form (und in ihr die Kontinuität der sozialen Entwicklung) zu wahren, sie aber mit neuem Geist zu erfüllen. Das psychische Milieu Australiens ist nicht mehr das der kapitalistischen Ordnung, ist im wesentlichen bereits das des geträumten sozialistischen Zukunftsstaates. Zwei Momente charakterisieren es: 1. der Aufstieg des Arbeiters zur freien Mitbestimmung der industriellen Verhältnisse, der ihm ein starkes Gefühl der Mitverantwortlichkeit und der Arbeiterpartei ein starkes „nationales“ Gefühl verleiht, und 2. das allgemeine Empfinden gesicherter Lebensexistenz, die, von keiner Krise mehr bedroht, einer neuen harmonischen Lebensauffassung Raum gibt.

ad 1. Der Fabrikherr ist nicht mehr Monarch auf seinem Besitztum.

Das britische Prinzip konstitutioneller Verfassung hat auch in die Fabrik seinen Einzug gehalten. Arbeiterausschüsse bestimmen in Verhandlung mit den Ausschüssen der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen (siehe Bericht von Oberst Reay über Wagesboards auf Seite 37).

ad 2. Nicht mehr der individuelle Kampf ums Dasein, sondern der planmäßige Wille der Gesamtheit beherrscht das soziale Leben. Nichts ist charakteristischer für das kapitalistische System der übrigen Länder als die Unsicherheit der Existenz nicht nur für den Arbeiter selbst, sondern für alle Klassen der Gesellschaft. Eine Krise der Industrie mag den ersteren und seine Familie der Not und dem Hunger überantworten und zu gleicher Zeit den Fabrikanten und die Seinen aus reichen, geordneten Lebensverhältnissen in den wildesten Kampf ums Dasein schleudern. In Australien wird die Möglichkeit industrieller Krisen von Jahr zu Jahr mehr ausgeschaltet, weil die im Staat organisierte Volksgesamtheit es ist, welche die großen zentralen Betriebe des Landes (Bahnen, Bergwerke, Grund und Boden, Monopolindustrie) mehr und mehr in ihren eigenen Betrieb überführt oder aber durch gesetzliche Reglementierung derartig leitet, daß das blinde Walten der ökonomischen Kräfte gebrochen erscheint.

Schutzzoll nach außen ist seit langen Jahren das Prinzip der australischen Politik; in dieser Parlamentsperiode tritt ein neues Prinzip des Schutzzolles in Erscheinung, die Auferlegung einer hohen Steuer auf alle Betriebe, die nicht den rigorosesten Anforderungen auf Arbeiterschutz und Arbeiterfürsorge entsprechen, damit die andern, welche dies Ideal realisieren, vor Konkurrenz der minder vorgeschrittenen bewahrend.

In Neuseeland wieder hat man den Übelständen des Großgrundbesitzes, der ein Hemmnis für die fortschreitende Besiedlung des Landes war, durch Verstaatlichung des Grundes und Bodens ein Ende bereitet, und die Gesamtheit ist es, welche entscheidenden Einfluß auf Technik und Wirtschaft der neu eingesetzten Pächter ausübt.

Allgemeine Altersversorgungen, Fürsorge für die Kranken, Invaliden und Arbeitslosen erlöst die arbeitende Bevölkerung von der lähmenden Furcht vor den schlimmsten Krisen des Elends. Für sie ist die Existenz fernerhin von schwerer Sorge frei, aber ebenso findet der Besitzende, dem Gespenst der Krise und des Ruins mehr und mehr entrückt, in der Stabilität und planvollen Ordnung der ökonomischen Verhältnisse Ruhe, Sicherheitsgefühl und (jenseits der ökonomischen Sorgen) ein Leben, das der Befriedigung der Kulturbedürfnisse gewidmet ist. So ist es auch leicht

zu verstehen, daß¹ alle Klassen des australischen Volkes von den Idealen rastlosen Erwerbssinnes, wie sie etwa Amerika eigen sind, sich mehr und mehr zu den Idealen geistiger Kultur und edler Lebensfreude durchgerungen haben.

Weite Ausblicke eröffnen sich so dem Beschauer, der die Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung an den Realitäten des australischen Lebens zu studieren sucht.

Auch eine gewisse Gefahr sozialistischer oder richtiger bis zur äußersten Konsequenz durchgeführter demokratischer Entwicklung tritt in dem vorgeschritten sozialistischen Neuseeland zutage.

Das Fehlen von wahrhaft besitzenden Klassen und einer allen Erwerbsnotwendigkeiten entrückten Jugend ließ aus dem Volksganzen jene Gruppe von Personen ausscheiden, die sich jenseits aller Erwerbsbetätigung dem Schaffen von Kulturwerten widmen konnte. Aber auch dieses Problem, kaum gefahrvoll geworden, hat auch schon seine Lösung in dem demokratisch vollendeten Unterrichtssystem des Landes gefunden, das der Jugend des Volkes unentgeltlichen Unterricht gewährleistet und seinen begabtesten Kindern durch eine Kette von Stipendien den Aufstieg zu den Hochschulen und damit zur Lebensbetätigung als Schöpfer geistiger Werte ermöglicht.

Lange mochte es scheinen, als sollten Australien und Neuseeland die einzigen Länder bleiben, in denen neue humanitäre und demokratische Ideale ihre Verwirklichung finden. Doch das ist vorüber. Der große Schwesterstaat Australiens, die Dominion of Canada, hat gleichfalls den Weg gesetzlicher Festlegung industrieller Arbeitsbedingungen beschritten und folgt in ihren Einigungskammern dem australischen Vorbild.

Und in diesen letztvergangenen Monaten hat in England selbst eine mächtige Bewegung für Schaffung gleichgerichteter Institutionen eingesetzt. Zum Teil waren es Australier selbst, als Delegierte zur Reichskonferenz gekommen, welche den Samen ausstreuten, zum Teil war es die direkte Kunde von jenseit des Meeres, welche den liberalen, nach Abschaffung wenigstens der schlimmsten Ausbeutungserscheinungen strebenden Politikern Englands die ersehnte Lösung des Problems lieferte.

Die Gewerkschaftskongresse schlossen sich der Bewegung an, und unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschloß sich die britische Regierung zur Einbringung einer Regierungsvorlage, welche nach australischem Muster gesetzliche Festlegung der Arbeitsbedingungen, zunächst für Frauen, Minderjährige und solche Personen, die sich ein menschenwürdiges Dasein mit den üblichen Waffen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht selbst erringen können, durchführt. Mag der erste Schritt auch relativ unscheinbar erscheinen, er beweist, daß die große Entwicklungstendenz zur friedlichen Umschmelzung kapitalistischer in sozialistische Institutionen nicht auf Australien beschränkt bleibt, daß die anglosächsischen Siedler dieses jungen Landes nur leichter, in Überwindung minderer Widerstände, ein Ideal verwirklichten, das in den Gaben der Rasse begründet lag. Australien hat den Weg gewiesen, Kanada und England folgen. Vorüber ist die Zeit, da die britische Rasse mit ihrem ausgeprägten Individualismus als geborener Gegner sozialistischer Institutionen angesehen werden konnte. Sie selbst ist es, welche den anderen Nationen den Weg zur Zukunft zu zeigen sich anschickt; das britische Weltreich, zuerst in seinen vorgeschrittenen, doch allmählich auch in seinen konservativen Bestandteilen, hat den Pfad der Entwicklung zum Sozialismus betreten.

Mögen in anderen Ländern der Erde die Bedingungen ungünstiger liegen, mag Amerika vor einer Periode gewaltigen Ringens zwischen den höchstentwickelten Formen des Kapitalismus und einer ebenso kampferüsteten Arbeiterschaft stehen, mag in den romanischen Ländern der Weg nach vorwärts über blutige Kämpfe und Revolutionen führen: England zeigt wieder einmal den Völkern den Weg. Wie es den modernen Parlamentarismus in Jahrhunderte langer Entwicklung ausgebildet, so ist es im Begriffe, sozialistische Institutionen in langsamer, dem oberflächlichen Beobachter kaum sichtbarer Weise friedlich und stetig zu entwickeln. Und wenn es deren Realität geboren, dann mag die Idee vielleicht wieder wie 1789 zu einem idealen Volke des Kontinents hinübergreifen und dort Weltgeschichte werden.

So werfen diese Nachrichten von der Revolutionierung Asiens und vom werdenden Sozialismus Australiens ein helles Streiflicht auf Anfang und Ende unserer Periode in der psychischen Entwicklung der Menschheit. Asien tritt aus seinen Jahrtausenden der Ruhe und Sammlung in unsere Periode rastlosen Strebens, psychischer Zerrissenheit, Wandels aller Werte. Auch seinen Völkern, wie vorher schon denen Europas, wird bedeutsame Fortbildung des sozialen und kulturellen Lebens im Austausch gegen den Seelenfrieden ihrer Glieder zuteil werden: unsere Epoche der Ruhelosigkeit umschlingt so die ganze Erde.

Im gleichen Augenblick aber zeigt Australien das Bild einer Zukunft, die sie überwindet. Das psychische Milieu des werdenden Sozialismus bedeutet Wiederkehr zur Stabilität und Sicherheit des Lebens, Ausschaltung des rastlosen Erwerbsinns, Gewinnung psychischer Harmonie.

Und in gleicher Richtung weist das Frauenstimmrecht auf eine Milderung der politischen Kämpfe und unterstützt die allgemeine Tendenz zur wachsenden Macht der Solidaritätsempfindungen.

Die Tendenz zu Wandel und Fortschritt aller Werte bleibt freilich zurück als Erbstück der durchlaufenen Epoche; aber wenn die Neubildungen Australiens wirklich, wie es den Anschein hat, sich über das britische Weltreich und von ihm aus über die Erde verbreiten, dann dürfen wir auf ein Zeitalter hoffen, in dem sich harmonischer Friede der Seele mit ungebrochener Fähigkeit zu freigewollter Fortbildung vereinigt.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

PROF. DR. WERNER SOMBART, BERLIN: ZUR ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS.



IE Fundamente, auf denen jede Kultur, vor allem aber die wirtschaftliche, sich aufbaut, sind die Bevölkerung und die Technik. Wer deshalb über den Gang berichten will, den die Kulturentwicklung in einem Lande nimmt, wird sein Augenmerk vor allem zu richten haben auf die Tendenzen der Bevölkerungsbewegung und auf die Gestaltung der Technik. Das ist die Erwägung, die mich bei meinen Berichten über die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der materiellen Kultur in Deutschland den Anfang machen läßt mit einigen orientierenden Übersichten über den Stand und die Entwicklungstendenzen der Bevölkerung und der Technik.

Über die Bevölkerungsverhältnisse werden wir gerade in dieser Zeit gut unterrichtet durch die Mitteilung der Ergebnisse der Volkszählung von 1905, die jetzt allmählich in den amtlichen Quellenwerken gemacht wird. Das Bild, das sich uns ganz im großen darbietet, ist dieses:

Deutschland ist noch immer ein Land mit rasch anwachsender Bevölkerung. Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts hat diese sich noch einmal um fast 10 % vermehrt. Der Stand der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren wird durch folgende Ziffern ausgedrückt: Das Deutsche Reich hatte

1870:	40.8	Millionen	Einwohner
1880:	45.0	„	„
1890:	49.0	„	„
1900:	56.0	„	„
1907:	61.0	„	„

Mit anderen Worten: Deutschlands Bevölkerung vermehrt sich jetzt jährlich um rund 800 000 Köpfe; die Zuwachsrate beträgt rund 15‰, während sie bis in die Mitte der 1890er Jahre hinein selten mehr als 10‰ betragen hatte. Damit ist Deutschland jetzt, was die Bevölkerungsvermehrung anbetrifft, an die Spitze aller Kulturstaaen getreten, soweit nicht etwa Zuwanderungen die Bevölkerung in einem Lande rascher anwachsen lassen: so vermehrte sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika in der letzten Volkszählungsperiode allerdings um 18.9‰, aber davon entfällt ein beträchtlicher Teil auf Einwanderer, während Deutschland durch Zuwanderung nichts Wesentliches gewinnt, so daß seine ganze Bevölkerungszunahme auf Inzucht beruht. Und Länder, die ebenso wie Deutschland sich ohne Zuwanderung jährlich um 15‰ vermehren, sind nur die Balkanstaaten (Rumänien 19.4‰, Serbien 15.1‰, Bulgarien 15.4‰, Griechenland 15.2‰), während selbst Rußlands Bevölkerung nur um jährlich 13.7‰ (dagegen z. B. Italiens nur um 6.9‰, Englands um 10.5‰, Österreich-Ungarns um 9.3‰, Frankreichs um 1.5‰ usw.) wächst.

Um nun aber sich ein gefestigtes Urteil über die Entwicklungstendenzen der Bevölkerung zu bilden, muß man den Gründen nachforschen, auf die sich die starke Bevölkerungszunahme in Deutschland zurückführen läßt, muß man insbesondere festzustellen versuchen; ob die rapide Zunahme und die immer raschere Zunahme auf einer großen resp. wachsenden Geburtenfrequenz oder auf einer niedrigen resp. sinkenden Sterbeziffer beruht.

Bei dieser Prüfung wird man zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschlands Bevölkerung so rasch sich vermehrt, vor allem, weil in der letzten Zeit die Sterbeziffer immer mehr herabgegangen ist. Auf 1000 Einwohner kamen jährlich Anfang der 1870er Jahre noch fast 30 Gestorbene (1872=30.6; 1873=29.9; 1874=28.4; 1875=29.3), während in den letzten Jahren nur noch etwa 20 Menschen von 1000 jährlich sterben. Die Gründe hierfür liegen in den Fortschritten der Hygiene sowie in den günstigen Wirtschaftsverhältnissen, die in Deutschland jetzt — mit kurzen Unterbrechungen — seit beinahe anderthalb Jahrzehnten herrschen.

Dagegen ist die Geburtenfrequenz während der letzten Jahrzehnte, in die die starke Bevölkerungszunahme fällt, in Deutschland keineswegs gestiegen. Ja — bei genauerem Hinsehen — ist sie sogar, seit einem Menschenalter etwa, ununterbrochen gefallen.

In den 1870er Jahren betrug die Zahl der auf 1000 Einwohner jährlich Geborenen (vom Kriegsjahre 1871 abgesehen) kein einziges Jahr weniger als 40; der Durchschnitt des Jahrzehnts von 1871/1880 belief sich auf 40.7. Dahingegen ist schon der Durchschnitt des Jahrzehnts 1891/1900 auf 37.4 gesunken, während die letzten Jahre noch eine weitere Senkung der Geburtenziffern brachten. Auf 1000 Einwohner kamen Geborene:

1900 = 36.8

1901 = 36.9

1902 = 36.2

1903 = 34.9

1904 = 35.2

1905 = 34.0

Diese Ziffern gewinnen nun aber erst dann ihre volle Bedeutung, wenn wir sie als den Ausdruck einer Tendenz ansprechen können, das heißt, wenn wir annehmen dürfen, daß sie eine auch in der Zukunft sich fortsetzende Entwicklung widerspiegeln. Das scheint aber tatsächlich der Fall zu sein, wie hier nicht im einzelnen nachgewiesen, sondern nur durch Hinweis auf einige besonders bedeutsame Erscheinungen wahrscheinlich gemacht werden kann.

Erstens nämlich ist die Abnahme der Geburtenfrequenz allen anderen Kulturländern gemeinsam: je höher kultiviert ein Land, desto niedriger seine Geburtenziffer, die z. B. in England und Wales im Durchschnitt des Jahrzehnts 1901/1905 nur noch 28.1, in Dänemark 29.0, in Niederlanden 31.6, in Belgien 28.1, in Frankreich 21.3‰ beträgt und in allen diesen Ländern ebenfalls rasch abnimmt. Daraus darf man schon den Schluß ziehen, daß die Verringerung der Geburten eine Folgeerscheinung unserer Kultur ist. Das wird bestätigt durch die Tatsache, daß zweitens die Abnahme der Geburtenfrequenz im wesentlichen den Großstädten zugute geschrieben werden muß. Während in Deutschland in rein ländlichen Gebieten die Zahl der Geburten annähernd dieselbe blieb (in den letzten 3 ½ Jahrzehnten 1871/1880, 1881/1890, 1891/1900, 1901/1905 betrug sie beispielsweise in Westpreußen

45.8, 44.8, 43.0, 41.9‰; in Westfalen 41.6, 39.9, 41.2, 41.8‰; in Oldenburg 34.2, 33.5, 35.2, 34.4 ‰), sank sie in Bremen von 40.9 auf 33.0, auf 31.9, auf 31.1; in Hamburg von 39.5 auf 36.5, auf 34.6, auf 27.5; in Berlin sogar von 43.0 auf 35.9, auf 29.9, auf 25.9‰. Als drittes statistisches Argument dafür, daß die Geburtenfrequenz sich verringert mit fortschreitender Kultur, läßt sich die Tatsache anführen, daß in den Vierteln der Wohlhabenden fast noch weniger Kinder geboren werden als in denen der Armen.

Aber auch innere Gründe sprechen dafür, daß wir tatsächlich in der abnehmenden Geburtenziffer eine auch in der Zukunft weiterwirkende Entwicklungstendenz zu erblicken haben. Das bedeutet aber — da ja die Verringerung der Sterblichkeit an bestimmte natürliche Altersgrenzen gebunden ist —, daß die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland allmählich in ein ruhigeres Stadium treten und vielleicht in absehbarer Zeit (wenn nicht andere Ursachen entgegenwirken) ganz aufhören wird.

In eine Würdigung dieser über alles Maß bedeutsamen Aussicht ist hier nicht einzutreten, wo vielmehr zunächst nur die Tatsache selber festgelegt werden sollte.

In meinem nächsten Bericht will ich nun die Bevölkerung in ihrer Verteilung über das Gebiet des Deutschen Reiches, also in ihrer räumlichen Anordnung verfolgen.



PROF. DR. ALFRED MANES, BERLIN: ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER VERSICHERUNG.



IN typisches Dokument des Fortschritts der Kultur ist die Versicherung. Als ein Gradmesser der ökonomischen und moralischen Entwicklungsstufen der Völker kann sie gelten. Denn die Ziffern der Versicherungsdichtigkeit eines Landes sind das Barometer für die wirtschaftliche Vorsicht und Voraussicht der Bevölkerung. Die Mannigfaltigkeit der Versicherungszweige, gerade in unseren Tagen in steter und erfreulicher Zunahme begriffen, zeigt ein doppeltes: einmal, daß die fortschreitende Kultur immer neue Gefahren für des Menschen Körper und Güter mit sich bringt (Maschinen, Eisenbahn, Automobil, Luftschiff, Haftpflicht), dann aber, daß die Menschen immer mehr lernen, durch Bildung von Gefahrengemeinschaften, gleichviel welcher Rechtsform, durch Eintreten aller für einen und eines für alle, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, Schadensfolgen auszugleichen, deren Eintritt zu hindern wenigstens die isolierte Menschenkraft nicht vermag. Die Struktur der Versicherungseinrichtungen eines Landes gibt einen untrüglichen Beweis für die politische, soziale und wirtschaftliche Reife des Volkes: in England und den Vereinigten Staaten das individualistisch-privatwirtschaftliche System, in australischen Staaten in schnell zunehmendem Umfang die sozialistische allgemeine Staatsbürgerversorgung, im Deutschen Reiche eine blühende private neben der mächtigsten sozialen Versicherung. Und dieser Wettkampf zwischen den Systemen dringt in alle Länder. Die soziale Versicherungs-idee, knapp ein Vierteljahrhundert in die Praxis umgesetzt, macht

die Assekuranz, die noch vor wenigen Jahrzehnten häufig als Luxus für Begüterte galt, zum anerkannten Notbedarf für die Ärmsten. Der Internationalisierung ist in hohem Maße durch die Versicherung, vornehmlich die Rück- und Seeversicherung, der Weg gebahnt worden. Der sich über alle Länder erstreckende Betrieb von Versicherungs-Riesenunternehmen veranlaßt eine noch längst nicht genügend beachtete Gefahrengemeinschaft unter allen Nationen: das zerstörte San Francisco ist größtenteils durch die Millionen europäischer Feuerversicherungs-Gesellschaften neu aufgebaut worden; das Risiko der Schifffahrt beim russisch-japanischen Kriege hätten weder die russischen noch die japanischen Versicherer tragen können, ohne die Hilfe der ausländischen Assekuranz. In eigentümlichem Gegensatz zu dieser Internationalisierung gehen immer mehr Staaten zu einem scharfen Feldzug gegen die ausländischen Anstalten vor: in Japan wie in Chile, in der Türkei wie in Portugal sucht man durch Herausdrängen der ausländischen eine heimische Versicherungsindustrie aufzupäppeln. Hand in Hand hiermit geht die fortschreitende Aufsichtsgesetzgebung auch über die inländischen Anstalten. Denn verdrängt der Staat die ausländischen, so muß er seinen Bürgern um so mehr Garantie für die Güte der heimischen Unternehmungen bieten. Aber die Staatsaufsicht fördert keineswegs das Verantwortlichkeitsgefühl, weder das der Beschützten noch das der Überwachten. Beinahe so spät wie die Gesetzgebungsmaschine kümmert sich die Wissenschaft in größerem Maßstabe um die Versicherung. Um so schwierigere Aufgaben harren daher der neuen Versicherungs-Wissenschaft, deren Bestreben es insbesondere auch sein muß, die Versicherung aus der Isolierung herauszubringen, in der sie sich als ein gemiedenes Grenzgebiet der ökonomischen, juristischen, mathematischen, medizinischen und technischen Disziplinen befindet. Die Versicherung in ihrer Gesamtheit braucht ihre eigene Wissenschaft.



P. MUNCH, KOPENHAGEN: DAS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ERWACHEN DER KLEINEN DÄNISCHEN BAUERN.



SEIT der Bauernemanzipation (1788) macht sich in Dänemark der Unterschied zwischen arm und reich mehr als in den meisten anderen Ländern bemerklich. Vor 1788 führten die Bauern eine proletarische Existenz. Fast alle Bauern waren Pächter, fronpflichtig an die Scholle gebunden. Nach 1788 gewann ein großer Teil der Bauern, die sog. „Gaardmänner“ (d. h. Besitzer von mindestens einer Tonne Hartkorn) eine immer bessere Position. Sie bilden heute eine wohlbemittelte Klasse. Seit 1870 haben die „Gaardmänner“ die Majorität in dem allgemeinen Wahlparlament, dem „Folketing“. Bis 1901 hatte aber diese Majorität noch anzukämpfen gegen die Landstände („Landsting“), das Oberhaus, in welchem die Majorität zu den begüterten Ständen gehört. Während dieser ganzen Zeit hat der König

sein Ministerium aus der Majorität der Landstände gebildet. 1901 aber triumphtierte der Parlamentarismus. Der König wurde gezwungen, ein Ministerium zu bilden, das der Majorität des Folketing genehm war. Seither haben sich die Minister allein auf die „Gaardmänner“ gestützt und diese somit einen sehr beträchtlichen Einfluß erlangt. Die meisten „Gaardmänner“ haben die maßvolle Politik des gegenwärtigen Ministeriums mitgemacht.

Den Industriearbeitern ihrerseits ist es gelungen, ihre ökonomische Lage während der letzten 30 Jahre beständig aufzubessern. Sie haben Arbeiterkoalitionen gebildet; die relative Zahl der organisierten Arbeiter in Dänemark ist jetzt größer als in jedem anderen Lande. Auch ist den Arbeitern gelungen, die Löhne beträchtlich zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen.

Die Mehrzahl der Industriearbeiter gehört der Sozialdemokratie an und befindet sich zweifellos in Opposition gegen das gegenwärtige Ministerium. Ihr politischer Einfluß ist beträchtlich. Ungefähr ein Viertel aller dänischen Wähler stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie, und die Partei der Industriearbeiter besitzt die größte Zahl von Repräsentanten in den Kammern wie in der Mehrzahl der städtischen Munizipalbehörden.

Die Landarbeiter dagegen und die kleinen Kätner, die „Husmänner“, sind lange im Hintertreffen geblieben. Die Klasse zählt etwa 150000 Familien (die „Gaardmänner“ zählen nur 70000 Familien). Ohne Zweifel hat sie von der Bauernemanzipation profitiert. Aber viel langsamer und weniger als die Gaardmänner.

In der Zeit, wo die Gaardmänner gegen den Landtag ankämpften, leisteten die Husmänner ihnen Gefolgschaft, ohne im übrigen ausgesprochene politische Ansichten zu besitzen. Aber in diesem letzten Jahre ist auch diese so zahlreiche Bevölkerung wach geworden. Sie haben sich mehr und mehr von der Taktik enttäuscht gefunden, die die Gaardmänner zur Anwendung brachten. Landarbeiter und kleine Pächter haben sich allmählich entschlossen, ihren Weg für sich allein zu machen, und sind heute im Begriff, eine sehr gewichtige Organisation zu schaffen. Sie bilden gegenwärtig überall lokale Assoziationen, die zu einer großen gemeinsamen Organisation vereinigt sind.

Von 30000 Husmännern der Insel Seeland sind schon etwa 7000 Mitglieder dieser Assoziationen, und ihre Anzahl wächst beständig. Die Husmänner haben ihre Presse für sich, und ihre Genossenschaften entfalten eine unermüdliche Tätigkeit, um die professionelle Tüchtigkeit ihrer Leute zu stärken. Sie organisieren spezielle landwirtschaftliche Konferenzen, Gesellschaftsreisen, deren Zweck ist, dem kleinen Landbesitzer gute Bodenkulturen zu zeigen, u. dgl. m. Sie haben auch soeben eine eigene Bodenkreditgenossenschaft gegründet, von der Annahme ausgehend, daß es sicherer ist, den Kleinbauern Vorschüsse zu geben als dem Großgrundbesitz. Es ist möglich, daß sie wohlfeilere Preise erzielen, wenn sie eine Kreditgenossenschaft zustande bringen, die ausschließlich kleine Leute umfaßt. Sie haben auch eine spezielle Brandversicherungskasse organisiert. Endlich haben die Husmänner sich sogar zu einer Parzellierungsgenossenschaft zusammengetan, die das Land den Großgrundbesitzern abkaufen und für kleine Landarbeiter ohne Bodenbesitz parzellieren will. Man verspricht sich erheblichen Gewinn davon, da die Kleinkultur unbedingt einträglicher ist als Großbesitz.

Im Vergleich zur Tätigkeit der Kleinbauern ist die der Regierung relativ nichtig, wenngleich auch nicht ganz erfolglos. 1899 wurde ein Gesetz

genehmigt, demgemäß der Staat Vorschüsse an besitzlose Landarbeiter gewährt. Jeder Arbeiter, der eine bestimmte Geldsumme besitzt und sich anzusiedeln wünscht, kann ein genügendes Darlehn bekommen, um einen Bodenanteil zu erwerben, und die notwendigen Baulichkeiten darauf zu errichten. Als dieses Gesetzesprojekt im Parlamente diskutiert wurde, wünschte das Unterhaus, daß die Bodenanteile groß genug sein sollten, um eine ganze Familie zu ernähren, aber das Oberhaus machte dagegen Front. Die Großgrundbesitzer wünschten, daß die Landanteile so klein gemacht werden sollten, daß der Kleinbauer zu seinem Unterhalt auch noch auf Ergänzungsarbeit angewiesen ist. Das Resultat war, daß die in Rede stehenden Parzellen im allgemeinen viel zu klein ausfielen, um den Kleinbauern mit- samt seiner Familie ernähren zu können.

Außerdem sind die Bodenpreise für diese Anteilkäufe so gestiegen, daß die jährliche Miete im Vergleich zum Bodennutzen viel zu hoch ist. Daher ist die Anzahl der landankaufenden Kleinbauern seit dem Gesetz von 1899 nicht eben allzugroß, bisher nur ungefähr 3000. Die Staatsdarlehen beliefen sich in den Jahren 1900—1905 auf etwa 12 Millionen Frs. Die Genossenschaft der Husmänner bildet nicht wie diejenige der industriellen Arbeiter eine einzige politische Partei. Gleichwohl hält sich der größte Teil der Genossenschaftsmitglieder zur äußersten Linken. Sie kämpfen mit der Sozialdemokratie gegen die liberale Regierung und die hochkonservative Kammer. Das soziale und politische Erwachen der Husmänner ist das weitaus wichtigste soziale Ereignis, das Dänemark in den letzten Jahren zu verzeichnen hat.



COLONEL W. T. REAY, MELBOURNE: LOHN- KOMMISSIONEN (WAGES BOARDS) IN VICTORIA.

DAS System der Lohnkommissionen, das gegenwärtig in der Geschichte des Rechtswesens eine so große Rolle zu spielen begonnen hat, ist erst seit 1896 erprobt. Zunächst wurde diese Einrichtung in Victoria für die Kleidermanufaktur, die Schuhindustrie, die Möbelindustrie und das Bäckereigewerbe durchgeführt.

In jedem Gewerbe haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je fünf Personen aus ihrer Mitte zu wählen. Können sich diese zehn untereinander auf einen außerhalb ihres Gewerbes stehenden, unabhängigen Vorsitzenden nicht einigen, so pflegt die Regierung den Vorsitzenden zu ernennen. Diese elf Personen bilden eine Lohnkommission und übernehmen die Aufgabe, den Mindestlohn festzusetzen, für den in den speziellen Branchen des betreffenden Gewerbes Arbeit übernommen werden darf.

Sobald das Arbeitsministerium, das das betreffende Gesetz (die Fabrikgesetzgebungsakte) zu verwalten hat, die getroffenen Vereinbarungen akzeptiert, haben die Lohnnormierungen bindende Gesetzesgewalt und jede Person, die weniger zahlt als im Lohntarif festgesetzt wurde, ist straffällig. Die Entscheidungen hierüber werden durch die Majorität der Kommission getroffen.

Für den Fall von Meinungsdivergenzen (die gewöhnlich dann eintreten, wenn die fünf Repräsentanten der Arbeitgeber auf der einen Seite, die fünf Arbeitnehmer auf der andern Seite votieren) entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, der das letzte Wort zu sprechen hat.

Im allgemeinen pflegen die Entschiede vom Arbeitsministerium ohne weiteres akzeptiert zu werden, doch kommt es in seltenen Fällen vor, daß das Ministerium die Akten zur Abänderung zurückschickt. Erfreulicherweise hat bisher noch niemals zwischen dem Ministerium und einer Lohnkommission eine ernste Kontroverse stattgefunden.

Die ganze Einrichtung, die zunächst nur als ein Experiment eingeführt war, wurde 1905 in die Staatsgrundgesetze von Victoria als permanente Institution aufgenommen.

Heute gibt es in Victoria für nicht weniger als 49 Industriezweige Lohnkommissionen, es werden noch immer mehr gefordert. Um eine neue Kommission einzusetzen, ist die Genehmigung beider Parlamente erforderlich; ist diese aber einmal erteilt, so bedarf es zur Ausführung keiner weiteren Formalitäten.

Somit hat in Victoria das Parlament der Regierung das Recht eingeräumt, das in England in dem von Sir Charles Dilke eingebrachten Gesetzesantrag nachgesucht wird: das Recht, Lohnkommissionen einzuführen, ohne im einzelnen mit dem Parlament immer neu verhandeln zu müssen.

Seitdem die ersten Kommissionen bestehen, hat das Arbeitssystem zwei sehr wichtige Bestimmungen erfahren. Alle, mit Ausnahme der ursprünglichen Lohnkommissionen, sollen gehalten sein, die Löhne nicht höher anzusetzen, als von „rechtlichen und soliden Arbeitgebern“ des betreffenden Gewerbes gezahlt zu werden pflegt, und sie sollen zweitens ihre Grenzbestimmungen durch einen industriellen Appellationsgerichtshof erhalten, dem ein gelehrter Oberrichter zu präsidieren hat. Die „rechtlichen und soliden Arbeitgeber“ sollen dafür sorgen, daß die Kommissionen zu einer Waffe gegen Ausbeutung werden. Das tun sie, indem sie Tribunale bilden zur allgemeinen Regulierung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Während der gegenwärtigen Parlamentssession wird die Regierung den Versuch machen, das Recht der Appellation an die Berufungsinstanz der Industrie Gerichte an beide Parteien gleichmäßig gerecht zu verteilen. Von dem Appellationsrecht ist bisher aber nur selten Gebrauch gemacht worden; mit sehr wechselnden Resultaten, meist zum Vorteil der Arbeitgeber, weswegen es die Arbeitnehmer noch mit Mißtrauen und Zweifel betrachten. Sie möchten daher am liebsten in der gegenwärtigen Parlamentssession die industriellen Appellationsgerichte wieder abgeschafft sehen. Aber hierfür ist keinerlei Aussicht vorhanden.

In einem letzthin vom Gewerbegericht abgegebenen Urteil findet sich die wichtige Erklärung, daß die Lohnkommissionen keineswegs gehalten sein sollen, sich auf die Lohnregelung der Hausindustrien zu beschränken, sondern daß sie vielmehr schlechtweg die Lohnfragen regulieren sollen. Aber es ist klar, daß das nur innerhalb naturgegebener notwendiger Grenzen geschehen kann, die von den Lohnzahlungen bezeichnet werden, wie sie bei „rechtlichen und soliden Arbeitgebern üblich sind“.

Bisher haben die Kommissionen erstens die Ausbeutung unmöglich gemacht, zweitens manche vormals armseligen Löhne aufgebessert, drittens Streiks verhindert, und viertens dieses alles mit dem geringsten Maß von Reibungen und ohne Verluste für Handel und Gewerbe durchge-

führt. Als man die Einrichtung ursprünglich einführte, geschah es mit Mißtrauen, weil man glaubte, daß ein Schiedsgericht bessere Dienste leisten würde. Die Erfahrung lehrte, daß man bei Lohnkommissionen, die für jede Branche aus besonderen Experten unter Beisitz eines unabhängigen Obmannes zusammengesetzt sind, weit besser fährt. Die Kommissionen trafen in Victoria in den Zuständen der Industrie mannigfache Verwirrung an; sie haben damit gründlich aufgeräumt, wo immer sie eingreifen konnten, und haben überall Gesetz und Ordnung durchgeführt.

Darum ist zu hoffen, daß diese segensreiche Einrichtung der australischen Industrie sich über die ganze zivilisierte Welt ausbreiten wird.

CHRONIK

EINE hochbedeutsame Schwenkung des Vereins deutscher Ingenieure hat sich vergangenen Sommer vollzogen. Dieser Verein, der über 20000 Ingenieure, Fabrikanten, Direktoren und Hochschullehrer zu seinen Mitgliedern zählt, ist Deutschlands älteste und größte technische Organisation und umschließt wohl lückenlos die führenden Elemente der gesamten deutschen Technik. Der Verein ist seit über 50 Jahren und bis heute eine Vereinigung mit ausschließlich technischen Interessen. Das soll sich nun vom 1. Januar 1908 ab ändern. Denn eine anfänglich recht bescheidene Gruppe innerhalb des Vereins hat nach fast 20 jähriger Diskussion bei der letzten Hauptversammlung im Juni d. J. in Koblenz folgendem Beschluß zu einstimmiger Annahme verholfen: „Der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure soll monatlich eine Beilage in der Stärke von (zunächst) zwei Bogen beigegeben werden, in der vornehmlich

1. volkswirtschaftlich - technische Fragen und Organisation der Betriebe,

2. sozial-technische Fragen,
 3. kolonial-technische Fragen,
 4. Rechtsfragen, Patentsachen usw.,
 5. Schulfragen, Standesfragen,
 6. Beiträge zur Geschichte der Technik,
 7. Technik und Kultur, Beziehungen zur Kunst,
 8. Besprechungen von literarischen Erscheinungen auf den vorstehend genannten Gebieten
- behandelt werden, alles mit der Beschränkung, daß die behandelten Fragen vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind.

Diese Beilage soll den Mitgliedern des Vereines deutscher Ingenieure mit der Zeitschrift kostenfrei geliefert werden, sonstigen Abnehmern gegen Bezahlung.“

Die Tragweite dieses Beschlusses ist eine ganz außerordentliche. Die neue Zeitschrift, deren Umfang bald erhöht werden dürfte, wird sich in kurzer Zeit zum führenden Organ der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen technischen Arbeit entwickeln. Nicht nur die Ingenieurstandesfragen werden wirksame Förderung erfahren, sondern

die deutsche Gewerbe- und Industriepolitik hat von 1908 ab mit einem neuen Machtfaktor zu rechnen, mit dem organisierten Willen von 22000 führenden Köpfen der technischen Intelligenz. In Fragen des Patentrechtes, des Ausstellungswesens, des Submissionswesens, des technischen Bildungswesens usw. wird das neue Organ durch Klarlegung vorhandener Mängel und durch Reformvorschläge aus dem Kreise der unmittelbar Beteiligten große Aufgaben zu erfüllen haben. Ferner dürften Gebiete wie die bisher recht stiefmütterlich behandelte Geschichte der Technik, die technische Ökonomik, die Zusammenhänge von Kultur und Technik, Kunst und Technik usw. in Zukunft eine Pflegestätte finden. Und endlich darf nicht vergessen werden, daß das neue Blatt, das mit seiner Auflage von 25000 die weitestverbreitete wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zeitschrift der Gegenwart sein wird, bei geeigneter Schriftleitung einen außerordentlich wertvollen erzieherischen Einfluß auf das wirtschaftliche Denken und das soziale Empfinden der „Kapitäne der deutschen Industrie“ ausüben wird.



Staatssozialistische Versuche in Australien. Die blühende Landwirtschaft Südaustraliens exportiert alljährlich große Mengen an Butter, an Hammel- und Lammfleisch nach England.

Die Produkte werden in großen Kühlwerken einer tiefen Temperatur ausgesetzt und auf den Schiffen in gefrorenem Zustande transportiert.

Diese Kühlwerke, eine Lebensbedingung für die südaustralische Landwirtschaft waren früher in Privathänden.

Infolge grober Mißstände, vor allem wegen des Zwischenhandelsprofits, nahm der Staat Südaustra-

lien im Interesse der Farmer die Kühlwerke und den Export in seine Hand. Interessant hierbei ist, daß in diesem Falle es nicht die Arbeiterschaft war, welche die Forderung nach Verstaatlichung aufgestellt und deren Verwirklichung durchzusetzen gewußt hat, sondern die Farmerbevölkerung. Es beweist dies, daß gewisse staatssozialistische Experimente auch ganz anderen Bevölkerungsschichten als solchen, die wir als deren Träger anzusehen gewohnt sind, Nutzen bringen können.

Diese Vorgänge erinnern an die Prinzipien, die seinerzeit dem Antrag Kanitz in Deutschland auf Einführung eines staatlichen Monopols des Getreidehandels zugrunde lagen, und eine konsequente Weiterbildung jener Bestrebungen hätte zu ähnlichen Resultaten führen müssen wie in Australien.

Auch von dieser Seite aus eröffnen sich der Organisation der Landwirtschaft sehr interessante Ausblicke auf eine staatssozialistische Gesetzgebung.

Das Experiment der australischen Kühlwerke hatte einen durchschlagenden Erfolg. Hunderttausende von Lämmern und Hammeln werden alljährlich dort gekühlt und versandt, und die Farmer sind sehr zufrieden. Der Staat Südaustralien besitzt auch Verträge mit den Postdampferlinien nach England, vermöge deren er die gefrorenen Fleischwaren rasch und billig nach England überführen kann. Der Verkauf auf dem Londoner Markte nach Prinzipien des Großhandels hat einen schönen Erfolg erzielt.

Ein anderes Experiment hingegen ist fehlgeschlagen. Der Staat nahm im Interesse der Weinproduzenten sozusagen die Weinproduktion des Landes in Kommission, errichtete in London Detailverkaufsstellen, in denen er den Wein verkaufte. Diese Verkaufsstellen arbeiteten aber nicht gut, eine sehr scharfe Konkurrenz der

Privatunternehmungen setzte ein, und das Experiment mußte eingestellt werden. Um Wein in London verkaufen zu können, mußte man Kaufmann im vollsten Sinne des Wortes sein, und die kaufmännische Qualität fehlte dem Staat Südaustralien! Er war unfähig einzugreifen in den Kampf einer Ziffer gegen die andere, in einen Kampf, der vom individuellen Erwerbstrieb beherrscht wird. Es scheint also dieses Experiment darauf hinzuweisen, daß die Verstaatlichung eines Handels- oder Industriezweiges, für welche kaufmännische Qualitäten notwendig sind, meist schwerwiegenden Bedenken begegnet, daß hingegen dort, wo ein natürliches Monopol vorliegt, wo kaufmännische Qualitäten nicht von Belang sind, ein Eingreifen des Staates sehr wohltätige Resultate mit sich bringen kann.

Br.



Wirtschaftliche Erschließung Siams.

Unter dem befördernden Einfluß der fortschrittsfreundlichen Dynastie sind in Siam in jüngster Zeit bedeutende Industrien erstanden. In erster Linie haben die eingewanderten Chinesen ihre altererbten Arbeitsinstinkte auf den Tropenboden Siams verpflanzt.

Sie bilden in der Hauptstadt Bangkok nahezu die Hälfte der Bevölkerung und haben daselbst blühende Gewerbe begründet, während die eingeborene siamesische Bevölkerung wie alle Tropenvölker sich dem Geist der Arbeit wenig geneigt zeigt.

Sehr viel ist auch durch europäischen Einfluß getan worden, große Reismühlen sind an den Ufern des Hauptflusses Menam sowohl von Chinesen wie von Europäern gegründet worden, eine Straßenbahn verkehrt in Bangkok, deutsche Schiffahrtslinien vermitteln dessen Verkehr mit den unfernen englischen Kolonien in Sin-

gapore und Hongkong und seit kurzem leiten deutsche Ingenieure und Administratoren die siamesischen Staatsbahnen.

Br.



Zur Einführung des Papiergeldes in China hat die Deutsch-Asiatische Bank in Tsingtau auf Grund des ihr vom Reiche erteilten Privilegs im Sommer den Anfang gemacht. Dies bedeutet einen wahren Fortschritt für das Kiautschougebiet, angesichts der Hindernisse die dem Handelsverkehr aus der Schwierigkeit erwachsen, größere Summen in schweren Metallmünzen bei sich zu führen.

Papiergeld war übrigens in China viel früher eingeführt als in Europa. Als 810 v. Chr. dem Kaiser Hsien-Tsing aus der Tsing-Dynastie gemeldet wurde, daß die Käschmünzen immer seltener würden, ordnete er durch ein Edikt an, daß in der Reichshauptstadt eine Ausgabestelle von Papiernoten einzurichten wäre, bei der die Großkaufleute solche gegen Barzahlung in Käsch empfangen und später nach Belieben bei den lokalen Provinzialschatzmeistern wieder gegen Geld eintauschen könnten. Die Methode bewährte sich. Die chinesische Handelswelt hatte sich mit der Zeit an die Geldnoten so sehr gewöhnt, daß sie selbst dazu überging, Noten in Umlauf zu setzen. Später nahm der Kaiser der Gilde das Privileg, und es folgte eine ganze Reihe von Versuchen, Regierungsbanknoten einzuführen. Am Ende der Yuan-Dynastie geht es abwärts mit dem Vertrauen des Volkes zu den Noten der Regierung. Sie sanken immer mehr erheblich unter ihren ursprünglichen Wert. Dazu kam in der Ming-Dynastie das Eindringen des mexikanischen Silbers in China. Die Regierung versuchte vergeblich die großen Vorteile des Papiergeldes dem Volke immer wieder vor Augen zu führen, bis schließ-

lich der letzte Kaiser der Ming-Dynastie das Papiergeld durch ein Edikt abschaffte. Die Regierungsnoten kamen noch einmal zur Geltung, aber die Regierung mußte dann mit Zwangsmitteln arbeiten, um ihre Beamten zur Annahme von Papiergeld zu bewegen. Endlich ordnete der Vorgänger des jetzt regierenden Kaisers endgültig an, daß die Ausgabe von Papiernoten ganz den Privatbanken überlassen sei. Diese Papiernoten, die man besonders in den Nordprovinzen des Reiches trifft, gleichen aber wegen ihrer zeitlichen Beschränkung im Verkehr mehr dem Wechsel. Das Papiergeld der Deutsch-Asiatischen Bank ist also eine wirkliche Neuerung im modernen China.



Der Plan eines europäischen Zollvereins wird in einer Denkschrift erörtert, die Sir Max Wächter, einer der Führer der englischen Handelswelt, allen europäischen Staatsoberhäuptern unterbreitete. Der Verfasser ist der Ansicht, daß ein ähnlicher Verein zustande kommen kann durch die Gründung eines gemeinschaftlichen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und eines gemeinschaftlichen europäischen Zolltarifs. Obwohl dem Projekt mehrere Souveräne und Staatsoberhäupter sympathisch gegenüberstehen, meint doch Wächter, daß kein Staatsoberhaupt die Initiative zu solch einer Konferenz ergreifen würde. Er appelliert deshalb an die Presse, um eine internationale Liga zu bilden. Die englischen Blätter äußerten sich sehr günstig über die Idee Wächters, erklärten sie aber für einen schönen Traum.



Durch die vor kurzem erfolgte Gründung einer Gewerbeförderungsanstalt zu Köln hat die Rheinprovinz einen bedeutsamen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Förderung des

Handwerks getan. Die neue Anstalt hat den Zweck, das Handwerk und das Kleingewerbe der Provinz in seiner Leistungsfähigkeit und Entwicklung zu unterstützen. Als Wege zu diesem Ziele sind Veranstaltungen geplant, wie: Meister- und Genossenschaftskurse, Ausstellungen in der Gewerbehalle, eine fachliche Auskunftsstelle, eine Prüfungs- und Versuchsanstalt sowie Vorträge. Es sind bereits Meisterkurse eingerichtet für Gas- und Wasserinstallateure, Elektroinstallateure, Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schlosser. Die Genossenschaftskurse wollen ihre Teilnehmer befähigen, kleingewerbliche Genossenschaften einzurichten und zu leiten. Die Auskunftsstelle erteilt kostenlos Rat bei Einrichtung neuer Betriebe, bei Bildung von Genossenschaften usw. In der Prüfungsanstalt sollen Maschinen geprüft werden. Sowohl in Köln, wie in verschiedenen anderen Teilen der Provinz sind fachliche Vorträge in Aussicht genommen, welche von den Lehrern und Beamten der Gewerbeförderungsanstalt abgehalten werden sollen. Für die Anstalt ist ein besonderer Neubau errichtet, dessen Herstellungskosten nach dem Anschläge sich auf 616 300 M. belaufen. Die Mittel der Unterhaltung werden durch den Staat, die Provinz, die Stadt Köln und mehrere rheinische Handwerkskammern gedeckt.



Gesetzlicher Minimallohn. Die australische Regierung unterbreitete dem Bundesparlament einen Gesetzentwurf, der die unter dem Schwitzsystem angefertigten Waren mit einer hohen Steuer belastet. Die Extrasteuer wird dem Fabrikanten nur dann erlassen, wenn er nachweist, daß seine Waren unter Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind, die als „fair“ (anständig) bezeichnet werden können. In strittigen

Fällen soll die Frage, ob der Lohn angemessen ist, eine von der Regierung eingesetzte Kommission entscheiden. Die letztere erhält die Befugnis, Zeugen unter Eid zu vernehmen, Bücher zu revidieren usw. Erst nach der Entscheidung dieser Lohnbehörde darf dem Fabrikanten die vom Staate herausgegebene Kontrollmarke verabfolgt werden.

Der diesjährige britische Trades-Unions - Kongreß hat unwidersprochen einer Resolution zugestimmt, welche zur Bekämpfung der niedrigen Löhne in der Schwitzsystem-Industrie von der Regierung die Einführung eines gesetzlichen Minimallohnes verlangt auf Grundlage der Bestimmungen, die in der vom Abgeordneten Arthur Henderson eingebrachten Bill über die Schwitzsystem-Industrien angelegt sind. In der Begründung der Resolution verwies Miss Mary Macarthur, Vertreterin einer Frauengewerkschaft, auf die guten Erfahrungen, die mit den Lohnbehörden in Victoria zugunsten der Heimarbeiter gemacht worden wären.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Stuttgart hat in seiner Resolution betreffend die Ein- und Auswanderung ebenfalls zur Abwehr der Lohnrückereiseitens der einwandernden Arbeiter die Einführung eines Minimallohnsatzes verlangt.



Die preußische Berggesetznovelle, die am 7. Juni d. J. vom preußischen Abgeordnetenhaus angenommen wurde, verfolgt zwei Zwecke: einen sehr allgemeiner Art, insofern einzelne Bestimmungen des Allgem. Berggesetzes für alle Mineralien abgeändert wurden, und einen mehr spezieller Natur, welcher sich auf die Steinkohle, das Steinsalz sowie einige andere Salze und Solquellen bezieht. Von den ersteren Bestimmungen sind diejenigen am wichtigsten, welche das Mutungswesen umfassen. Bis jetzt

war der Muter berechtigt, nach Belieben auf seine Mutung zu verzichten und unmittelbar darauf eine neue Mutung anzufangen. Dadurch war es dem Muter möglich, alle Konkurrenzbohrungen, welche sich innerhalb der gesetzlich festgestellten Maximalentfernung von 4184 m von seinem Fundpunkte befanden, durch Hinlegung einer neuen Mutung hinfällig zu machen. Diese Möglichkeit einer weitgehenden Ausschließung fremder Konkurrenz wird durch den Paragraphen begünstigt, der die Berechtigung gibt, in unmittelbarer Nähe des ersten Fundpunktes noch weitere künstlich zu konstruieren und neue Bergwerkfelder zu muten, obwohl in diesem Fall von einer „Entdeckung“ des Minerals keine Rede sein kann. Diesen Übelstand will die Novelle durch neue Vorschriften beseitigen. Die bisher zeitlich unbegrenzte Möglichkeit des Verzichtens und der gleichzeitigen Einlegung neuer Mutungen soll dadurch ausgeschlossen werden, daß dafür eine sechsmonatige Frist seit Präsentation der ersten Mutung erfordert wird. Außerdem muß fortan der neue Fundpunkt von der Begrenzung des Bergwerkfeldes mindestens 100 m entfernt sein. Was die spezielleren Bestimmungen anbetrifft, so will die Novelle vor allem die Steinkohle und die Salze von der Bergbaufreiheit ausschließen. Der Staat als solcher soll aber nicht einfach Gewinnberechtigter dieser Mineralien werden, vielmehr soll der Fiskus beim Staate um die Verleihung der Bergwerkserwerbungen nachsuchen müssen. Dem Staate allein aber kommt das ausschließliche Recht der Verleihung zu, während er bis jetzt mit jedem Dritten konkurrieren mußte. Ferner hält sich der Staat die Möglichkeit frei, auch in Zukunft die Gewinnung dieser Mineralien dritten Personen gegen Entgelt zu übertragen.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

DÉPUTÉ FRANCIS DE PRESSENSÉ, PRÉSIDENT DE LA LIGUE DES DROITS DE L'HOMME ET DU CITOYEN, PARIS:
WAS LERNEN WIR AUS DEN MISSERFOLGEN DER HAAGER KONFERENZ?

DIE Haager Konferenz ist unter einer Flut von gegenseitigen Komplimenten, Lobreden und Dankbarkeitsversicherungen zu Ende gegangen, nichts hat bei dem Brillantfeuerwerk gefehlt. Und wahrlich! die gegenseitigen Huldigungen waren ein kluges Manöver der Bevollmächtigten, die, falls sie sie unterlassen hätten, der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, nach verschiedenen Seiten Anstoß zu erregen. Die öffentliche Meinung aber kann, wenn sie auch dem Eifer und den guten Absichten mancher Diplomaten Rechnung trägt, nichts anderes als ein beklagenswertes Fiasko verzeichnen. Die Konferenz hat zweifellos versucht, die Qualität ihrer Arbeit durch die Quantität zu ersetzen. Dreizehn Konventionen, zwei Erklärungen, eine Resolution, fünf Vorschriften und ein dringender Rat, das ist auf den ersten Blick ein anständiges Ergebnis für eine viermonatige Arbeitszeit. Prüft man die erzielten Resultate aber näher, so ändert sich der Eindruck. Ich wage sogar die Behauptung aufzustellen, daß von den drei Aufgaben, die die Konferenz sich gestellt hat, nicht eine einzige gelöst worden ist.

Ich will aus dem Mißerfolg des inoffiziellen Teiles des Programms — nicht so, wie er von Herrn von Martens entworfen und von Rußland formuliert worden ist, sondern so, wie er vom Kabinett Campbell-Bannerman wohlmeinend beabsichtigt und von den Volksillusionen erhofft war — der Konferenz keinen Vorwurf machen. Es gibt wohl kaum einen denkenden Kopf, der auch nur die utopische Hoffnung gehegt hätte, die Frage der Rüstungsbeschränkung gelöst, ja nur ernstlich erörtert zu sehen. Ihr Schicksal war besiegelt, nachdem es Herrn von Martens gelungen war, nicht nur Deutschland und Österreich gegen dieses großmütige Projekt aufzuwiegeln, sondern auch Frankreich gegen den geschickten *m e z z o t e r m i n o* des italienischen Kabinetts einzunehmen. Was man vernünftigerweise allenfalls erwarten konnte, war, daß die entschlossene Haltung der liberalen Mächte Deutschland zwang, öffentlich die Verantwortung eines Vetos zu übernehmen und der zivilisierten Welt zu beweisen, daß dieser große militärische Staat die Schuld trägt an dem unaufhörlichen Wachsen der Lasten, Unzuträglichkeiten und Gefahren des bewaffneten Friedens. Man weiß ja, mit welchen außergewöhnlichen Mitteln einige Mächte, die bei der Rüstungsbeschränkung am meisten interessiert waren und deren Tradition am ehesten zur Unterstützung dieser Angelegenheit berechtigt, geglaubt haben, zum Scheitern dieses großen Planes beitragen zu müssen. Vielleicht werden sie eines Tages zu der Überzeugung kommen, daß es nur eine ungenügende Entschädigung war, in der offiziellen Persönlichkeit des Herrn Bourgeois einen Redner zu stellen, der Blüten einer zuckersüßen Rhetorik auf das Grab dieser Reform zu streuen hatte. Jedenfalls hatten die realistisch Gesinnten wohl das Recht zu der Annahme, daß es der Konferenz gelingen würde, die leichtere Aufgabe zu erfüllen und das Werk von 1899 zu vollenden, das des Pariser Kongresses von 1856 weiterzuführen und den Hauptgefahren vorzubeugen,

die durch den Russisch-Japanischen Krieg zutage traten. In der absoluten Unzulänglichkeit der Resultate auf diesen drei Gebieten liegt sozusagen der Mißerfolg der zweiten Haager Konferenz.

Zur Förderung und Stärkung des internationalen Schiedsspruches ist nichts geschehen. Wenn es schon betrübend war, anzusehen, daß die ganze Initiative Englands in bezug auf das Geschehene allein in der Zusammenfassung einer in ihrem sterilen Pathos fast ironischen Grabschrift bestand, so ist es nicht weniger peinlich, die Ausdauer der Vereinigten Staaten zu beobachten, die für das große Prinzip des obligatorischen Schiedsspruches plädierten, das die Anerkennung einer widersprechenden Entscheidung bezweckt. Der rumänische Bevollmächtigte, Herr Belddmann, hat — welche Kritik seine allgemeine Haltung auch verdient — durchaus recht, wenn er in seinem Briefe die Frage an Sir Edward Frij richtet, über wen man sich in dieser Affäre lustig gemacht habe.

Wenn in einem ersten Artikel feierlich das Prinzip des obligatorischen Schiedsspruches verkündet wird, wenn ein zweiter Artikel hinzufügt, daß diese Verpflichtung nur fakultativ, und eine dritte Klausel nur geringfügige Streitigkeiten behandelt sehen will, drängt sich einem das Wort Komödie auf die Lippen.

Wenn die europäischen Repräsentanten von 1907 wenigstens etwas von dem Mut der Diplomaten aus dem Jahre 1856 bewiesen hätten, um das im Pariser Kongreß begonnene Werk zu vollenden, könnte man schon zufrieden sein. Aber anstatt die Integrität des Privateigentums auf dem Meere, mit Ausnahme der Kriegskonterbande, zu proklamieren — anstatt eine Erklärung des Antragsrechtes der Kriegskonterbande aufzusetzen, anstatt strikte Vorschriften für die Blockade eines feindlichen Hafens zu geben, hat man sich damit begnügt, unter einer hochtrabenden Überschrift einige nichtige Regeln betreffs der Transportfreiheiten und des Verfahrens bei Fortnahme von Kriegskonterbande festzustellen. Es blieb ferner das beträchtliche Kapitel der durch den Russisch-Japanischen Krieg aufgeworfenen Fragen, das Problem der unterseeischen Minen und ihrer eventuellen unbegrenzten Gefährdung des neutralen Handels, ferner das Problem der Verpflichtung der neutralen Nationen bezüglich der Dauer des Aufenthalts der Schiffe der Kriegführenden in ihren Häfen unerledigt. Die Kommission hatte, den ersten Punkt betreffend, einen fast lächerlichen Entwurf gemacht, der den Kriegführenden das Recht einräumt, diese Höllenmaschinen nach Belieben, nicht nur in der Nähe der Kriegshäfen, auszustreuen, sondern auch auf offenem Meer und ohne ihnen Vorschriften betreffs der Zeitdauer zu machen. Deutschland hat diesem Gesetz ganz günstig gegenübergestanden. Marschall von Bieberstein brauchte s. Zt. auf seine Rolle nicht stolz zu sein, als er für die deutsche Marine absolute Freiheit der Vermehrung ihrer Mordwerkzeuge gefordert hat, nicht ohne diese barbarischen Forderungen mit einigen jener emphatischen Beteuerungen von Philanthropie und Menschlichkeit zu begleiten, mit denen die Nationen niemals verschwenderischer sind, als wenn sie sich das Recht anmaßen, die höheren Interessen des Menschengeschlechtes im Auge zu haben. Durch eine Kraftleistung, die fast ans Wunderbare grenzt, ist es der Diplomatie geglückt, anstatt die Pflichten und Rechte der Neutralen und Kriegführenden betreffs des Aufenthalts in den Häfen zu regeln, in der Anwendung der vorhandenen Gesetze lässiger zu werden und die gefährliche Dehnbarkeit des Begriffes der Neutralität zu verstärken, der so notwendig fester gefaßt und energischer verwirklicht zu werden verdiente.

Die Einrichtung eines Prisengerichtes mit der Appellation an die Tribunale wäre, wenn einerseits Großbritannien und Deutschland nicht von vornherein ihre Billigung versagt hätten, von gewissem Interesse gewesen, andererseits wäre es durch das Fehlen eines Codex über das Kapern der Schiffe genau so gewesen, als wollte man mit dem Richten eines Hauses vorgehen, bevor dessen Fundament gesichert ist.

Dies ist also das Ergebnis. Für dieses Fiasko ließen sich viele Gründe anführen. Es ist nicht zu leugnen, daß abgesehen von dem stärkeren oder geringeren Antagonismus der reaktionär gesinnten und der Lässigkeit und Böswilligkeit der fortschrittlich gesinnten Mächte die außerordentliche Vermehrung der Zahl der beratenden Staaten — von 21 aus dem Jahre 1899 sind im Jahre 1907 46 geworden — und die Eifersüchtelei von Nationen, deren Machtstellung merkwürdig verschieden, deren Recht auf ein *liberum veto* aber seltsamerweise dasselbe ist — viel zu diesem traurigen Resultat beigetragen haben. Es ist ratsam, sich dieser Tatsachen bewußt zu werden und darin das Symptom einer Situation zu sehen, die des Ernstes nicht entbehrt. Es wäre im höchsten Grade beklagenswert, wenn man aus diesem Mißerfolg auf eine Unmöglichkeit der Entwicklung schließen und daraus Gründe zur Mutlosigkeit ziehen wollte.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Konferenz nicht, wie etwas abenteuerliche Köpfe vielleicht voreilig gehofft hatten, schon heute dazu da ist, um ein Friedensideal zu verwirklichen und an Stelle des Jahrhunderte alten Systems der Gewalt und des Zufalls ein juristisches Verfahren treten zu lassen. In Wahrheit sollte man durch ein geduldiges Bemühen das Terrain für die gemeinsame Aktion bearbeiten und die Triebkraft zu schaffen suchen, die allein imstande wäre, eine noch chaotische Masse zu den höheren Formen einer neuen Zivilisation zu führen. Die Konferenzen tragen durch die Art ihres Entstehens, durch Schuld der Mächte, die hier ihre Sitzungen halten sollen, den Keim des Widerspruches in sich. Mit etwas mehr Aufmerksamkeit wäre es denen, die sich eines gewissen Mißtrauens nicht enthalten konnten, klar geworden, daß die zarische Autokratie sich eine Rolle anmaßte, die ihr nicht zukommt. Es wäre die Aufgabe der liberalen und demokratischen Mächte gewesen, diese große Rolle zu spielen. Wenn England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, um nur drei dieser großen Nationen anzuführen, die Klugheit besäßen, untereinander ein Netz zu spinnen mit immer engeren und festeren Maschen von Schiedsverträgen; wenn sie es sich nur einerseits angelegen sein ließen, die größtmögliche Zahl von Streitigkeiten in die Kategorie der auf diesem Wege zu schlichtenden Streitsachen zu ziehen, und andererseits jedesmal, wenn sich Gelegenheit dazu bietet, freimütig zu dieser Art der Schlichtung herbeieilten, dann hätten sie nicht nur für sich selbst einen fast unverletzlichen Friedenszustand herbeigeführt, hätten sich nicht nur ein starkes moralisches und materielles gerechtes Übergewicht in dieser *Amphyktionie* des Fortschrittes gewahrt; sie hätten das Programm vorher entworfen und die Resultate einer zukünftigen Konferenz im wesentlichen vorweggenommen. Schließlich kann dieser Areopag des Menschengeschlechtes als Totalsumme nur das Ergebnis der individuellen Bestrebungen seiner Mitglieder zeitigen. Nur ein internationales Parlament wird schließlich imstande sein, die *Pax humana* zu begründen, sobald die Elite der zivilisierten Welt die politischen und juristischen Bedingungen dieses Vergleiches aus dem Bereich des Idealen in das der Tatsachen hat hinüberführen lassen.

PROF. DR. FÉLIX RÉGNAULT, PARIS: DAS SCHICKSAL MAROKKOS.

IN den offiziellen Lehrbüchern der Geographie wie in der Sprache der diplomatischen Akten wird uns Marokko als ein von einem Sultan regiertes Kaiserreich bezeichnet. In Wahrheit liegt es anders, und eben über diese Fiktion des „Kaiserreichs“ haben sich die Regierungen gestritten, mußte die Konferenz von Algéciras abgehalten werden.

Die Tatsache, daß sich die Politiker darüber einig werden, daß ein Staat eine bestimmte Verfassung besitze, genügt keineswegs, um sie ihm nun auch in Wirklichkeit zu verschaffen. In der Tat ist Marokko gegenwärtig ein feudales Staatswesen, und der Sultan besitzt in ihm genau so viel Ansehen, wie etwa der König von Frankreich im Mittelalter besaß.

Ohne Zweifel ist das Land reich und reich an ergiebigen Bodenschätzen. Aber die europäischen Nationen versuchten ganz vergebens durch organisierte Unterstützung der Regierung diese Schätze besser auszubeuten. Die gegenwärtige Regierung des Maghzen ist nur eine Karikatur, und diese Karikatur kann sich nur dadurch erhalten, daß sie vermeidet, die religiösen Überzeugungen der Untertanen in irgendeiner Form zu verletzen.

Werden sich die Mächte dahin einigen, einer von ihnen unbegrenzte Exekutivgewalt anzuvertrauen? Oder, klarer gesprochen, wird man Frankreich volle Freiheit in Marokko gewähren? Es würde das ohne Zweifel kein besonders reiches Geschenk sein. Den Sultan zu besiegen, die Häfen zu besetzen und Fez einzunehmen, das würde zwar nicht eben schwer sein. So wie es einstmals leicht gewesen wäre, Algier zu nehmen. Aber sehr schwierig wäre es, die wilden kriegerischen Berberstämme zu unterwerfen, die auf den hohen Gebirgen leben, inmitten mächtiger Wälder. Ihnen gegenüber hat die Zivilisation noch keinerlei Schwächung gebracht, so wie es in Algier der Fall war; sie haben es sehr leicht, sich zu verteidigen. Ohne Zweifel würden aber auch diese Berberstämme schließlich unterworfen werden, denn wenn sie auch heute Gewehre besitzen, so haben sie doch nicht unsere furchtbaren Kriegswaffen, unsere Artillerie und unsere Mitrailleusen.

Die Wahrheit aber ist, daß Frankreich das kostbare Geschenk gar nicht haben will, während manche Nationen noch zögern, es ihm zu machen. Diese Gabe wäre für Frankreich eine große Bürde.

Die französische Nation steht nicht mehr in der Periode der kriegerischen Eroberungszüge. Sie ist inzwischen gleich den anderen Nationen friedliebender geworden. Sie ist bereit, auf eine reiche Beute zu verzichten, weil sie kaltblütig genug ist, um einzusehen, was eine solche Eroberung kosten kann.

Aber die Tatsachen sind im allgemeinen mächtiger als unsere Wünsche. Es ist unmöglich, daß ein großes Land wie Marokko, das dem zivilisierten Europa so nahe liegt, lange Zeit außerhalb aller Zivilisation verharren kann. Die immanente Logik der Tatsachen zwingt auch Marokko, in den Kreislauf des Fortschritts einzutreten. Kein noch so rückständiges Volk kann sich auf die Dauer dieser Entwicklung verschließen. Die Frage ist lediglich die, wie sich dieser Eintritt Marokkos in die Zivilisation vollziehen wird, ob auf dem Wege friedlichen Verkehrs und guten Einvernehmens oder unter Zwang und Anwendung von Waffengewalt.

Viele glauben an ein friedliches Einvernehmen. Aber sie rechnen nicht mit einem Faktor von unermeßlicher Wichtigkeit: dem unbesieglichen Fanatismus der muselmanischen Bevölkerung. Der Fremde mag anstellen, was er will, er wird als Christ noch auf lange hinaus nur der Feind, der Friedenstörer, der Hund bleiben, mit dem sich höchstens ein Waffenstillstand, nimmer aber ein Frieden schließen läßt.

Es ist freilich nicht zu bezweifeln, daß auch in Marokko manche aufgeklärte Muselmänner leben, wie man sie so zahlreich in Algier, in Tunis, Ägypten und der Türkei findet, die überzeugt sind, daß der Koran und die Wissenschaft nicht unversöhnlich sind, ja, daß man im Gegenteil, wenn man nur tief genug in den Sinn des Korans eindringt, finden muß, daß Mohammed aufs eifrigste das Streben nach Wahrheit empfohlen hat. Aber werden sich solche Geister unter den Beratern des Sultans finden? Wird der Sultan selber dazu gehören?

Selbst wenn nun aber eine solche Elite vorhanden wäre, so müßte sie mit dem Volke rechnen, und das Volk erscheint im Augenblick noch unbekehrbar. Ich will dafür nur zwei typische Beispiele anführen:

Das eine ist der bekannte Verlauf der Begründung von Apotheken für dürftige Eingeborene. „Der Arzt“, so versicherte man mit Enthusiasmus, „wird die Sympathien der arabischen Bevölkerung gewinnen können und wird mehr als jeder andere ihr die Wohltaten unserer Zivilisation klar machen.“ Und alsbald begannen französische humanitäre Träumer in den Hauptstädten von Marokko Apotheken einzurichten. Man kennt den Verlauf. Die Araber nahmen sie freilich in Anspruch, aber bewahrten nichtsdestoweniger ihren Haß. Und schließlich wurde der Doktor Mauchamp in Marrakesch ermordet.

Der zweite Fall ist weniger bekannt. Vor einigen Jahren schickte die Regierung von Marokko einige junge Leute aus guten Familien nach Europa, zuerst nach Italien, und gewährte ihnen Stipendien, damit sie sich im Ausland unterrichten könnten.

Heute sind es erwachsene Männer, die zur Hälfte Europäer geworden sind. Die Marokkaner wollen von ihnen nichts wissen, und ihre Regierung hat sie im Stich gelassen. Der eine unterhält an der Küste einen Gewürzhandel; andern ist es noch schlimmer ergangen.

Es ist ein historisches Gesetz, daß von zwei großen Völkern auf ungleicher Stufe der Zivilisation, die miteinander in Kontakt stehen, notwendig eines das andere absorbieren muß. Nun steht Marokko schon durch Algier in lebhaftem Kontakt mit Frankreich, und so vollzieht sich jenes historische Verhängnis trotz Marokko, trotz Europa, ja, ohne daß es eigentlich Frankreichs eigenen Wünschen entspricht.

So ist Frankreich in die Sache hineingedrängt worden. Es schreitet widerwillig, gezwungen voran, während es in dieser bitter ernsten Sachlage sein eigenstes Interesse bedroht sieht. Es läßt die Dinge passiv vor sich gehen, und jedes politische Ereignis wird ein neuer Schritt zur langsamen Eroberung des Landes. Die Geschehnisse erfüllen sich.

So fiel soeben Oudhja in Frankreichs Hände, ohne daß ein einziger Schuß getan wurde. Die ganze Expedition konnte sich darauf beschränken, eine Generalreinigung vorzunehmen und die stinkenden Straßen der arabischen Stadt zu säubern.

Bald nachher wurde auch Casablanca eingenommen, und die französische Einflußsphäre rings um die Stadt dehnte sich immer weiter aus. ■ ■

Zunächst ist es freilich nur der Teil des Landes, der unter der eigentlichen Herrschaft des Maghzen steht, der so zur Aufgabe seiner Selbständigkeit gedrängt wird. Gegenwärtig ist Marokko in drei Stücke auseinandergefallen. Das eine Nordstück, in der Nachbarschaft Algiers, befindet sich in den Händen eines Prätendenten. Das andere, im Süden, mit Marrakesch hat einen neuen Sultan proklamiert. Und der rechtmäßige Maghzen weiß sich keine andere Hilfe, als die Vermittlung des französischen Gesandten anzugehen.

So geht denn die Besitzergreifung langsam und unmerklich vonstatten. Und das ist wohl auch besser, als wenn ein ausdrücklicher Eroberungszug provoziert würde und ein Krieg mit kaum absehbaren Folgen gegen die vielen kriegesischen und unbeugsamen Stämme geführt werden müßte.

Die Besetzung der wichtigen Häfen, die Unterwerfung des Sultans und des fruchtbaren Gebietes von Marokko bringt die weniger barbarischen Bevölkerungselemente mit der Zivilisation in Kontakt. Damit befinden wir uns in gerader fortschrittlicher Entwicklung, und die Konsequenzen der Sachlage werden sich bald geltend machen. Auf der andern Seite ist freilich zu bedenken, daß man sich früher oder später mit dem weitaus schwierigsten Faktor des ganzen Problems auseinandersetzen muß: mit den kriegesischen und räuberischen Berberstämmen.

Es scheint aber Marokko beschieden zu sein, sich eines Tages mit Algier zu vereinen. Wer das eine besitzt, muß auch das andere besitzen. Das ist eine Tatsache, die sich bisher stets in der Geschichte bewahrheitet hat, und die auch die Zukunft neuerdings bewahrheiten wird. Ohne Zweifel widerstreitet es unsern friedlichen Absichten, wenn wir denken müssen, daß der Fortschritt nur durch Gewalt — und sei es ein noch so begrenztes Maß von Gewalt — dem Lande erkämpft werden kann. Aber im sozialen Leben wie in der Wissenschaft haben die Tatsachen leider eine weit größere Macht als unsere Gefühle.

Wenn es erlaubt ist, zum Schluß in noch weitere Fernen zu blicken, dann möchten wir vermuten, daß sich eines Tages eine ganz neue franko-arabische Zivilisation im Norden von Afrika ausbreiten wird. Wenn dann die französische Demokratie ihren Prinzipien getreu bleibt und weise ist, dann

wird sie nach dem Vorbild des alten Griechenland oder des modernen England dieser neuen Zivilisation in weitem Maße Autonomie gewähren. Sie wird sie wie eine unabhängig gewordene Tochter, nicht wie ein Mündel behandeln.

Dann aber könnte schon in einer gar nicht fernen Zeit eine neue Nation erstehen und am Fortschritt der Gattung mitarbeiten.



JOHN COCKBURN, K. C. M. G. M. D., LONDON: DIE BILDUNG VON WELTREICHEN ALS STUFE ZUR MENSCHHEITSYNTHESE.

Sir John Cockburn, London, früher Ministerpräsident von Südaustralien. Als solcher ein Begründer des staatssozialistischen Systems in Australien. Später Vertreter seines Staates in London, sucht er auch hier diesen Ideen gepaart mit protektionistischer Wirtschaftspolitik zu dienen.



UGUSTE Comte hat als Erster den Versuch gewagt, Soziologie auf biologischem Wege zu treiben. Er zuerst hat den natürlichen Zusammenhang dieser beiden Wissenschaften klargelegt, die strenge Analogie, die zwischen ihnen besteht, den Vorteil, der daraus erwachsen würde, wenn man sie künftig im Zusammenhang zu studieren versuchte.

Jene mystischen Mächte der Sympathie, die die Zellen antreiben, sich eine der andern zu verbinden, eine zur andern in Beziehung zu treten und in wechselnden Kombinationen in unendlicher Stufenfolge der Entwicklung Zellstaaten zu bilden, die wir als Organismus höherer Tiere kennen; dieser dunkle Antrieb, der durch alle Entwicklungsstufen des Lebens führt vom niedersten Protozoon bis zum erhabenen Organismus des Menschen — er hat die Energie seines Wirkens auf dem Wege zu dieser erstaunlichen Vollendung noch nicht erschöpft. Was Endziel zu sein schien, das scheint nun seinerseits wieder der Ausgangspunkt weiterer Entwicklungsketten zu werden. Wie die Biologie ihre Einheitskonstruktionen bei der Einzelzelle beginnt, so setzt die Soziologie beim Einzelmenschen ein. Folgen wir dem analogen Ablauf des biologischen Entwicklungsprozesses, so müssen wir notwendig zu den verschiedenen Stadien der sozialen Ordnung gelangen. Zunächst zur Familie. Diese wächst sich zum Stamme aus. Die Stämme vereinigen sich zur Nation, die Nationen bilden Reiche. — Dann der soziale Organismus! Er kennt keinerlei natürliche Grenzen. So lange er den Bedürfnissen der Selbstbewahrung genügt und geeignete Mittel der Kommunikation gefunden werden können, kann er sich ins Unendliche ausdehnen.

Dieser moderne Zug zur Synthese und Vereinheitlichung wird neben vielen anderen Beispielen einer engen Zusammenfassung etwa durch die Vereinheitlichung Italiens oder durch die Bildung des Deutschen Reiches illustriert. Die Tage der kleinen Nationen sind gezählt. Die Bestimmung über die künftige soziale Welt liegt ausschließlich in Händen der großen Reiche. Aber auch das „Reich“ ist noch nicht das letzte Ergebnis der synthetisierenden Bewegung. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß sogar zwischen diesen unermesslichen, unter einheitlicher Verwaltung gestellten Flächen ein Zusammenhang verknüpfender Interessen, eine Gemeinsamkeit der Entschlüsse im Werden begriffen ist. Nirgendwo vielleicht tritt der Geist zusammenfassender Entwicklung uns heute klarer vor Augen, als in den weithin zerstreuten Besitzungen des britischen Reiches. Durch das Zusammenschweißen der Kronen von sieben Sachsenreichen wurde England gebildet. Die Einverleibung der Schwesterkönigreiche Irland und Schottland schuf sodann das vereinigte Königreich Großbritannien. Die großen, ursprünglich selbständigen britischen Kolonien machten einen ganz ähnlichen Konsolidierungsprozeß durch, der doch nur die Vorbereitungsstufe ihrer Vereinigung mit dem Mutterland war.

Die Provinzen von Kanada sind zu einer einzigen Herrschaft zusammengeschlossen worden. Die südafrikanischen Kolonien werden binnen kurzem diesem Beispiel folgen. Und alle diese Mann gewordenen, erwachsenen und autochthonen Staatenverbände haben ihre mächtigen Waffen mit den Bataillonen Großbritanniens vereint. Sie suchen heute die kommerzielle Teilhaberschaft beim alten Mutterlande nach. Unter diesem Gesichtspunkt fand die Reorganisation der Kolonialbehörde statt, die ein permanentes Medium für künftige gemeinsame Tagungen bilden soll. Die Verwandtschaftsbande, die auf den Reichstagungen geknüpft sind, die während der letzten zwanzig Jahre vier Mal stattfanden, haben im Verein mit der im letzten April abgehaltenen Tagung diese Reorganisation gezeitigt. Zweifellos wird diese Unionisierung in der Form der Föderation stattfinden, als der gleichzeitig festesten, biegsamsten und weitester Anwendung fähigen Form, die auch geeignet ist, ein Vorbild internationaler Verbrüderung zu werden.



PROF. DR. W. T. TREUB, S'GRAVENHAGE,
MITGLIED DER ZWEITEN KAMMER: AUS HOLLAND.



Die innere Politik Hollands hat Eigentümlichkeiten, die dem Ausländer schwer verständlich, ja verwundlich sein müssen. Es ist für ein überwiegend protestantisches Land schon sonderbar genug, daß die Politik so sehr mit der Religion verknüpft ist, daß die politische Parteibildung an erster Stelle von Verschiedenheiten der religiösen Auffassung beherrscht wird. Gewiß noch seltsamer ist, daß die Calvinisten sich schon seit einigen Jahren mit den Katholiken zu einem „Block“ vereinigt haben, der ohne klar ausgesprochenes Programm für die Christlichkeit im Staatsleben eintritt und sich den „freisinnigen“ Parteien feindlich gegenüberstellt.

Die politische Lage in den Niederlanden wird dadurch noch weiter kompliziert, daß die liberale Regierung in der Zweiten Kammer nur die kleinstdenkbare Majorität hat, und daß in der Ersten Kammer (Senat) eine starke Majorität aus den verschiedenen Gruppen der „christlichen“ Parteien der Regierung gegenübersteht.

Ungeachtet dieser wenig stabilen Lage der Regierung sind Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit an der Tagesordnung. Das soziale Entwicklungsbedürfnis läßt sich nun einmal nicht von künstlichen religiös-politischen Streitigkeiten zurückdrängen.

Die Regierung beabsichtigt im laufenden Sitzungsjahre des Parlaments einen Entwurf zur Änderung der Konstitution der Zweiten Kammer zu unterbreiten, damit die Hindernisse beseitigt werden, die der Einführung des mit verzehrender Ungeduld von den Arbeitern verlangten allgemeinen Wahlrechts entgegenstehen.

Weiter hat auch diese Regierung, wie die beiden vorangegangenen, die Arbeiterversicherung auf ihr Programm gesetzt. Ein Projekt für die Krankenversicherung ist schon seit einigen Monaten vorgelegt. Ein

JOHN COCKBURN, K. C. M. G. M. D., LONDON: DIE BILDUNG VON WELTREICHEN ALS STUFE ZUR MENSCHHEITSYNTHESE.

Sir John Cockburn, London, früher Ministerpräsident von Südaustralien. Als solcher ein Begründer des staatssozialistischen Systems in Australien. Später Vertreter seines Staates in London, sucht er auch hier diesen Ideen gepaart mit protektionistischer Wirtschaftspolitik zu dienen.



UGUSTE Comte hat als Erster den Versuch gewagt, Soziologie auf biologischem Wege zu treiben. Er zuerst hat den natürlichen Zusammenhang dieser beiden Wissenschaften klargelegt, die strenge Analogie, die zwischen ihnen besteht, den Vorteil, der daraus erwachsen würde, wenn man sie künftig im Zusammenhang zu studieren versuchte.

Jene mystischen Mächte der Sympathie, die die Zellen antreiben, sich eine der andern zu verbinden, eine zur andern in Beziehung zu treten und in wechselnden Kombinationen in unendlicher Stufenfolge der Entwicklung Zellstaaten zu bilden, die wir als Organismus höherer Tiere kennen; dieser dunkle Antrieb, der durch alle Entwicklungsstufen des Lebens führt vom niedersten Protozoon bis zum erhabenen Organismus des Menschen — er hat die Energie seines Wirkens auf dem Wege zu dieser erstaunlichen Vollendung noch nicht erschöpft. Was Endziel zu sein schien, das scheint nun seinerseits wieder der Ausgangspunkt weiterer Entwicklungsketten zu werden. Wie die Biologie ihre Einheitskonstruktionen bei der Einzelzelle beginnt, so setzt die Soziologie beim Einzelmenschen ein. Folgen wir dem analogen Ablauf des biologischen Entwicklungsprozesses, so müssen wir notwendig zu den verschiedenen Stadien der sozialen Ordnung gelangen. Zunächst zur Familie. Diese wächst sich zum Stamme aus. Die Stämme vereinigen sich zur Nation, die Nationen bilden Reiche. — Dann der soziale Organismus! Er kennt keinerlei natürliche Grenzen. So lange er den Bedürfnissen der Selbstbewahrung genügt und geeignete Mittel der Kommunikation gefunden werden können, kann er sich ins Unendliche ausdehnen.

Dieser moderne Zug zur Synthese und Vereinheitlichung wird neben vielen anderen Beispielen einer engen Zusammenfassung etwa durch die Vereinheitlichung Italiens oder durch die Bildung des Deutschen Reiches illustriert. Die Tage der kleinen Nationen sind gezählt. Die Bestimmung über die künftige soziale Welt liegt ausschließlich in Händen der großen Reiche. Aber auch das „Reich“ ist noch nicht das letzte Ergebnis der synthetisierenden Bewegung. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß sogar zwischen diesen unermesslichen, unter einheitlicher Verwaltung gestellten Flächen ein Zusammenhang verknüpfender Interessen, eine Gemeinsamkeit der Entschlüsse im Werden begriffen ist. Nirgendwo vielleicht tritt der Geist zusammenfassender Entwicklung uns heute klarer vor Augen, als in den weithin zerstreuten Besitzungen des britischen Reiches. Durch das Zusammenschweißen der Kronen von sieben Sachsenreichen wurde England gebildet. Die Einverleibung der Schwesterkönigreiche Irland und Schottland schuf sodann das vereinigte Königreich Großbritannien. Die großen, ursprünglich selbständigen britischen Kolonien machten einen ganz ähnlichen Konsolidierungsprozeß durch, der doch nur die Vorbereitungsstufe ihrer Vereinigung mit dem Mutterland war.

Die Provinzen von Kanada sind zu einer einzigen Herrschaft zusammengeschlossen worden. Die südafrikanischen Kolonien werden binnen kurzem diesem Beispiel folgen. Und alle diese Mann gewordenen, erwachsenen und autochthonen Staatenverbände haben ihre mächtigen Waffen mit den Bataillonen Großbritanniens vereint. Sie suchen heute die kommerzielle Teilhaberschaft beim alten Mutterlande nach. Unter diesem Gesichtspunkt fand die Reorganisation der Kolonialbehörde statt, die ein permanentes Medium für künftige gemeinsame Tagungen bilden soll. Die Verwandtschaftsbande, die auf den Reichstagungen geknüpft sind, die während der letzten zwanzig Jahre vier Mal stattfanden, haben im Verein mit der im letzten April abgehaltenen Tagung diese Reorganisation gezeitigt. Zweifellos wird diese Unionisierung in der Form der Föderation stattfinden, als der gleichzeitig festesten, biegsamsten und weitester Anwendung fähigen Form, die auch geeignet ist, ein Vorbild internationaler Verbrüderung zu werden.



PROF. DR. W. T. TREUB, S'GRAVENHAGE,
MITGLIED DER ZWEITEN KAMMER: AUS HOLLAND.



IE innere Politik Hollands hat Eigentümlichkeiten, die dem Ausländer schwer verständlich, ja verwundlich sein müssen. Es ist für ein überwiegend protestantisches Land schon sonderbar genug, daß die Politik so sehr mit der Religion verknüpft ist, daß die politische Parteibildung an erster Stelle von Verschiedenheiten der religiösen Auffassung beherrscht wird. Gewiß noch seltsamer ist, daß die Calvinisten sich schon seit einigen Jahren mit den Katholiken zu einem „Block“ vereinigt haben, der ohne klar ausgesprochenes Programm für die Christlichkeit im Staatsleben eintritt und sich den „freisinnigen“ Parteien feindlich gegenüberstellt.

Die politische Lage in den Niederlanden wird dadurch noch weiter kompliziert, daß die liberale Regierung in der Zweiten Kammer nur die kleinstdenkbare Majorität hat, und daß in der Ersten Kammer (Senat) eine starke Majorität aus den verschiedenen Gruppen der „christlichen“ Parteien der Regierung gegenübersteht.

Ungeachtet dieser wenig stabilen Lage der Regierung sind Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit an der Tagesordnung. Das soziale Entwicklungsbedürfnis läßt sich nun einmal nicht von künstlichen religiös-politischen Streitigkeiten zurückdrängen.

Die Regierung beabsichtigt im laufenden Sitzungsjahre des Parlaments einen Entwurf zur Änderung der Konstitution der Zweiten Kammer zu unterbreiten, damit die Hindernisse beseitigt werden, die der Einführung des mit verzehrender Ungeduld von den Arbeitern verlangten allgemeinen Wahlrechts entgegenstehen.

Weiter hat auch diese Regierung, wie die beiden vorangegangenen, die Arbeiterversicherung auf ihr Programm gesetzt. Ein Projekt für die Krankenversicherung ist schon seit einigen Monaten vorgelegt. Ein

zweites für die Altersversicherung wird wahrscheinlich bald folgen. Der schon bekannte Entwurf ist in seinen Hauptzügen dem deutschen Muster nachgebildet. Man wird sich bemühen, den Weg, der von Deutschland gezeigt worden ist, zu gehen und die dort begangenen Fehler soviel wie möglich zu vermeiden. Hauptsächlich wird man versuchen, eine einfachere Organisation für das ganze soziale Versicherungswesen zu schaffen.

Nicht weniger wichtig ist die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen, welche wahrscheinlich im Februar in der Zweiten Kammer behandelt werden wird. Sowohl die Befürworter der Verstaatlichung als auch die Gönner der Aktiengesellschaften, welche jetzt den Betrieb führen, sind auf die Antwort, die die Zweite Kammer geben wird, sehr gespannt. Wiewohl die Regierung einige überzeugte Freunde der Verstaatlichung in ihrer Mitte hat, wird sie sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, dieser Frage neutral gegenüber verhalten und sich hier dem Willen der Volksvertretung fügen.

Endlich hat der Finanzminister eine Steuerreform unternommen, welche hauptsächlich bezweckt, die Steuer auf das Betriebseinkommen und die Vermögenssteuer zu einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer umzuformen und in die Nachlaßsteuer (auch in der direkten Linie) eine mäßige Progression einzuführen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich auch bei diesen Fragen zeigen wird, daß der Konservatismus in Holland sich vorzugsweise in „christlich-politischer“ Form versteckt.



N. L. OUTHWAITE, JOHANNESBURGH: AUS DER POLITISCHEN ENTWICKLUNG SÜDAFRIKAS.



NTERAFRIKA steht unter dem Druck einer beispiellosen Depression. Die Regierungen müssen mit immerfort sinkenden Einnahmen rechnen. Das kommerzielle Leben leidet unter ausgedehnten Bankrotten. Die Arbeitslosigkeit nimmt erschreckliche Dimensionen an und die weiße Einwohnerschaft verläßt in hellen Scharen das Land. Die letzte Ursache dieser Tatsachen liegt tief; ihre unmittelbare Veranlassung war der Krieg. Lange blieben diese Erscheinungen verborgen und als endlich der Friedensschluß erfolgt war, da schien sich eine Ära des Reichtums und Überflusses für das Land endlich eingestellt zu haben. Es handelte sich in Wahrheit um eine künstliche Erscheinung. Die Güterproduktion des Landes wuchs nicht de facto, sondern die Pump- und Haussepolitik Lord Milners ließ die Produktion, die unter den Feuern des Krieges zusammengeschmolzen war, nun wieder künstlich aufleben. Mit einer 10 Millionenanleihe sollte das zerstörte Kapital ersetzt und die Politik der Expansion finanziert werden. Diese Anleihe machte sich in Südafrika in Gestalt von Einfuhrartikeln bemerklich, die in den Häfen verzollt wurden. Die Steuern stiegen und die staatliche Eisenbahn gewann an Frachten. Lord Milner konnte während dieser Periode in der Tat außerordentliche Revenuen aus Transvaal und den Orangetalcolonien herauswirtschaften. Er ver-

mochte auch in den anderen südafrikanischen Gouvernements Handel und Finanzen in die Höhe zu treiben. So setzte denn die wüste Spekulationsorgie ein. Aber der Traum war kurz. Sobald das Darlehn erschöpft war, stoppten die Banken den Kredit. Die Staatseinnahmen sanken. Die Boden- und Minenaktien, in die die Spekulanten ihre Gelder hineingesteckt hatten, wurden mit einem Schlage entwertet. Nun kamen Not, Arbeitslosigkeit, Konkurse über das Land und vervollständigten das trostlose Bild, das Südafrika in der Gegenwart bietet. Da aber griff die Transvaalregierung zu einem teuflischen Ausweg: sie verschob den Tag des Zusammenbruchs, indem sie den chinesischen Kuli importierte.

Man kann freilich mit Recht sagen, daß die wirtschaftliche Lage Südafrikas auch schon vor Ausbruch des Krieges mit schweren Depressionen zu kämpfen hatte. Aber das ist schließlich nur Vordergrundperspektive. Der Krieg selber lag natürlich in vielerlei ökonomischen Bedingungen begründet. In allen südafrikanischen Bewegungen, die die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Erdteil lenkten, kehrten diese Bedingungen immer wieder.

Der wichtigste Faktor war die Monopolisierung der Ausbeutung südafrikanischer Minen durch eine einzige Gesellschaft. — Die Amalgamierung der Diamantfelder von Kimberley mit De Beers & Co. war der erste Schritt zur Monopolbildung. Der zweite geschah, als diese von internationalen Finanzleuten substandzierte Gesellschaft die Goldminenareale in Transvaal in ihre Hände brachte. Schließlich brachten diese nämlichen Bankers unter der Firma „Britische Südafrikagesellschaft“ auch Rhodesia in ihren Besitz. So waren alle Metallminen Südafrikas monopolisiert. Und nun beschloß das Syndikat sich jede Einmischung in seine Ausbeutungsmethode vom Halse zu schaffen, indem es die Kontrolle der einzelnen Regierungen an sich riß. Die einzige Schwierigkeit, die die demokratische Regierungsform der Transvaalrepublik bisher geboten hatte, wurde durch den Krieg beseitigt.

Nach dem Kriege nämlich fielen die Regierungen von Transvaal und Orangeflußkolonie Lord Milner zu. Seine intimen Beziehungen zu dem Syndikate sicherten diesem den gesuchten Rückhalt. (Lord Milner gehörte selber als Trustee der Rhodesstaaten mit zur De Beers-Gesellschaft.) — Um die Syndikatregierung auch auf die Kapkolonie auszudehnen, wurde eine lebhafte Agitation in Szene gesetzt. Sie wurde von Milner unterstützt und zielte ab auf die Aufhebung der Verfassung in der Kapkolonie. Dieses Ansinnen wurde schließlich von der britischen Regierung abgelehnt, hauptsächlich weil die Ministerien der anderen Kolonien mit Selbstregierung sich widersetzten. Aber dadurch, daß man einen großen Teil der einheimischen Bevölkerung als „Rebellen“ schlankweg entrechtete, wurde das gewünschte Ziel schließlich doch erreicht. Die nach dem Friedensschluß stattfindenden Neuwahlen brachten die Partei Dr. Jamesons ans Ruder. Und nun wurde ein Ministerium aus den Direktoren und hauptsächlichsten Aktionären der De Beers-Gesellschaft formiert. Dann erfolgte der wichtigste Vorstoß der Monopolisten. Sie versuchten ein Arbeitssystem einzuführen, das die ungehemmte Exploitation der Machthaber gestattete, alle Konkurrenz beseitigte und eine Arbeitsbevölkerung schuf, die ihre Rechte auf Selbstgovernment willig in die Hände der Regierung und damit der Aktionäre legte.

Das Transvaalparlament forderte, daß 200 000 Chinesen in die Minenfelder eingeführt würden. Lord Milner übernahm die Legalisierung dieses Unrechts und der Import begann. Soweit war denn alles gut gegangen, der Monopolismus triumphierte und das System der Industrialisierung Süd-

afrikas war auf Menschenverknechtung basiert. Hierzu trug besonders der Umstand bei, daß die konservative britische Regierung mit den Syndikaten Freundschaft hielt, weil sie sich auf deren Zuverlässigkeit verlassen konnte. Ein geheimes Bündnis bestand von jenem Tage an, wo Mr. Joseph Chamberlain als Kolonialsekretär den Jameson-Einfall passiv zuließ.

Nun aber trat ein Ereignis ein, das eine dramatische Peripetie erwirkte. Die Liberalen traten in Aktion, verwarfen die Chinesenarbeit, machten Opposition und forderten, daß Transvaal und die Orangetkolonie ihre verantwortliche Regierung zurückerhalten sollten. Kein Mittel zur Verwirklichung ihrer Absichten blieb unbenutzt.

Transvaal und die Orangetkolonie erhielten alsbald die demokratischste Konstitution, die je einer Kolonie gewährt worden war. Die Regierung, die bisher die Monopolisten inne hatten, ging wieder in die Hände des Volkes über.

Das Resultat all dieser Vorgänge ist die augenblicklich in Südafrika herrschende Situation. Man steht jetzt vor einer klaren Spaltung in zwei Parteien. Und zwar herrscht in allen südafrikanischen Kolonien genau der nämliche Zustand. Das Volk fordert Schutz gegen die Syndikate und ihren Anhang. Es verwirft den Ausweg der Chineseneinfuhr. Es verweigert, daß der natürliche Bodenreichtum auch fürderhin den Syndikaten zugute komme, die lediglich Plusmacherei treiben und die Schaffung demokratischer Regierungsformen hintanhaltend wollen. Die ersten Wahlen in Transvaal und die erste Session seines Parlaments hat diesen Ideen neue Kraft zugeführt. Buren und Briten verbinden sich jetzt gegen den gemeinsamen Feind: den Monopolismus. Die Partei der Monopolisten, die „Fortschrittspartei“, besitzt noch etwa ein Drittel der Parlamentssitze. Wenn aber morgen neue Wahlen abgehalten würden, so würde sie gänzlich fortgefegt werden. Die Regierung hat unter Botha das vollkommene Vertrauen des Volkes erlangt. Auch in der Orangetkolonie kamen bei den kürzlich abgehaltenen Wahlen die „Unionierten“ an die Spitze. Ihre Führer sind Staatsmänner, wie General Hertzog und Abraham Fischer.

In den Kapkolonien hat das Parlament das Ministerium Jameson zur Abdankung gezwungen, da es sich weigerte, einen geeigneten Verfassungsantrag zu erlassen. Damit ist der Sinn der Verfassung gewahrt. Eine Regierung, die das Vertrauen der Wählerschaft verlor und so viele Schlappen erlitten hat, konnte nicht an der Spitze bleiben. In wenigen Monaten werden neue Wahlen abgehalten. Sie werden zweifellos die Südafrikapartei in die Majorität bringen. Ihre Führer, Männer wie Merrimon und Sauer, stellen die Interessen der Kolonien höher als die der internationalen Finanz. So ist denn alles in allem die politische Gewalt in Südafrika in die Hände von Parteien übergegangen, die prinzipiell das Interesse der einheimischen Bevölkerung gegen die Ausbeutung durch Monopolisten schützen wollen. Es ist nur natürlich, daß sich diese Parteien hauptsächlich aus der eingeborenen Burenbevölkerung rekrutieren, da diese Politik eben hauptsächlich an das Heimatsgefühl appellieren muß. Im Laufe der Zeit aber wird das politische Programm sicher mehr und mehr von der Blut- und Rassenfrage unabhängig werden. Schon heute zeigt die Entwicklung, daß die Zukunft die mutige Tat der liberalen britischen Regierung glänzend rechtfertigen wird und daß alle Kolonien die vollen Selbstverwaltungsrechte erhalten, so wie sie heute Transvaal und Orangetflußkolonie erkämpft haben.

AUS DER IRISCHEN POLITIK.



NTER den jüngsten Ereignissen der irischen Politik ist vor allem das Entstehen und Wachstum der sog. „Sinn-Fein-Bewegung“ von Interesse. („Sinn-fein“, ausgesprochen Shinn-fain, will sagen: ganz auf uns selbst gestellt.) Vor 20 Jahren noch glaubten die irischen Nationalisten, daß die irische Nationalpartei im britischen Parlament in ein paar Jahren die Homerulebill durchbringen werde. Aber 20 Jahre eines Kampfes, den die bestorganisierte unter allen Parteien des britischen Unterhauses beständig geführt hat, hat die Iren dem Ziel ihres Strebens nicht um einen Schritt näher gebracht. Es gibt heute viele, die die Selbständigkeit Irlands für ferner denn je halten. Diesen Fehlschlägen der irischen Politik entsprechend, entwickelte sich nun aber eine beständig anwachsende autochthone Partei, die alle parlamentarischen Aktionen überhaupt für ohnmächtig hält, um dem Heimatlande Gerechtigkeit zu schaffen. Diese Bevölkerungsschicht der Malkontenten sieht ganz anderswo die Waffe, mit der man die britische Regierung zu Konzessionen zu zwingen hofft. Es handelt sich um den Teil der Bevölkerung, der die sog. „Sinn-Fein-Bewegung“ inauguriert hat. Seine Politik empfiehlt sich dem Volke ganz von selbst, da es nachgerade zu ungeduldig geworden ist, um die Realisierung seiner Verfassungsforderungen fürderhin abwarten zu können. Die „Sinn-Fein“-Bewegung erklärt, das irische Volk selber müsse der Schmied seines Glückes werden. Sie fordert als sofortige Maßregel die Zurückziehung der irischen Parlamentsmitglieder aus dem britischen Parlament. Die für ihren Unterhalt verausgabten Diäten sollen direkt der Entwicklung Irlands zugute kommen, und die Irländer sollen, sobald sie aus dem britischen Parlament zurückgetreten sind, sich selber eine Parlamentsbehörde formieren, die ihren Sitz in Dublin hat und stillschweigend die Regierung Irlands in die Hand nimmt. Die Sinn-Fein-Bündler behaupten, daß die Regierung, die sie im Sinne haben, Schritt um Schritt die ganze Regierung Irlands übernehmen und ohne jeden Zwang Resolutionen fassen könne, die durch die lokalen Verwaltungskörperschaften im ganzen Lande willig ausgeführt würden. Dadurch würden sie genau so wirksam sein, wie Gesetze. Sie behaupten, daß Steuern und Zölle, die von seiten der Kommunalbehörden erhoben werden, noch in allerweitestem Maße zu einer unbegrenzten Aufbesserung der irischen Industrie und des irischen Handels benutzt werden können. Sie schlagen ferner vor, einen irischen Konsulardienst einzurichten, der im Ausland geeignete Plätze für irische Waren sucht; kurz, man will bei der Verwaltung der Angelegenheiten der irischen Nation so vorgehen, als ob die britische Regierung überhaupt nicht vorhanden wäre.

Diese Bewegung hat sich in Irland eingenistet. Das Volk hat „angebissen“. Hauptsächlich der junge, enthusiastische Teil der Bevölkerung. In den Reihen der Bewegung stehen die begeisterten Männer und Frauen Irlands. Sie predigen ihr Evangelium durch das ganze Land. Die Bewegung wächst derart, daß sie für die nächsten Jahre der mächtigste Faktor der irischen Politik werden dürfte.



DIE REFORMEN IN PERSIEN.



EIT August 1906 besitzt das persische Volk eine Konstitution, ein Geschenk, das ihm Mozaffer Eddin hinterlassen hat. Konnte er zu Lebzeiten nicht im Sinne dieser hochherzigen Tat regieren, so hat er doch im Grabe die Erkenntlichkeit seiner Untertanen geerntet, die ihm den Beinamen „der Gerechte“ nach dem Tode gegeben haben, einen Namen, den seit den fast legendären Tagen des Khosros Mouchirvan kein Perserkönig mehr getragen hat. In der Tat stehen wir hier vor dem wichtigsten Ereignis, das die persische Geschichte seit dem Tode des Yezdedgerd zu verzeichnen hatte. Damals schienen die letzten Spuren der alten persischen Zivilisation von der siegreichen Gewalt des Islam fortgefegt zu werden. Heute nimmt auf den Trümmern der freiwillig zurücktretenden Autokratie das Volk selber die Geschicke des Landes in die Hand. Damit beginnt denn eine neue Ära.

Große Veränderungen gehen im politischen Leben der Völker nicht ohne Erschütterungen und selbst nicht ohne Gewaltsamkeiten vor sich. Aber Trotz der schweren Ereignisse, die im Laufe der letzten Monate zu verzeichnen waren (der Aufstand eines königlichen Prinzen und das Gemetzel von Atabek), ist wahrscheinlich noch nie eine revolutionäre Bewegung friedlicher verlaufen.

Die Perser aller Klassen fühlten schon seit langem das Bedürfnis, aus dem materiellen und moralischen Elend herauszukommen, das die Gewalt des egoistischen Klerus und die Schwäche der Regierung über sie verhängte. Sie hatten erkannt, daß die Lehre der Moscheen, die nicht mehr genug geistige Nahrung bot, durch weltliche Wissenschaft ersetzt werden müssen, bis in die Neuzeit hinein waren die „Morijscheds“ die einzigen Beschützer des Volkes gegen die Tyrannei der lokalen Beamtschaft (wofern nicht diese beiden repräsentativen Gewalten, die religiöse und die politische Autorität, sich friedlich in die Hände arbeiteten, um gemeinsam das Volk auszusaugen). Die Priesterschaft besaß beim Volk ungeschwächten Einfluß und hütete sich wohl, eine Lehre zu begünstigen, die ihre Macht nur erschüttern konnte.

Heute scheint diese Macht in der Tat gebrochen zu sein. Das wurde klar ersichtlich, als in Teheran eine konstituierende Versammlung das Wahlgesetz ausarbeitete. Eine Reihe religiöser Würdenträger wünschte ausschließlich den muselmanischen Schiiten das Recht der Teilnahme an den Parlamentswahlen gesichert zu sehen. Man wies diese Vorschläge nicht nur zurück, sondern sie erregten allgemeine Entrüstung. Neuerdings verkünden nun Parlament wie Souverän ihren Liberalismus und proklamieren die Gewissensfreiheit. Die persischen Gelehrten versuchen seither eifrig, eine Ehrenrettung des Islam vorzunehmen, indem sie seine Verdienste aufweisen und den Beweis zu führen suchen, daß die Religion Mohammeds ein konstitutionelles Regime durchaus zulasse; dagegen glaubt das Volk sein Wohlergehen und die Wohlfahrt des Landes nur erreichen zu können, wenn die alten Irrtümer aufgegeben werden.

Wohin steuert diese Bewegung? Welche Folgen werden sich aus ihr ergeben? Im Augenblick ist das noch kaum zu sagen! Aber schon heute lenkt das junge Parlament, die Aufmerksamkeit der europäischen Nationen auf sich.

Der neuerwachte Patriotismus hat auch die ersten praktischen Resultate gezeitigt. Zunächst in der Begründung einer Nationalbank, die die Bedürf-

nisse der Regierung substantiieren soll und die Aufstellung regulärer Budgets ermöglicht. Mit ihrer Hilfe sollen Unternehmungen des Handels und der Industrie, die bisher ausschließlich in den Händen der Fremden lagen, künftig dem Lande selber zugute kommen.

Auch die Rechte und Freiheiten des Individualismus finden an den neuen persischen Abgeordneten begeisterte Verteidiger. Beschwerden, aus den Provinzen, werden sorglich geprüft, in den meisten Städten bilden sich lokale Klubs als Vorläufer künftiger Provinzialsynoden, die besten Elemente des Landes beteiligen sich an diesen parlamentarischen Bestrebungen. Ja, diese Klubs haben die Demission von Gouverneuren durchgesetzt, die bisher unverletzbar schienen.

Das persische Parlament hat große Aufgaben zu lösen. Zunächst gilt es, eine Gesetzgebung zu schaffen, die ~~endgültig~~ mit der alten Schiedsgerichtsbarkeit aufräumt. Sodann gilt es, die Finanzfrage zu regeln. Nur auf diesem Wege wird das Parlament imstande sein, die Hoffnungen, die das Volk ihm entgegenbringt, nicht zu enttäuschen und eine Periode des Aufblühens und der Fruchtbarkeit einzuleiten.

CHRONIK

DIE revolutionäre Bewegung in Indien. Durch lange Jahrhunderte schien die Kraft des indischen Volkes erstorben; Perser, Afghanen, Mongolen, Engländer lösten sich ab in der Herrschaft des Landes, und geduldig akzeptierten die vom Kastensystem zu demütigem Dulden erzogenen breiten Massen der Inder die neuen Herren, gleich wie sie die Herrschaft ihrer eigenen oberen Kasten geduldet hatten. Nun aber ist alles geändert; auf englischen Schulen ist eine neue Generation herangewachsen, die mit den nationalen Idealen Indiens die freiheitlichen Aspirationen des Westens verbindet.

Der indische Nationalkongreß wurde begründet, der alljährlich die konstitutionellen Forderungen der indischen Intelligenz zum Ausdruck bringt; die „Swadeshi-Bewegung“ setzte ein mit dem Ziele, die von englischer Konkurrenz ertötete nationale Industrie des Landes zu neuem

Leben zu erwecken und damit dem wirtschaftlichen Notstande zu begegnen.

Zugleich erhob man die Forderung nach allgemeiner Volksschulbildung und Reformierung der Hochschulen, um an ihnen nationale Kultur und europäische Wissenschaft zu wechselseitiger Ergänzung und Förderung zu pflegen. Die regierende englische Bureaukratie sah sich durch dies Erwachen des Volksgeistes erschreckt und in ihrer künstlichen Herrschaft (2 000 000 Engländer in Indien regieren über 260 000 000 Inder) bedroht. Dem belebenden Einfluß der freien Institutionen des Mutterlandes weit entrückt, war sie mehr und mehr vom Geist des — allzu bequemen und verlockenden — asiatischen Despotismus erfüllt worden. Und wenngleich die britischen Beamten stets sich von persönlicher Unehrenhaftigkeit freihielten (was ihnen durch fürstliche Gehälter auf

gelangten, von England ausgegangenen konstitutionellen Einrichtungen versagen.

Wenn die Flammen der Revolution über der anglo-indischen Bürokratie zusammenschlagen, wird eine liberale Bewegung des Mutterlandes durch weises Entgegenkommen den Frieden bringen.

Schon hat der englische Parlamentsabgeordnete Keir Hardie die Unterstützung der Arbeiterpartei für die indischen Freiheitsbestrebungen zugesagt.

Alle aufrichtigen Freunde der Ehre Englands müssen wünschen, daß die Regierung seinem Rate folge.

Rodolphe Broda.



Die konstitutionelle Bewegung in Ägypten. Das Vierteljahrhundert britischer Herrschaft in Ägypten ist nicht ohne Einwirkung auf das politische Empfinden des Volkes geblieben, mehr und mehr fanden westliche demokratische Ideen Eingang bei der (in Schulen europäischer Art herangebildeten) intellektuellen Jugend dieses orientalischen Volkes.

Und — eigenartig genug — eine nationalfreiheitliche Bewegung ist in diesem erwachsen, die freie konstitutionelle Einrichtungen im europäischen Sinne, einen Kampf gegen die britische „Fremdherrschaft“ zu verwirklichen strebt.

Schon heute bestehen in Ägypten konstitutionelle Körperschaften mit beratender Stimme; am 21. September hat nun zu Kairo eine Versammlung von Deputierten und Notabeln stattgefunden, welche die Gründung einer ägyptischen Volkspartei beschloß. Als wesentlichste Programmpunkte wurden:

1. die Weiterbildung der bestehenden konstitutionellen Einrichtungen,

2. eine Reform des Erziehungswesens und die Forderung der gewerblichen Entwicklung des Landes aufgestellt.

Alles mit dem ausgesprochenen Endziel, schließlich die volle Unabhängigkeit und freie Regierung des Landes zu erringen.

Wenn die Agitation, wie es den Anschein hat, maßvoll und dabei zielbewußt weiter betrieben wird, kann ihr der Erfolg kaum fehlen.

Gleichwie in Persien, so hat nun auch in Ägypten die konstitutionelle Idee in einem mohammedanischen Volke Wurzel gefaßt; auch der Islam beugt sich dem Geist des Westens.

Br.



Die konstitutionelle Bewegung in China. Langsam, wie es dem konservativen Geist des Landes entspricht, aber stetig schreitet die chinesische Regierung in der Vorbereitung konstitutioneller Einrichtungen vorwärts.

Neuerdings sollen (auf Grund eines kaiserlichen Edikts vom 9. September) Kommissare nach England, Deutschland und Japan zum Studium der dortigen Konstitutionssysteme entsandt werden.

Durch ein weiteres Edikt vom 20. September wurden zwei Staatsmänner, Sun-chia-nai und Prinz Pu-lun, mit der Bildung eines Regierungsrates beauftragt, der als Vorstufe für das künftige Parlament anzusehen ist.

Am 27. September wurde ein anderes Edikt verlautbart, das die Bestrebungen der Reformpartei nach Beseitigung aller feudalen Vorrechte der zurzeit regierenden Mandschurasse zu völliger Verwirklichung bringt. Interessant ist es, daß die herrschende Mandschudynasti selbst die Initiative zur Herstellung der Rechtsgleichheit ergriff in der Erkenntnis, daß nur eine Politik weit-

ausgreifender liberaler Reformen eine Revolution verhindern kann.

Schon jetzt flackert bald hier bald dort die Flamme des Aufruhrs empor; so wurde am 20. September die Stadt Yo-chan von 2000 Insurgenten angegriffen und der Angriff erst nach hartem Kampf von den kaiserlichen Truppen abgeschlagen.

Überall in den Städten des weiten Reiches bilden sich Geheimbünde zu revolutionären Zwecken, und — was noch bedeutungsvoller — die studierende Jugend schloß sich der Freiheitsbewegung mit gleichem Enthusiasmus an, wie sie es in Europa in den großen Krisen des vergangenen Jahrhunderts getan.

Besonders die Tausende von Studenten, die alljährlich von japanischen Hochschulen in die Heimat zurückkehren, künden in all den entferntesten Provinzen das Evangelium der politischen Freiheit, das Japan zu so gewaltigem Aufschwung verholfen.

Diese Studenten sind es auch, welche auf die Umgestaltung des Unterrichtswesens in europäisch-japanischem Sinne, auf die Einführung naturwissenschaftlicher Kollegien an den Hochschulen des Reiches, auf die Errichtung von Mädchenschulen in den Städten, auf die Vermehrung der Dorfschulen zum Zwecke allmählicher Errichtung obligatorischen Schulunterrichts großen Einfluß genommen haben.

Es liegt in der ererbten Konstitution Chinas, das ja von den oft aus den ärmsten Schichten hervorgehenden, durch Prüfungen verschiedenen Grades ausgelesenen Mandarinern beherrscht wird, begründet, daß diese Studenten, des Landes künftige Regierer, den größten Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Behörden besitzen; ihr An-

schluß an die konstitutionelle Bewegung verbürgt deren endlichen Sieg.

Zu betonen ist auch, daß China bereits heute eine erbliche Aristokratie nicht besitzt, vielmehr wesentlich demokratisch organisiert ist; seine ordnungsliebenden, relativ wohlhabenden, am guten Gang der Staatsgeschäfte durch individuellen Besitz interessierten Bauern und Bürgermassen werden eine ausgezeichnete Basis konstitutioneller Einrichtungen, gewissenhafte Wähler zum geplanten chinesischen Parlament abgeben.



Politische Fortschritte Siams. In Indochina bereitet sich das kleine Volk der Siamesen vor, den Fortschritten Japans nachzueifern. Die Siamesen haben Europäer in ihrer Verwaltung angestellt und ihr Erziehungssystem nach europäischem Muster umgewandelt.

Sie beginnen sogar — das erstemal, daß das bei einem Volke der Tropen der Fall ist — den Versuch zu machen, politische Freiheit und lokale Selbstverwaltung einzuführen. Ein soeben erlassenes Gesetz führt Munizipalbehörden ein, die nach europäischem Muster gebildet werden. Ja dieses Volk hat sogar etwas vor uns voraus: die Frauen haben Stimmrecht erhalten, was für ein orientalisches Volk wahrlich ein ganz außerordentliches Unternehmen ist. Hierzu hatte der Buddhismus den Weg geebnet, indem er die Gleichheit der Geschlechter predigte und gleiche Erziehung für Knaben und Mädchen fordert. Buddhistische Mönche waren von je und sind noch heute die Erzieher des siamesischen Volkes. Die von ihnen eingepflanzten Prinzipien haben die heutige demokratische Erziehung vorbereiten helfen.

SOZIALE ENTWICKLUNG

DR. HERMANN BECK, BERLIN: AUS DER SOZIALEN ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS.



S gibt im Deutschland der Gegenwart eigentlich keine bewußte Leitung des sozialen Prozesses und keine auf letzte feste Ziele gerichtete Beeinflussung der sozialen Schichtung. Die deutsche staatliche Sozialpolitik besteht eigentlich nur in dem Suchen nach dem „goldnen Mittelweg“ zwischen den Rufern von rechts und links. Die gewordene soziale Struktur wird als unveränderliche Basis alles sozialpolitischen Handelns angenommen, man weiß nichts von bewußten Akten des Eingriffs in die soziale Entwicklung, sei es vom biologisch-pädagogischen oder sei es vom ökonomistisch-technischen Gesichtswinkel aus. Alles sozialpolitische staatliche Handeln bleibt somit an der Oberfläche, wo es ja genug der unangenehm ins Auge fallenden Wachstumstörungen eines sich selbst überlassenen sozialen Organismus auszugleichen gibt.

Diese Perspektive aber einmal angenommen, bietet die deutsche Sozialpolitik ein vielfarbiges Bild.

Das Programm der Reichsregierung ist für die laufende Legislaturperiode ein reichhaltiges. Der Staatssekretär des Innern kündigte im Frühjahr als hauptsächliche Reformprojekte an: die Schaffung von Arbeitskammern, ferner eine Novelle zum Unterstützungs-Wohnsitzgesetz und das Hilfskassengesetz, d. h. die Unterstellung der aus privater Initiative entstandenen freien Krankenkassen unter das Versicherungs-Aufsichtsgesetz, wobei man bedacht ist, diese Kassen nicht durch zu starke Beschneidung der Selbstverwaltung zu erdrosseln; ferner Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation, die weder als appetitlich noch hygienisch einwandfrei gilt, Vermehrung des Arbeiterschutzes in der Hausindustrie, Durchführung der Bestimmungen über die Nachtruhe der Frauen (Berner Konvention), Festsetzung der Maximalarbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden, Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, Einführung des sog. kleinen Befähigungsnachweises für Handwerker, womit eine Regelung des Lehrlingswesens verbunden wäre, ferner die stärkere Bekämpfung der Viehseuchen, ein Apothekengesetz, eine Verschärfung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, ein Gesetz zur Bekämpfung der Geheimmittel und des Kurpfuschertums und endlich vier größere Reformen: die Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für das Reich, das, wie man hofft, die relativ freiheitlichen Bestimmungen des bayerischen und badischen Vereinsrechtes auf alle Bundesstaaten ausdehnen würde; zweitens eine Kodifikation der Sozial-Versicherungsgesetzgebung und deren Ausdehnung auf Heimarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, drittens eine Witwen- und Waisenversorgung und viertens die Regelung des Arbeitsverhältnisses der technischen Angestellten.

Fertiggestellt sind bereits das Hilfskassengesetz und die Novelle zum Unterstützungs-Wohnsitzgesetz, während zurzeit das Vereins- und Versammlungsrecht, das Gesetz über Arbeiterkammern, der Zehnstundentag der Frauen, die Nachtruhe der gewerblichen Arbeiterinnen und die genannte Ausdehnung der Krankenversicherung in kommissarischer Beratung sind. Für die Zusammenlegung der drei Sozial-Versicherungszweige sind ebenfalls

schon Vorarbeiten geleistet, ebenso für die Witwen- und Waisenversorgung. Diese „soll“ im Jahre 1910 ins Leben treten, und durch das Zolllarifgesetz von 1902 werden ihr schon jetzt alle Einnahmen aus den Agrarzöllen überwiesen, soweit die Einnahmen den Netto-Durchschnittsertrag der Jahre 1898—1903 übersteigen. Eine weitere Vorarbeit ist hier noch durch die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 geleistet worden, die auch der Ermittlung der statistischen Grundlagen für die Witwen- und Waisenversorgung gewidmet war.

Das Tempo, in dem in Deutschland Reformen, wie sie dieses Programm enthält, seit Jahrzehnten erledigt wurden, ist ein bedauerlich langsames. Und daran trägt ein Doppeltes Schuld: der Bundesrat, die vielköpfige Spitze der deutschen Republik ¹⁾, und der Reichstag. Was aber der Bundesrat durch schleppenden Verhandlungsgang und ein gewisses inneres starres Beharrungsmoment leistet, um die Tätigkeit des Reichsamts des Innern und des Reichstags lahm werden zu lassen, das versündigt der Reichstag durch ein Zuviel. Nicht daß ich den deutschen Reichstag selbst nur in seinem sozialpolitischen Willen überschätzte, er bietet multa, sed non multum. Vergangenes Frühjahr schleuderten die Parteien in dem üblichen sozialpolitischen Wettrennen 60—70 Initiativanträge auf den Tisch des Hauses. Jede will der Wählermasse wenigstens durch Worte ihre zahlreichen Wahlversprechungen einlösen. Das Chaos der Sonderwünsche führt praktisch zu nichts, und es wird vom Standpunkt des tagespolitischen sozialreformerischen Optimismus als einer der Hauptfehler des deutschen Parlamentarismus bezeichnet, daß seine sozialpolitische Initiative jeder Organisation noch entbehrt, und daß der Reichstag es noch nicht verstanden hat, die Situation zu beherrschen, d. h. sich mit der Reichsverwaltung auf ein bestimmtes Arbeitspensum zu einigen. Inzwischen wird durch die Beratung der zahllosen Initiativanträge des Reichstags die Verwirklichung des Regierungsprogramms hinausgeschoben, ohne daß man überhaupt Nennenswertes erreicht.

Das Bisherige sagt aber über die prinzipielle Bedeutung des gegenwärtigen Reichstags nichts. In dem erwähnten Chaos der Anträge und Anregungen steckt doch die eine oder andere Perle. Als solche möchte ich, abgesehen von den zahlreichen Anregungen des linken Flügels, Friedrich Naumanns Rede bezeichnen, in der er im Rahmen einer für die Verhältnisse des gegenwärtigen Reichstags befreiend großzügigen Auseinandersetzung mit der Tagespolitik auf die Notwendigkeit der planmäßigen Ordnung der Arbeitsverfassung der Großindustrie hinwies. Er forderte auch für die Fabrik die konstitutionelle Verfassung, damit „Industrieuntertanen zu Industriebürgern“ würden.

Neben der gesetzgeberischen staatlichen Sozialpolitik wäre noch die verwaltende zu nennen. Von ihr will ich aber heute nicht reden. Nur eine amtliche Stelle soll nicht unerwähnt bleiben: die neubegründete „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, die hervorging aus der preußi-

¹⁾ Zur Orientierung des ausländischen Lesers über den staatsrechtlich republikanischen Charakter des Deutschen Reiches darf ich vielleicht einschalten, daß die staatsrechtliche Stellung des deutschen Kaisers nicht die eines Monarchen ist, da die höchste Gewalt dem Bundesrat, einer Körperschaft, die sich aus Vertretern sämtlicher Bundesstaaten zusammensetzt, zusteht. In der tatsächlichen Gestaltung wird diese Sachlage allerdings verwischt durch die Stellung Wilhelms II. als mächtigster Bundesfürst und nicht zuletzt durch seine überragende Individualität, die ihn zum Mittelpunkt der primären politischen Einflußsphäre hat werden lassen.

schen „Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen“. Diese nunmehr auch von seiten des Reiches mitverwaltete Institution verdankt ihre Entstehung dem Drängen nach Errichtung eines preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Diese im Abgeordnetenhaus vom Grafen Douglas geleitete Bewegung endigte — manchem sehr unbequem — in dem erwähnten Institute. Dieses versucht nun, die private soziale Hilfsarbeit, insbesondere das charitative Vereinswesen, zu zentralisieren: eine Aufgabe, deren Lösung angesichts der weitverbreiteten deutschen Eigenbrödelei und Vereinsmeierei nicht leicht sein wird, bisher auch auf persönlichem Gebiete erhebliche Reibungsflächen zutage brachte.

Für die staatliche Sozialpolitik kommt in Deutschland noch die innere Politik der Bundesstaaten in Frage, an erster Stelle Baden. Auch Preußen hat in jüngster Zeit mehrere erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Eine Berggesetznovelle macht den Anfang zur Aufhebung der Bergbaufreiheit, dieses Typs der ganz großen, nie wieder gutzumachenden Kurzsichtigkeiten der Kulturstaaen auf ökonomischem Gebiete. Der preußische Staat sichert sich nun wenigstens die letzten Reste der Bodenschätze, nämlich die mehr als 1200 m tief lagernden Kohlen und Kalisalze, die somit einer späteren Generation vorbehalten bleiben. Und noch ein anderer nennenswerter Schritt auf dem Wege der ökonomischen Kollektivisierung ist zu verzeichnen: die Bewilligung großer Summen (zuletzt 20 Millionen Mark) für staatlichen Grunderwerb am Rhein-Weser-Kanal, eine Maßnahme, mit der dem privaten Spekulantentum entgegengearbeitet wird. Von preußischer Sozialpolitik ist dann noch die Bewilligung von 15 Millionen Mark für die Wohnungsverbesserung staatlich Bediensteter zu nennen, ferner die Teuerungszulagen für die Staatsbeamten, die Schaffung von Wanderarbeitsstätten an Stelle der bisher üblichen Verpflegungsstationen, und auch auf dem Gebiete des Steuerwesens wären kleine Fortschritte zu nennen.

Wie sieht nun aber die Sozialpolitik außerhalb der deutschen Regierungs- und Parlamentsgebäude aus? Was ist das sozialpolitische Wollen des Volkes selbst und wie äußert es sich? Die stärksten Kräfte wurzeln hier naturgemäß in den Organisationen der einzelnen Klassen und Stände. Aber wir haben auch jenseits dieser Parteigrenzen Gruppen, Verbände, die allgemeine Sozialpolitik treiben, die Dinge vom Standpunkt der Staatsraison, des Wohles der Gesamtheit betrachten oder doch betrachten wollen.

Da ist zunächst die „Gesellschaft für soziale Reform“ zu nennen, eine Schöpfung des ehemaligen Ministers v. Berlepsch, dessen damals „inopportune“ Sozialreform ihn sein Amt kostete. Jetzt treibt seine Gesellschaft in zahlreichen, aber wenig aktionsfähigen Ortsgruppen jene Sozialreform, wenn auch ohne nennenswerten Einfluß. Sie krankt daran, daß sie eine ängstlich auf das momentan Erreichbare eingestellte soziale Tagespolitik treibt, wie sie für eine verantwortliche Regierung als angemessen gilt, dabei aber doch nicht über eine straffe und mit staatsmännischem Geschick geleitete lebendige Organisation verfügt, die sie befähigen könnte, der offiziellen Sozialreform unmittelbare Vorspanndienste zu leisten.

Weiter ist der „Verein für Sozialpolitik“ zu nennen, der sich durch seine umfangreichen Veröffentlichungen hauptsächlich auf dem Gebiete der Erforschung sozialer und ökonomischer Zustände große bleibende Verdienste erworben hat. Der Verein, der vor nun bald vier Jahrzehnten den Deutschen Volkswirtschaftlichen Kongreß ablöste, ist eigentlich bis auf den heutigen Tag nichts andres als ein deutscher wirtschafts- und sozialwissen-

schaftlicher Kongreß geblieben und alles mehr als ein Verein für Sozialpolitik. Er tagt einmal im Jahre und entbehrt jeder politisch aktionsfähigen Organisation. Die Führung liegt in den Händen der von Prof. Gustav Schmoller begründeten und geleiteten Schule. Über seine jüngste Tagung berichtet ein besonderes Referat. (Siehe S. 76—78.)

Die eigentlich wirksamen Faktoren der deutschen Sozialentwicklung sind aber in den Klassen- und Standesorganisationen zu suchen.

Über die Arbeiterbewegung, die ihrer ganz besonderen Bedeutung halber ein Sonder-Referat erhalten muß, wird an anderer Stelle dieser Zeitschrift berichtet werden. — Wenn ich mich der allgemeinen Gepflogenheit anschließen will, so wäre nun zunächst das Konglomerat von nichtbesitzenden arbeitenden „Nichtarbeitern“ zu betrachten, das man als „Mittelstand“ zu bezeichnen pflegt.

Die Hauptorganisation der deutschen Mittelstandsbewegung ist die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“, die ihre neunte Generalversammlung vor kurzem in Straßburg abhielt. Ihre Forderungen, die sich vielfach mit denen des dritten Allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerkertages (August 1907) decken, sind etwa die folgenden: Sicherung der Bauforderungen insbesondere der Handwerker, Einführung des kleinen Befähigungsnachweises, verschärfte Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Regelung des Submissionswesens, Einschränkung der Gefängnisarbeit und der Ökonomie, d. h. der militärhandwerklichen Deckung des Eigenbedarfs des Militärs, Heranziehung der Großbetriebe zu Beiträgen für Wohlfahrtseinrichtungen der Innungen, Gründung von Arbeitgeberverbänden im Handwerk, Schaffung einer Reichshandwerksbehörde usw.

Besonders aktuell sind heute die Tendenzen in dem sog. „neuen Mittelstand“, d. h. den Kreisen der mittleren Privatbeamten, die jetzt im Vordergrund des Interesses stehen. Unter den technischen Privatbeamten ist eine den Gewerkschaften der Arbeiter analoge neue Organisation entstanden, die sich von den üblichen Ingenieur-, Architekten- und sonstigen Verbänden von Berufsinteressenten wesentlich unterscheidet. Der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ hat binnen 3 Jahren rund 10000 Mitglieder gewonnen, eine Stellenlosenunterstützungskasse eingerichtet und ein anerkanntes klares Programm sozialer Forderungen aufgestellt. Der Kern dieser Forderungen ist etwa das Folgende: rechtliche Gleichstellung mit den kaufmännischen Angestellten; Abschaffung der Konkurrenzklausel; Reform des Patentrechts, wobei dem Angestellten das Eigentumsrecht an den von ihm herrührenden Erfindungen gesetzlich sichergestellt und ein gerechter Anteil an dem Nutzen aus der praktischen Verwertung seiner Patente gefordert wird; ferner: Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle technischen Angestellten, zum mindesten bis 5000 M. Jahreseinkommen; Vertretung der Angestellten in besonderen Angestelltenabteilungen der zu errichtenden „Arbeitskammern“; Errichtung obligatorischer Beamtenausschüsse entsprechend den Arbeiterausschüssen und endlich eine staatliche Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge. Eine große Reihe dieser Forderungen liegt bereits dem Bundesrat zur Entschließung vor. Bezüglich der Versicherung sind auch bereits Vorarbeiten geleistet worden. Unter Zugrundelegung der Pensionsansprüche der Staatsbeamten berechnete die amtliche Denkschrift eine Versicherungsprämie von 19% des Jahreseinkommens, eine Berechnung, die vielfache Angriffe erfuhr. Für die weitere Ver-

folgung dieser und der übrigen Forderungen ist ein sozialer Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten, hinter dem 70 000 Köpfe stehen, eingesetzt worden. Denn auch die technischen Fachverbände wenden jetzt den wirtschaftlichen und sozialen Fragen lebhaftes Interesse zu. Der „Deutsche Technikerverband“ hat als Direktor einen Sozialökonom angestellt und in seiner „Deutschen Technikerzeitung“ eine Rubrik „Soziales“ eingerichtet. Die bemerkenswerteste Erscheinung ist aber, daß der „Verein deutscher Ingenieure“ beschlossen hat, vom Januar 1908 ab ein „wirtschaftlich-soziales Blatt“ herauszugeben, in dem der bisher ausschließlich technisch tätig gewesene Verein nun auch wirtschaftlich-soziale Fragen diskutieren wird (siehe besondere Mitteilung Seite 39).

Auch in ärztlichen Kreisen gewinnt das wirtschaftlich-soziale Moment an Interesse, wie die siebente ordentliche Hauptversammlung des im Juni in Münster tagenden „Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“ (20 000 Mitglieder) zur Genüge bewies. Erwähnt sei noch zum Schluß, daß auch die preußischen Staatsbeamten einen wenn auch schleunigst unterdrückten Versuch gemeinsamen Handelns machten. Die Danziger Regierungssekretäre hatten in einer Kollektivvorstellung Erhöhung der Gehälter erbeten und Kopien dieses Bittgesuches allen preußischen Kollegen zugestellt mit dem Ersuchen, analog vorzugehen. Dieses Vorgehen wurde vom Minister „entschieden gemißbilligt“ und dadurch offiziell die Berechtigung solidarischen Vorgehens für die preußischen Staatsbeamten verneint.

Ob durch den Wechsel in der Leitung des Reichsamts des Innern, der am 22. Juni d. J. den Grafen Posadowsky, einen der fähigsten Beamten der Reichsverwaltung, zum Bedauern aller Freunde des sozialen Fortschritts ausscheiden ließ, sich in der deutschen staatlichen Sozialpolitik etwas Wesentliches ändern wird, ob die geplant gewesene Teilung des Reichsamts des Innern und die Errichtung eines „Reichsarbeitsamts“ verwirklicht werden wird: all das wird in den folgenden Berichten darzulegen sein. Ich werde später auch versuchen, an Hand der noch ausstehenden Ziffern der Berufs- und Betriebszählung vom Sommer d. J. in die Veränderungen der sozialen Struktur des deutschen Volkes und ihre jüngsten Tendenzen näher einzudringen, während der vorstehende Bericht bewußt einseitig der deutschen sozialen Politik in ihren äußeren Erscheinungsformen nachzugehen trachtet.



PROF. DR. STEPHAN BAUER, BASEL: DER ARBEITERSCHUTZ IM JAHRE 1906.



IES ist das Jahr der ersten internationalen Verträge zum Schutze der Arbeiter; das Jahr der Sicherung des Koalitionsrechts der britischen Arbeiter; im übrigen ein Jahr geringer sozialpolitischer Ergiebigkeit auf dem Kontinente, in Amerika und Australien. Keine weitreichende Kodifikation des Arbeiterrechts fällt in diesen Zeitraum. Die Ursachen dieser dem Arbeiterschutze wenig günstigen Strömungen liegen nicht durchgängig auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber in letzter Linie ist es

die Verschiedenartigkeit der politischen Wirkung der geschäftlichen und industriellen Hochkonjunktur, die auch in den Ernteergebnissen des Arbeiterschutzes zum Ausdruck gelangt.

In England vollzog sich mitten in diesem wirtschaftlichen Aufschwunge der Sieg der freihändlerischen Parteien der Arbeiterpartei. Die Forderungen der Home Policy, das Verlangen der Arbeiter nach Beteiligung an den Früchten der guten Zeiten, haben das Interesse an einer imperialistischen Zollvereinspolitik in den Hintergrund gedrängt. Eine Politik diplomatischer Vorzugsbehandlung tritt an die Stelle merkantiler Ausschließungstendenzen.

Dieser politische Frontwechsel führte wohl auch teilweise die aktive Teilnahme Großbritanniens an der internationalen Arbeiterschutzkonferenz herbei. Die Konferenz schritt am 26. September 1906 in Bern zum Abschluß eines internationalen Vertrags, der die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen in 14 Staaten verbietet. Dieser Vertrag fordert in allen industriellen Anlagen mit mehr als 10 Arbeitern eine Mindestruhezeit von 11 Stunden für die Arbeiterinnen und schafft eine Reihe von Industrievorrechten ab, kraft welcher einzelne Länder die Nachtarbeit gestatteten und das Prinzip der Nachtruhe durchbrachen. Selbst für die vorgeschrittene Gesetzgebung Englands bedeutete der Vertrag einen wenigstens formellen Fortschritt. In Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Luxemburg, Portugal, Schweden wird für etwa eine Drittelmillion erwachsener Arbeiterinnen zum erstenmal das Prinzip der gesetzlichen Nachtruhe verwirklicht. In Österreich wird sie durch die Erweiterung auf Mittelbetriebe rund 40000 bisher ungeschützten Frauen zuteil werden. Den versteckten Begünstigungen, die einzelnen Industrien früher auf Kosten der Arbeiter durch Gewährung der Nachtarbeit gewährt wurden, wird eine Schranke gesetzt. Obwohl der Vertrag erst am 1. Januar 1911 in Kraft tritt, ist durch seinen bloßen Abschluß der Industrie die Richtlinie für die Organisation der Frauenarbeit vorgezeichnet.

Das Verbot der Verwendung des giftigen Phosphors in der Streichhölzerindustrie, das gleichzeitig von den Regierungen vertragsmäßig festgelegt wurde, hat praktisch nur durch den Beitritt Italiens einen über den bestehenden Zustand hinausgehenden Fortschritt zu bedeuten. Das Fernbleiben von Staaten, in welchen die Phosphornekrose noch zahlreiche Opfer fordert (Österreich-Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen), bewies, daß die Interessen des geschäftlichen Aufschwunges und der an ihm unmittelbar beteiligten Kreise eine so primitive Maßregel der Volkshygiene, die in sechs anderen Staaten bereits erprobt war und über deren Durchführbarkeit die Akten geschlossen sind, im Jahre 1906 nicht zum Durchbruche gelangen ließen. In Großbritannien standen dem Beitritt zu diesem Vertrage wesentlich technische Bedenken entgegen, die jedes Einfuhrgebot in einem Freihandelslande erweckt.

Die Hochkonjunktur hat in Mitteleuropa eine Arbeiternachfrage hervorgerufen, die in manchen Gewerben den Rahmen des heimischen Angebotes weit überstieg. Die Binnenwanderungen ausländischer Arbeiter haben sich verschärft. Diesen Erscheinungen wird die Sozialpolitik dadurch gerecht, daß sie das gleiche Recht der heimischen und fremden Arbeiter auch auf dem Gebiete der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung proklamiert. Diesen Grundsatz enthalten abweichend von den früheren nationalistischen Klauseln der Grundgesetze der Versicherung die Verträge zwischen Belgien und Frankreich, Belgien und Luxemburg, Frankreich und Italien, Frank-

reich und Luxemburg und eine entsprechende Bekanntmachung des deutschen Bundesrates für belgische Arbeiter.

Diese Anfänge einer internationalen Sozialpolitik sind bekanntlich nicht das Werk der Interessenten selbst. Diese Weltpolitik hat aus der zu einer privaten Vereinigung organisierten sozialpolitischen öffentlichen Meinung ihre Kraft geschöpft. Auf diesem Boden stehend haben die Staatsverwaltungen sich zu gemeinsamem Vorgehen entschlossen. Nicht der Einfluß dieser oder jener Partei, sondern der Kampf um die sozialpolitische Rangstellung jedes vertragschließenden Landes hat den Abschluß der Verträge gefördert.

Ganz anderen Einflüssen unterliegt die Gestaltung der nationalen Sozialpolitik. Politische Taktik und Parteikonstellationen fördern oder hemmen ihre Entwicklung. In einer wirtschaftlich aufsteigenden Periode liegt aber das Schwergewicht der nationalen Sozialpolitik nicht in den Parlamenten, sondern in den Kontoren der Fabriken und der Arbeiterverbände. Das Interesse der Industriellen an der Sicherung des Arbeiterstammes, jenes der Arbeiter an dem Ausbau der Organisationen führt vielfach auf friedlichem Wege (aber freilich nie „von selbst“!) zur Neuordnung der Arbeitsbedingungen, oft durch förmliche Tarifverträge, die späteren gesetzlichen Normen als Vorbild und Grundlage dient. Daher ist gerade in solchen Perioden die Sicherung des Rechtes der Organisationen, wie sie in England durch den Trades Disputes Act von 1906 erfolgte, von grundlegender Bedeutung. Dieses Gesetz schützt die Kassen und die Beamten der Gewerkvereine vor Schadenersatzprozessen bei Arbeitsstreitigkeiten. Die einstimmige Annahme des Gesetzes im englischen Unterhause beweist, daß die Politik der britischen Gewerkvereine, das Sinken der Streikziffer von 926 auf 337, der Beteiligungsziffer von 200000 auf 93000 im letzten Jahrzehnte, noch immer von allen Parteien als das wertvollste Unterpfand des sozialen Fortschritts in England betrachtet wird. In der Tat ist die im Jahre 1906 (wesentlich durch den Streik in Irland) wieder gesteigerte Ausstandsbewegung relativ weit unter dem Ausmaße des letzten Streikfiebers geblieben und die Zahl der Fälle friedlicher Beilegung bedeutend gestiegen.

Dieser klugen Ausnützung der Konjunktur konnte sich der Kontinent nicht erfreuen. Im Deutschen Reiche und in Frankreich dominierten die militär- und kolonialpolitischen Interessen. In Österreich-Ungarn absorbierten die Kämpfe um den Ausgleich die öffentliche Meinung; in Schweden wogte der Kampf um das Wahlrecht. In Rußland wurden Gesetze gegen den Streik in öffentlichen und Verkehrsunternehmungen, sowie gegen agrarische Unruhen erlassen. Kleinere Industriestaaten warteten den Umschwung zur Sozialpolitik in den größeren Konkurrenzstaaten ab, der sich nicht einstellen wollte. Und darum war trotz günstiger Wirtschaftslage dem Arbeiterschutz auf dem Festlande ein Mißjahr beschieden.

Man kann die ungünstige Aufnahme, welche das weitreichendste kontinentale Schutzgesetz des Jahres, das französische Wochenruhetagsgesetz, gefunden hat, zum großen Teil auf die Abneigung der Handelskreise zurückzuführen, eine günstige Absatzkampagne mit Opfern für ihre Angestellten und für ihren Absatz zu erkaufen. Das größte Geschick der Verwaltung vermag andererseits nicht im Nu die Widerstände der Verkehrsgebräuche zu brechen, die sich in einem Lande gebildet haben, das die gesetzliche Sonntagsruhe vor 32 Jahren aufgehoben hat. Zahlreiche Einschränkungen, die der Übergang erforderte, hat die Verwaltung zugestanden, ohne doch zu

der von vielen Interessenten verlangten Umgestaltung zu schreiten. So pflichten denn auch die romanischen Länder dem Bedürfnisse nach Regelung des ältesten Ruhegesetzes bei.

Die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit durch den Staat hat vor allem im Verkehrswesen Fortschritte zu verzeichnen. Hervorzuheben ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Werkstätten der preußischen Eisenbahnen und der achtstündigen Arbeitszeit für das Maschinenpersonal der französischen Handelsschiffe. Das neue Bergwerksgesetz der Niederlande führt die Neunstundenschicht (von 1908 an die Achteinhalbstundenschicht) unter Tage ein, schließt sich also der französischen und österreichischen Gesetzgebung an. Für Werkstätten und Handelsbetriebe setzt der russische Gesetzgeber eine zwölfstündige Höchstarbeitszeit fest.

Der starke Zuzug der Arbeiter in die Industriezentren führte zu Wohnungsmißständen, welchen die freiwillige Bautätigkeit zu steuern nicht gewachsen war. Daher setzt Frankreich obligatorische Wohnungsausschüsse ein und erhöht die bisherigen Begünstigungen für den Bau von Arbeiterwohnungen. Auch Luxemburg sah sich zu ähnlichem Vorgehen gezwungen.

Nur wenig ist für die Arbeiterhygiene geschehen. Die Niederlande haben für die Caissonarbeiter den hygienischen Achtstundentag (bei mehr als drei Atmosphären Druck den Dreistundentag) eingeführt und die Verwendung von jugendlichen Personen und Frauen in einer Reihe von Gift- und gefährlichen Betrieben untersagt. In der Mehrzahl der übrigen Staaten harren diese Fragen noch der Lösung.

Noch weniger Anlaß fand man in der Hochkonjunktur, für die Arbeitslosen Vorsorge zu treffen. Immerhin sind staatliche Unterstützungen den bestehenden Arbeitslosenkassen in Frankreich und Norwegen gesetzlich zugesprochen und so das sog. Genter System über sein ursprüngliches Geltungsgebiet erweitert worden.

Auch der Ausbau der Sozialversicherung lag brach. Nur in England ist durch das Unfallentschädigungsgesetz ein starker Fortschritt zu verzeichnen: das Prinzip der Entschädigungspflicht, das bisher nur auf mechanische Werkstätten, Bergwerke, Fabriken, landwirtschaftliche und Eisenbahnbetriebe beschränkt war, wird nun auf alle Werkstattarbeiter, Bureau-, kaufmännische Angestellte und Dienstboten (von früher 7 auf rund 14 Millionen Personen) ausgedehnt. Gewisse gewerbliche Vergiftungen werden Unfällen gleich behandelt. In Frankreich ist für die Seeleute auf Handelsschiffen eine nationale Unfallversorgungskasse begründet worden. In Österreich sind, von 1908 angefangen, die Privatbeamten der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung zugeführt worden. Dagegen steht in den meisten Staaten dieser Versicherungszweig, soweit er die Arbeiter betrifft, noch im Vorbereitungsstadium.

Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze wird seit dem Abschlusse der Arbeiterschutzverträge nicht nur zur nationalen, sondern auch zur internationalen Pflicht. Die Einsetzung staatlicher Aufsichtsorgane in Spanien ist daher im Jahre 1906 erfolgt und dadurch in allen 14 Vertragsstaaten nunmehr für das Vorhandensein verantwortlicher Exekutivorgane gesorgt. Die organische Ausgestaltung aller Zweige der Arbeitsverwaltung ist endlich in Frankreich durch Schaffung eines besonderen Arbeitsministeriums erfolgt. Durch sie wird die Entfaltung und Konzentration dieses gleichberechtigten Geschäftszweiges des Staates gesichert.

Die Notwendigkeit energischer Arbeiterschutzmaßregeln ist im Jahre 1906 nirgends lauter betont worden als in den Vereinigten Staaten. In ihren Botschaften haben der Präsident der Vereinigten Staaten, der Gouverneur des Staates New York und zahlreiche andere Staatsmänner auf die Entfaltung des Elends in der Heimarbeit, auf die Ausbeutung der Kinder in der Textilindustrie der Südstaaten, auf die Unzulänglichkeit der Inspektion hingewiesen. Die Autonomie der Einzelstaaten auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, die Ungültigkeitserklärung vieler Ruheschutzgesetze durch die Gerichtshöfe, ihre laxe Durchführung in einzelnen Staaten haben eine innerstaatliche unlautere Konkurrenz auf Kosten der älteren industriellen Einzelstaaten hervorgerufen, die nach Abhilfe drängt. Einen Versuch, den Widerstand gewisser Südstaaten gegen den Kinderschutz zu brechen, bildet die von Senator Beveridge eingebrachte und bis zur zweiten Lesung gediehene Vorlage, welche die Bundesregierung beauftragt, jede Transportunternehmung, die über die Grenze von Einzelstaaten Bergwerks- oder Fabrikprodukte befördert, zu bestrafen, wofern sie nicht nachweist, daß keine weniger als 14 jährigen Kinder in den Erzeugungsstätten dieser Produkte verwendet werden. Das Parlament von Massachusetts hat ferner den Beschluß gefaßt, es solle durch seine Vertreter in Washington ein Antrag auf Änderung der Verfassung der Vereinigten Staaten in dem Sinne gestellt werden, daß durch sie die einheitliche Regelung der Arbeitszeit in den Einzelstaaten ermöglicht würde. Es ist klar, daß erst nach Annahme dieser Anträge, die von den Freunden des internationalen Arbeiterschutzes in den Vereinigten Staaten lebhaft unterstützt werden, an eine dauerhafte Erfüllung der sozialen Aufgaben der amerikanischen Demokratie zu denken ist. Immerhin haben diese Vorstöße im Jahre 1906 zur Erhöhung des Zulassungsalters der Kinder zu Fabriken auf 14 Jahre in Kentucky und Maryland, auf 10 Jahre, und von 1908 angefangen, auf 14 Jahre in Georgia, auf 14 Jahre für Mädchen in Louisiana zur Folge gehabt. Im Staate New York ist die Zahl der Aufsichtsorgane von 37 auf 65 erhöht worden. In diesem Staate ist ferner mit Erfolg eine Verfassungsänderung durchgeführt worden, welche die Städte ermächtigt, die achtstündige Arbeitszeit bei der Durchführung oder Vergabung öffentlicher Arbeiten vorzuschreiben. Durch diese Verfassungsänderung ist der Widerstand der Gerichtshöfe gegen die Durchführung solcher Maßregeln lahmgelegt worden.

Die Absperrung zahlreicher überseeischer Länder und Kolonien gegen den Zuzug asiatischer Arbeiter wird nun unzweifelhaft das Ventil des Arbeiterschutzes auch im Orient, vor allem in Japan, zur Staatsnotwendigkeit gestalten. Eine halbe Million Arbeiter ermangelt hier noch jeglichen Schutzes; Kinder und jugendliche Arbeiter werden in japanischen Fabriken nahezu gefangen gehalten. Schutzzölle und Kriegssteuern haben das Leben der ärmeren Volksschichten verteuert. Zahlreiche Ausstände und Emeuten der Berg-, Werft- und Arsenalarbeiter sind den Siegen der japanischen Waffen gefolgt. Der Glaube an den Staat ist aber trotz allen Unruhen noch unerschüttert, und es klingt symbolisch, zu hören, daß bei einem großen Streik die Arbeiter, bevor sie in einer Fabrik alles kurz und klein schlugen, das Bild des Kaisers entfernten und der Polizei in Verwahrung gaben. Die Gesetzgebung Japans hat nicht zuletzt im Interesse seiner Wehrkraft allen Anlaß, nach den finanziellen Interessen des Landes auch jenen der Zukunft seiner Arbeiterklasse gerecht zu werden.

Der Kalender der Reformen des Jahres 1906 zeigt, wie man sieht, erhebliche Lücken. Aber nach der wilden Jagd nach fernen Märkten dämmert

langsam die Einsicht, daß die friedliche Steigerung der Kaufkraft der großen Massen, die mittelbar in jedem Arbeiterschutzgesetze liegt, die reichste Absatzquelle, die wirksamste Wohlfahrtsförderung der Staaten bildet. Und darum wird man in den Parlamenten in einigen Jahren über diese Fragen nicht mehr vor leeren Bänken verhandeln.



MISS VIDA GOLDSTEIN, MELBOURNE: DIE FRAUENBEWEGUNG IN AUSTRALIEN.

Miss Goldstein, Präsidentin des Nationalrats der australischen Frauen, leitete die siegreiche Bewegung zur Erringung des Frauenstimmrechts in Australien. Bei den letzten Wahlen zum Bundessenat in Australien kandidierte sie um ein Mandat im Staate Victoria und erhielt 51 000 Stimmen.



IE Frauenbewegung in Australien begann 1869. Ein paar Frauen in Victoria stellten die Forderung des parlamentarischen Wahlrechts auf. Schul- und Munizipalstimmrecht wurde den Frauen als selbstverständliche Sache eingeräumt. Was das heißt, ermesse man daran, daß Amerika, das sich doch so laut seiner demokratischen Prinzipien rühmt, den Frauen bis zum heutigen Tage sogar das Munizipalstimmrecht in allen Staaten verweigert hat. Ausgenommen sind die vier Staaten des wilden Westens und Kansas, die das volle Wahlrecht jedem Bürger garantieren... Man hört in Amerika ganz dieselben Argumente, wie in Europa gegen das parlamentarische Stimmrecht. „Die Frau gehört ins Haus“; „Die politische Arbeit wird viele Quellen von Uneinigkeit zwischen Frau und Mann erschließen“; „Die Politik wird die Frauen verderben“, und dergleichen mehr.

I.

Anfangs der siebziger Jahre wurde der erste Vorstoß gewagt, um den Frauen auch das parlamentarische Stimmrecht zu sichern. Es liegt eine eigentümliche historische Vernunft darin, daß dies just in Queensland geschah (1870) und in Victoria (1873). Also in den Kolonien, die zu Ehren ihrer verstorbenen Majestät der Königin Victoria benannt sind. Aber erst 1884 wird der organisierte Versuch unternommen, um das Stimmrecht für Frauen zu erlangen. In diesem Jahre nämlich wird die „Bundesliga für Victoria“ gebildet, die noch heute in Melbourne blüht und gedeiht. Auch in den angrenzenden Kolonien setzt nun prompt die planmäßige Organisation ein. In Neu-Süd-Wales wird Misses Dora Montefiore die hervorragendste Pionierin. Heute leitet sie die englische Arbeiterinnenbewegung. Damals hat sie mehr als einmal die Einkommensteuer mit Protest verweigert, indem sie gegen ein Prinzip Front machte, demzufolge Besteuerung ohne Rechte beim Manne Tyrannei hieße, der Frau gegenüber aber „Recht“ heißen soll. 1894 wurde der erste große Frauensieg erfochten. Das Parlament von Süd-Australien erließ unter allgemeinem Für und Wider die Frauenstimmrechtsbill. Die Feinde der Sache aber befürworteten damals die Klausel, daß die Frau auch zum Parlamentsmitglied wählbar sei, einzig mit der Hinterabsicht,

die ganze Bill dadurch zu Fall zu bringen. Aber zu ihrem größten Erstaunen und größtem Ärger nahm das Unterhaus unter Führung des Mr. Kingston, eines entschiedenen Fortschrittsmannes, das ganze Amendement an. 1899 gab auch das westaustralische Parlament die Frauen frei. Und nun griff die Bewegung auch auf die östlichen Kolonien über. 1902 erfochten die Frauen von Australien den größten Triumph, den die gesamte Frauenbewegung bis heute zu verzeichnen hat. Das jüngst zusammengetretene Nationalparlament machte die freigewordene Frau auch passiv wählbar, fürs Parlament wie für alle Beamtenstellen. Das aktive und passive Wahlrecht also, — das war zuguterletzt das Ergebnis des obenerwähnten dreimal gesegneten, superklugen Unterfangens, das Frauenrecht im südaustralischen Oberhause mit Füßen zu treten. Die Bundesverfassungsakte bestimmte, daß das Bundesparlament nicht mehr die Macht haben sollte, die Wähler in irgendeinem Staate solcher Wahlprivilegien zu berauben, die sie schon vor Inkrafttreten der Bundesverfassung besessen hatten, ferner daß in allen Staaten das Wahlrecht das gleiche sein müsse. Hierbei verwies man auf die Erfolge des Wahlrechtsgesetzes in dem fortschrittlichsten Staate des südaustralischen Staatenbundes, wo die Frau sogar ins Parlament gewählt werden kann.

Die Befreiung der Frau durch das australische Nationalparlament wurde nun der Anstoß für die Frauenbewegung in allen zivilisierten Ländern. In Australien aber wurde sie für die noch rückständigen Staaten das Signal, nunmehr in gleicher Richtung frisch fortzumarschieren. Nur in Victoria blieb alles beim alten. 1902 wurde die Frauenstimmrechtsbill in Neu-Süd-Wales erlassen, 1903 in Tasmania, 1905 in Queensland. In Victoria allein besitzen die Frauen noch kein staatliches Wahlrecht. An dieser merkwürdigen Ausnahme ist aber keineswegs etwa eine rückständige, unzeitgemäße Gesinnung der Bürger Victorias schuld. Diese haben sich vielmehr bei jeder Wahlperiode seit 1891 in immer wachsender Anzahl für das allgemeine Frauenstimmrecht erklärt. Aber nicht weniger als 17mal in 15 Jahren hat das aus wahrhaft vorsintflutlichen Parlamentariern gebildete Oberhaus die immer wieder neueingebrachte Bill verworfen. In allen australischen Staaten hat das Oberhaus sein Aeufserstes getan, um das Frauenstimmrecht zu hinterreiben. Victoria aber allein hat den Ruhm, einen Premierminister zu besitzen, der genug Charakterstärke und Prinzipiengröße sein eigen nennt, um sein Oberhaus zur Beugung des Volkswillens zu zwingen.

II.

Die ersten Resultate des Frauenstimmrechts beweisen durchaus seinen erziehlichen Einfluß. Von dem Augenblicke an, wo auf die Frau politische Verantwortlichkeit gelegt war, hat sie sich auch alle Mühe gegeben, sich ihr gewachsen zu zeigen. Die Frauen kommen von nun an zusammen, um sich gegenseitig zum Wahlrecht zu erziehen. Bevor das Stimmrecht der Frauen Gesetz geworden war, hatten nur ganz wenige Frauen ihre Meinung in öffentlichen Angelegenheiten geäußert, jene Handvoll Enthusiastinnen, die die „Frauenbewegung“ inauguriert haben. Heute aber bilden sich um jedes nur denkbare Zentrum politische Frauenligen. Frauen, denen früher das öffentliche Leben ein Buch mit sieben Siegeln war, halten heute Meetings über alle politischen Fragen ab, um sich ihr Stimmrecht nicht mehr rauben zu lassen. Und die Frauen, die die meiste Zeit und das meiste Geld für politische Organisationen opfern, sind dieselben, die vor der Zeit ihrer Befreiung immer erklärt haben, daß die Frau keine Zeit für Politik erübrigen könne oder daß Politik den

Charakter verderbe. Heute dagegen finden sie, daß sie die Stunden, die den politischen Interessen gewidmet sind, nicht mehr für allerlei gesellschaftliche Nichtigkeiten verausgaben. Und anstatt daß die Politik „ihren Charakter verdorben“ hätte, gibt sie den Frauen einen tieferen Einblick ins Leben und vermehrt die Fülle von Interessen, die das Band zwischen Frau und Mann bilden. So berührt denn die Politik auch die Wohlfahrt des Hauses und der Kinder, mehr als sich jemals die Frauen träumen ließen.

Jene publizistischen Elemente, die bis zuletzt das Frauenstimmrecht erbittert bekämpften und den wildesten Zusammenbruch voraussagten, stürzen sich heute redlich in Unkosten, um den Frauen Australiens einzuprägen, daß „die Bürgerpflicht eine gar heilige Sache“ ist und daß die „heiligsten Güter in Staat und Familie“ in Gefahr stehen, wenn die Frauen nicht eifrig von dem „höchsten Rechte jedes Bürgers, dem Wahlrecht“ Gebrauch machen.

Diese historischen Erfahrungen in Australien beweisen zur Genüge, wie leer und nichtssagend alle die Argumente sind, die man gegen das Frauenstimmrecht noch vorbringt. Es hat nirgendwo gefährliche Folgen gezeitigt. Es hat im Gegenteil mannigfach wohltätig gewirkt. Es wäre darum nur zu wünschen, daß die Herren der Schöpfung auch in andern Weltgegenden den Männern Australiens nacheifern möchten und daß sie endlich ihren Frauen jene zwei Rosen zu Füßen legten: die rote Rose der Freundschaft und Liebe, die weiße des Rechtes.



MARIA v. STACH, BERLIN: AUS DER DEUTSCHEN FRAUENBEWEGUNG.

DIE deutsche Frauenbewegung zeigt zwei große Hauptströmungen, deren eine repräsentiert wird durch den Bund deutscher Frauenvereine, der die konservativen Elemente umschließt. Die andere hat den Verband Fortschrittlicher Frauenvereine zum Träger und stellt die fortgeschrittenere Minorität dar. Nebenher gehen die konfessionellen Organisationen, die evangelischen und katholischen Sonderbestrebungen, und schließlich die parteipolitischen Gruppierungen: die sozialdemokratische Frauenorganisation und die jüngst ins Leben gerufene liberale Frauenpartei, die ihre Lebensfähigkeit erst noch zu beweisen haben wird. Außerdem haben wir die Vertretung von Spezialinteressen in besonderen Vereinen und Vereinsverbänden. Die wichtigsten hiervon sind: der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht, der Deutsche Zweig der Internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution, der Bund für Mutterschutz und Reform der sexuellen Ethik, und eine von bürgerlicher Seite ins Leben gerufene Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation.

Mitte Januar tagte die erste Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz unter regster Beteiligung weiter Kreise. Der erste Tag war der Diskussion der Reform der konventionellen Geschlechtmoral gewidmet und brachte Referate über die heutige Form der Ehe, über Prostitution und Unehelichkeit, über Heiratsbeschränkungen, erstens unter dem Gesichtspunkte

der von Staat und Gesellschaft infolge wirtschaftlicher Momente geschaffenen Verhinderungen und Erschwerungen der Ehe; zweitens in Hinsicht auf die von Rassen- und sozialpolitischen Gesichtspunkten geforderten und in manchen Ländern durchgesetzten Heiratsverbote. Der zweite Tag stellte die Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Mutterschutz zur Diskussion in Referaten über die Lage der unehelichen Kinder, die Mutterschaftsversicherung und die Mutterschaftsrente. An Resolutionen gelangten zur Annahme: die Forderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der gesetzlichen Ehe; die gesetzliche Anerkennung der freien Ehe — insofern als diese freien Verbindungen keinen behördlichen Eingriffen unterworfen, die Eltern in ihrem Elternrecht nicht angetastet werden und daß die aus solchen freien Ehen hervorgehenden Kinder rechtlich denen der legalen Ehe völlig gleichgestellt werden —, und schließlich die Beibringung eines Gesundheitsattestes vor der Eheschließung.

Mitte März trat dann die erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zusammen, einberufen von der Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation. Zahlreiche Referate über die Lohnfrage der gewerblichen Arbeiterin, ihre gewerbliche Ausbildung und Organisation, über das Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Krankenkassen, Gewerbegerichten und Arbeitskammern; über Fabrikarbeit und Mutterschaft und Mutterschaftsversicherung, gaben Gelegenheit zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den zahlreich erschienenen Vertretern der verschiedensten Parteirichtungen. Man fixierte als Resultat der Verhandlungen Resolutionen etwa folgenden Inhalts: Forderung der Hebung der Lohnlage und Lebenshaltung der Arbeiterinnen, 1. durch Staatshilfe: Kürzung der Arbeitszeit; Mutterschutz durch Krankenkassenunterstützung; Heimarbeiterschutz durch Mindestlöhne; Unterstellung der Hausindustrie unter Gewerbeaufsicht und Einbeziehung in die Arbeiterversicherungsgesetze. 2. Selbsthilfe: Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation der Frauen; Koalitionsfreiheit; Regelung des Tarifvertrags. 3. Vorbildung: obligatorischer weiblicher Fortbildungsunterricht. Ferner Forderung der Reform der Krankenkassen, des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten, Errichtung von Arbeitskammern. Schließlich Schutz der ehelichen wie außerehelichen Mutterschaft durch Versicherung und Erleichterung der Verbindung von Fabrikarbeit und Mutterschaft durch verkürzte Arbeitszeit und Einrichtung von Kinderhorten usw.

Die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz, die Ende August in Stuttgart stattfand, tagte leider hinter verschlossenen Türen. Nach der „Schwäbischen Tagwacht“ waren 58 Mandate vertreten, darunter von England 19, Deutschland 16, Frankreich 3, Belgien 1, Amerika 1, Österreich 9, Ungarn 3, Italien 1, Schweiz 1 Delegierte mit 2 Mandaten, Schweden und Norwegen 2, Finnland 2, Holland 1. Den breitesten Raum der Verhandlungen nahmen die Berichte der verschiedenen Länder in Anspruch. Dann folgte die Beratung über die Beschaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder, die zu der Resolution führte, eine internationale Zentralstelle zu schaffen, an die die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich einen zusammenfassenden Bericht über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einzusenden haben, neben fortlaufenden Berichten über alle wichtigen Vorkommnisse. Als Zentralstelle wurde Deutschland bestimmt, als Publikationsorgan die „Gleichheit“, die von Frau Clara Zetkin herausgegebene sozialdemokratische Frauenzeitschrift. Über das

Frauenstimmrecht wurde sowohl in der sozialistischen Frauenkonferenz wie in der Plenarsitzung des Stuttgarter Kongresses verhandelt, und der Kongreß erklärte sich mit der Stellungnahme der Frauenkonferenz, das Frauenwahlrecht betreffend, solidarisch. Diese Stellungnahme gipfelte in der Resolution: „Der Kongreß weist das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen.“ Aber: „Der internationale Kongreß kann keinem Lande einen bestimmten Zeitpunkt vorschreiben, zu dem eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werden soll“. Damit ist das Prinzip gewahrt, aber der Taktik in einer Weise Spielraum gelassen, die im Hinblick auf die heutige Praxis wenig Hoffnung gibt, daß die Frauen in absehbarer Zeit energische Unterstützung ihrer Wahlrechtsansprüche von seiten der Sozialdemokratie finden werden.

Wichtige Wendungen brachte die Tagung des Verbandes für Frauenstimmrecht und des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine Mitte September in Frankfurt a. M. Der Verband Fortschrittlicher Frauenvereine hat sich dem Bunde deutscher Frauenvereine angeschlossen. Dieser Übergang ist von seiten der fortschrittlichen Frauen als ein Versuch gedacht, dem stark an Stagnation leidenden Bund neues Blut zuzuführen. Wieweit diese Taktik richtig war, bleibt abzuwarten. Die langjährige Führerin der fortschrittlichen Frauen, Frau Cauer, befürwortete sie, legte aber gleichzeitig den Vorsitz nieder. Dr. Anita Augspurg, die zweite Vorsitzende, war gegen den Anschluß an den Bund und trat ebenfalls zurück. Mit ihr Lida Gustava Heymann. Ob die Vorteile, die diese Schwenkung den fortschrittlichen Frauen bringen soll, den Verlust dieser bewährtesten Kräfte aufwiegen wird? — Jedenfalls ist es warm zu begrüßen, daß ein Dringlichkeitsantrag von Adele Schreiber mit großer Majorität zur Annahme gelangte, der aufforderte, ein Aktionskomitee zu bilden — bestehend eben aus diesen drei Persönlichkeiten: Minna Cauer, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann —, um außerhalb des Bundes für die radikalen Ideen zu wirken.

In den folgenden Berichten werden wir die Entwicklung der Dinge im Auge behalten und auf die einzelnen umstrittenen Probleme näher eingehen. Der nächste Bericht wird der Frauenbildungsfrage gewidmet sein, die am 11. und 12. Oktober auf dem Kongreß in Kassel zur Erörterung kam und heute nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

CHRONIK

DIE Frauenstimmrechts-Bewegung. Die finnländischen Frauen haben gleich in den ersten Wahlen das am 20. Juli 1906 ihnen zugestandene Stimmrecht trefflich ausgenutzt. Unter 200 Landtagsabgeordneten wurden 19 Frauen gewählt. Die Frauenvertretung verteilt sich

ziemlich proportional unter alle Landtagsparteien. In der größten Fraktion, der sozialdemokratischen, die 80 Mitglieder zählt, sind 9 Frauen, in der zweitgrößten, der altfinnischen, (59) 6, in der jungfinnischen (26) 2, in der schwedischen Volkspartei (24) 1 und in der agrarischen (11) auch 1

Von den 19 Frauen sind 9 verheiratet. Ihrer sozialen Stellung nach sind 7 Lehrerinnen, 4 Agitatorinnen, 2 Redakteure, 2 gewerbliche Arbeiterinnen, 1 Bäuerin und 3 Frauen der mittleren Stände, darunter 1 Pfarrersgattin.

Diese Ergebnisse wurden durch eine langjährige emsige Organisations- und Agitationsarbeit vorbereitet. Der sozialdemokratischen Partei gehören 18 000 Frauen an. Der sozialdemokratische Frauenverband hat 200 Ortsvereine mit über 5000 Mitgliedern. Daneben gibt es einen sozialdemokratischen Dienstmädchenverband, der 30 Ortsvereine mit über 3000 Mitgliedern umfaßt. Vorsitzende dieses Verbandes ist die nunmehrige Landtagsvertreterin Minna Sillanpää, zugleich Redakteur des Wochenblattes „Die Arbeiterfrau“, das bis vor kurzem nur Dienstmädchenblatt war, nun aber zum Organ des sozialdemokratischen Frauenverbandes ausgebaut worden ist.

In **Norwegen** hat das Storting am 14. Juni mit 96 gegen 25 Stimmen ein beschränktes politisches Wahlrecht für ledige und verheiratete Frauen über 25 Jahre angenommen. Die Wahlberechtigung ist an die Bedingung geknüpft, daß die Frauen selbst oder ihre Ehegatten ein Einkommen von 400 Kronen in den Städten und ein solches von 300 Kronen auf dem Lande besitzen. Es ist derselbe Zensus wie der für das kommunale Frauenstimmrecht, das in Norwegen seit 6 Jahren besteht. Durch die Reform haben von 550 000 wahlfähigen Frauen 300 000 das Stimmrecht erlangt. Ein Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht für die Frauen war vom Storting mit 73 gegen 48 Stimmen abgelehnt worden, alsomiteinerrelativgeringenMehrheit.

In **Schweden** wurde in Verbindung mit der im Mai d. J. an-

genommenen Wahlreform (allgemeines Wahlrecht nebst Proportionalvertretung für die Zweite Kammer und Erweiterung des Wahlrechts für die Erste) der Antrag im Reichstage gestellt, das gleiche Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen. Dieser Antrag vereinigte in der Zweiten Kammer 91 Stimmen gegen 133. Dagegen ist den Frauen das kommunale Wahlrecht zuerkannt worden, wodurch sie auch Wählerinnen zur Ersten Kammer werden. Übrigens muß die ganze Wahlrechtsreform gemäß der Verfassung noch in einem neugewählten Reichstag (1908) zur Verhandlung kommen. Jedenfalls werden dem ersten Schritt weitere folgen. Dafür bürgt das lebhafteste Interesse der schwedischen Frauen für die Erringung des Wahlrechts. So wurde 1906 binnen 10 Monaten eine Wahlrechtspetition von 142 000 Frauen unterzeichnet; für deren Zustandekommen hatten sozialistische Arbeiterinnen und bürgerliche Frauenrechtlerinnen gemeinsam gewirkt.

In **Bayern** fand in der ersten Hälfte Oktober eine umfassende Agitation durch Frauenprotestversammlungen statt zugunsten der politischen Gleichberechtigung der Frauen. Von der Abgeordnetenkammer sollen gefordert werden: die Aufhebung des Verbotes der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen und das allgemeine Wahlrecht für alle weiblichen Personen von über 20 Jahren.

In **New York** ist eine amerikanische Frauenstimmrechtspartei gegründet worden. Sie verfolgt das Ziel, in allen Staaten Zweigvereine zu gründen und jeden männlichen Kandidaten für irgendein öffentliches Amt, der sich gegen das Frauenwahlrecht erklärt, zu bekämpfen.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in **Australien** hat keine bedeutsamen Verschiebungen der Par-

teien mit sich gebracht. Im wesentlichen stimmt derselbe Prozentsatz von Frauen wie von Männern für die konservative, die sozialistische und die bürgerliche Mittel-Partei.

Hingegen hat das Frauenstimmrecht zu einer größeren Moralität der Vertretungskörper geführt, da die Frauen mehr Gewicht als die Männer sowohl auf die öffentliche wie auch auf die private Moralität der Kandidaten legen.

Die Parteien haben infolgedessen zweifelhafte Elemente aus ihrer Kandidatenliste eliminiert, und das Frauenstimmrecht hat auf diese Weise zu einer bedeutenden Erhöhung der persönlichen Integrität der Vertreter geführt. Auch die Temperenzgesetzgebung ist eine Folge des Frauenstimmrechts. Die Wahlen selbst vollziehen sich in viel geordneterer Weise, und die Blätter berichten, daß die Frauen „so zur Wahl gehen wie zur Kirche“. Die übliche Einwendung, die Frauen besäßen ein viel geringeres politisches Interesse, ist durch die in Australien erzielten Erfahrungen vollkommen widerlegt. Es gibt in Australien Bezirke, in welchen viermal so viel Frauen gestimmt haben als Männer.

Es scheint tatsächlich, daß die politische Blasiertheit der Männer bei den Frauen in viel geringerem Grade vorhanden und in ihnen das Bewußtsein der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung viel stärker entwickelt ist. Des weiteren legt die Frau naturgemäß auf den Kinder- und Jugendschutz besonderes Gewicht, und dem Einflusse ihrer Wahlstimme hat denn auch Australien seine Jugendschutzgesetzgebung zu verdanken.

Im benachbarten Neuseeland war den Frauen durch den sog. „Local Option act“ die Möglichkeit einschneidender Betätigung gegeben. Dieser Akt bestimmt, daß in allen Bezirken und Staaten von Neusee-

land, in denen sich eine $\frac{3}{5}$ -Mehrheit aller erwachsenen Männer und Frauen für das Verbot des öffentlichen Alkoholausschanks ausspricht, dieses Verbot für 5 Jahre Gesetzeskraft erlangt. Allüberall haben nun die Frauen, die ja die Übel der Trunksucht in der Zerstörung des häuslichen Lebens nur allzusehr selbst empfinden mußten, in ihrer großen Mehrheit für dieses Verbot gestimmt, und wo ein wesentlicher Prozentsatz der Männer sich der kompakten Frauenmehrheit anschloß, wurde die nötige Majorität erreicht. Tatsächlich verschwindet damit von Jahr zu Jahr das Gespenst des Alkoholismus aus einem Bezirk Neuseelands nach dem anderen, und zufolge der behördlichen Schließung der Trinkstuben wendet sich die Jugend dem Besuche von Theatern, Konzerten, Bibliotheken und wissenschaftlichen Vorträgen zu, kehren die Ehegatten zum verlassenen häuslichen Herde zurück. Kultur- und Familienleben blühen auf.

So hat denn das Frauenstimmrecht in Neuseeland einen durchaus wohlthuenden Einfluß auf das soziale Leben des Landes ausgeübt.



Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik fand in der Zeit vom 30. September bis zum 2. Oktober zu Magdeburg statt. Über die berufsmäßige Vorbildung des volkswirtschaftlichen Beamten referierte Prof. Dr. K. Bücher-Leipzig. Der Stand der volkswirtschaftlichen Beamten ist in rascher Entwicklung begriffen, seine berufliche Ausbildung ist aber noch keineswegs geregelt und einheitlich gestaltet. Der Referent vertrat die Ansicht, daß die große Masse dieser Beamten einer akademischen Ausbildung bedarf, deren Mittelpunkt und Grundlage das Studium der politischen Ökonomie und der verwandten Fächer der Staatswissenschaft bilden müsse. Dazu sei ein

Hochschulbesuch von mindestens sechs Semestern erforderlich, dem die Maturität einer neunklassigen Mittelschule vorausgehen habe. Neben der Universität kämen für spezielle Berufsstellungen noch Fachschulen in Betracht, Handelshochschulen und die technischen Hochschulen. Eine aus Theoretikern und Praktikern bestehende Kommission sollte eine Prüfungsordnung aufstellen. Dr. Behrendt-Magdeburg verfocht dagegen die Ansicht, daß für eine ganze Reihe von Verwaltungsbeamten das juristische Studium unerläßlich sei. Eine Verbindung zwischen volkswirtschaftlichem und juristischem Studium sei absolut notwendig. Diese Gemeinsamkeit würde den sog. Assessorismus überwinden und den Volkswirten die soziale Gleichstellung mit den Juristen bringen.

Als Referent für Frage der Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte sprach Prof. Dr. Loening-Halle über die Verfassung der preussischen Städte unter Ausschluß der süddeutschen Städte-Verfassung. Die Gemeinde, führte der Redner aus, sei nicht nur ein rein wirtschaftlicher Verband, sondern hat in ihren Bereich alles zu ziehen, was die geistige Entwicklung ihrer Angehörigen fördern könne. Eine freie Gemeindeverfassung sei die Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik. Die Städteordnung von 1853 habe an Stelle des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Städteordnung von 1808 das Dreiklassenwahlrecht gesetzt. Die Rechte der Bürgerschaft seien zugunsten der Magistrate wesentlich beschränkt worden. Im letzten Jahrzehnt sei jedoch das Aufsichtsratsrecht vom Staate im großen und ganzen nicht zu streng gehandhabt worden, und die Entwicklung der Städte werde ihnen selbst überlassen. Leider mangle es der Bürgerschaft noch zu sehr am

Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten. Es sei als eine dringende Notwendigkeit zu bezeichnen, daß sich alle Stände der Bürgerschaft auf gemeinsamer Grundlage der Städteverfassung einigen. Auch mit der Sozialdemokratie sei eine Verständigung notwendig, insofern sie bei ihrem politischen Programm möglich sei. Wenn man auch das Frauenstimmrecht in Preußen in absehbarer Zeit noch nicht durchführen werde, so müßten doch die Städte jetzt schon bestrebt sein, aus der öffentlichen Tätigkeit der Frau Nutzen zu ziehen. Der Frau könnten Ehrenämter in der Waisenpflege, Armenpflege, Wohnungsinspektion usw. überwiesen werden. Bisher werde hiervon nur in zu beschränktem Maße Gebrauch gemacht. Die politischen Forderungen müßten auf eine Änderung des Wahlrechts abzielen. Prof. Loening erklärte sich aber gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, wie es für den Reichstag besteht, für die Gemeinde. An Stelle der öffentlichen müßte aber eine geheime Abstimmung treten. Auch eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes sei notwendig, und er schließt mit folgenden Worten: „Die großen Massen der Arbeiterschaft, die den Aufschwung der Städte veranlaßt haben, verlangen den Anteil ihrer Arbeit an den geschaffenen Gütern. Diese Forderung der sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.“ Über die Verfassung der süddeutschen Städte sprach Bürgermeister Prof. Dr. Walz-Heidelberg. Als die Wege der weiteren Städteentwicklung bezeichnet der Redner die Entlastung der Städte von der Erfüllung rein staatlicher Aufgaben und vor allem eine freiere Ausgestaltung des Finanzverwaltungsrechtes. Auch müßten alle Schranken beseitigt werden, welche, ähnlich der Vorschrift zur Zahlung eines hohen Bürgerein-

kommens, die minder bemittelten Klassen von einer aktiven Teilnahme am Gemeindeleben vollständig ausschließen.



Eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherung wurde mit Einführung der obligatorischen Unfallversicherung im Juli d. J. in Ungarn durchgeführt. Das bis jetzt bestehende Gesetz machte es oft ganz unmöglich, selbst das gesetzlich gewährleistete Mindestmaß der Unterstützungen zu bieten. Die neue Krankenversicherungsnovelle enthält folgende Bestimmungen: 1. Die Versicherung gegen Krankheit und Unfall wird auf der Grundlage des Zwangs durchgeführt. 2. Die Versicherungsinstitution wird zentralisiert. 3. Die Kranken- und Unfallversicherung wird in eine einzige Institution verschmolzen. 4. An die Stelle der im alten Kassengesetze zugelassenen Kassenzersplitterung tritt die Bezirkskrankenkasse als einziges lokales Versicherungsorgan. Neben ihr wird nur die Betriebs- (Fabrik-) kasse belassen. 5. Alle Fäden der Versicherung laufen in der neu organisierten „Landes-Arbeiter-Krankenversicherungs- und Unfallkasse“ zusammen. 6. Zur Schlichtung der aus dem Versicherungswesen entstehenden Streitigkeiten wird eine besondere richterliche Institution, das Arbeiterversicherungsamt, geschaffen.

Das neue Gesetz dehnt die Versicherungspflicht auch auf die dem Gewerbegericht nicht unterstehenden Beschäftigungsgruppen aus, ferner auf all jene Personen, die bei den mit der Landwirtschaft verbundenen Industrieunternehmungen, bei öffentlichen Kunst- und wissenschaftlichen Instituten und den Ämtern des Staates, der Stadtverwaltungen und öffentlichen Stiftungen angestellt sind. Eine Neuerung ist auch die obligatorische Unterstützung der Familien-

mitglieder der Versicherten durch unentgeltliche ärztliche Behandlung und Lieferung der Medikamente.

Die Unfallversicherung findet eine Ausdehnung in dem Sinne, daß als Betriebsunfälle auch diejenigen betrachtet werden, die den Arbeiter während eines häuslichen oder sonstigen Dienstes treffen. Die Rente beträgt bei totaler Arbeitsunfähigkeit 60 % des Jahreserwerbes, bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit eine entsprechende Quote.

Die Reform ist besonders dem Staatssekretär im kgl. ungarischen Handelsministerium, G. Szterenyi, zu verdanken, zu dessen Verdiensten die wissenschaftliche Klärung des Versicherungswesens in Ungarn gehört.



Unter dem Namen „**Weltgesellschaft des Weißen Kreuzes von Genf**“ hat sich in Genf eine neue Vereinigung gebildet. Der Zweck dieser Vereinigung besteht in der Zusammenfassung aller Arbeiten, die in der ganzen Welt auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose, des Krebses, anderer seuchenhafter und ansteckender Krankheiten und auch des Alkoholismus geleistet werden.



Das soeben eingeführte **Sonntagsruhegesetz in Portugal** sieht für eine ganze Anzahl von Berufen die Selbstbestimmung des Ruhetages vor. Berufe, denen durch Schließen am Sonntag ein zu schwerer Schaden zugefügt werden würde, bzw. deren Arbeit am Sonntag unbedingt notwendig ist, können durch einen Fachversammlungsbeschluß einen beliebigen Wochentag als Ruhetag bestimmen und dessen Anerkennung beantragen. Von dieser Regel wird auch ausgiebiger Gebrauch gemacht.



Zwei neue Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Trunksucht und Errichtung öffentlicher Trinkerheilanstalten sind im österreichischen Parlamente eingebracht worden. Der erste Entwurf will die Konzessionsverleihungen für den Alkoholverkauf einschränken. In Gemeinden bis zu 500 Einwohnern darf nur eine Konzession zum Ausschank und eine Konzession zum Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken, in größeren Gemeinden auf je 500 Einwohner höchstens eine Konzession zum Ausschank oder je eine Konzession zum Kleinverschleiß verliehen werden. Die neuen Bestimmungen wenden sich besonders gegen den Branntweinkleinhändler und verordnen, daß ein Handel mit gebrannten geistigen Flüssigkeiten in geschlossenen Gefäßen von weniger als 5 Litern allein von solchen Personen ausgeübt werden darf, welche eine Konzession zum Ausschank und Kleinverschleiß besitzen.

Wichtiger ist der zweite Entwurf, der sich mit der Errichtung öffentlicher Trinkerheilanstalten befaßt. Die Aufnahme in solch eine Anstalt soll nur auf Grund eines richterlichen Ausspruches oder bei freiwilligem Eintritte erfolgen. Um einer willkürlichen Beschränkung der persönlichen Freiheit entgegenzutreten, soll eine Antragstellung bzw. Verfügung von Verwandten zu diesem Zwecke allein nicht genügen. Ausgeschlossen von der Behandlung in Trinkerheilanstalten sind Personen, die an psychischen Störungen leiden, und solche, die während des Aufenthaltes in der Anstalt einer geistigen Störung oder dem Irrsinn verfallen. Der ununterbrochene Aufenthalt in einer Trinkerheilanstalt darf 2 Jahre nicht überschreiten. In jeder Anstalt muß für eine genügende Anzahl psychiatrisch vorgebildeter Ärzte gesorgt werden.

Diese Vorschläge, in Gesetze umgewandelt, würden eine bedeutsame Reform bedeuten.



Über die Nutzbarmachung militärärztlicher Untersuchungen für die Zwecke der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung. Bei der militärärztlichen Untersuchung lassen sich oft Krankheitserscheinungen konstatieren, die bei rascher, geeigneter Behandlung vollständig zu beseitigen, resp. so weit zu heilen sind, daß die Erwerbsfähigkeit der Kranken erhalten bleibt. Auf diese Weise kann man z. B. eine beginnende Tuberkulose bei einer Anzahl von Leuten einer geeigneten Heilbehandlung übergeben und manche Erkrankung der Ohren, Augen und Nerven, die den Patienten selbst nicht einmal klar sind, beheben. Auf dem militärischen Dienstaufsichtswege ist jetzt in Deutschland die Einrichtung getroffen worden, daß der Militärarzt unmittelbar nach der Untersuchung dem Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission mündliche Mitteilung über solche Stellungspflichtige macht. Dieser hat sie in eine besondere Liste aufzunehmen und für die geschäftliche Weiterbehandlung des Falles und Übermittlung an die untere Verwaltungsbehörde Sorge zu tragen. Die Invalidenversicherungsanstalt des Wohnortes, deren Marken für den betreffenden Versicherten verwendet worden sind, ist in erster Reihe zur Übernahme der Heilbehandlung verpflichtet, in Ermangelung eines Wohnortes entscheidet der Aufenthaltsort, und falls dort Versicherungsmarken nicht geklebt werden, ist die Versicherungsanstalt des letzten Beschäftigungsortes zuständig. Wenn das Eintreten einer Invalidenversicherungsanstalt nicht in Frage kommt und auch eine Krankenkasse nicht herangezogen werden kann, soll die Fürsorge eines Kom-

munalverbandes, einer Armenbehörde, Stiftung oder anderer Wohltätigkeitsvereine angerufen werden, unter Umständen eine Mitteilung an die Familie des Kranken erfolgen.



Ein Komitee für Krebsforschung. wird für Rußland geplant. Das deutsche Zentralkomitee für Krebsforschung hat sich an den russischen

Medizinalrat mit dem Vorschlag gewandt, in Rußland ein nationales Komitee zur Erforschung des Krebses zu bilden, welches der internationalen Gesellschaft für Krebsforschung sich angliedern könnte. Zur Ausarbeitung dieser Frage wurde eine Kommission gewählt, welche aus dem Direktor des Instituts für Experimentalmedizin, Professor Podwysotszki, und den Mitgliedern des Medizinalrates Professor Sirotinin und Dr. Trojanow besteht.



ARBEITERBEWEGUNG

E. R. PEASE, LONDON: AUS DER ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS IN ENGLAND.

E. R. Pease, der Sekretär der Fabian Society, wurde 1857 geboren. Er war kurze Zeitlang Mitglied der London Stock Exchange und zog sich dann seiner politischen Überzeugung wegen von dieser Tätigkeit zurück. Er arbeitete dann als Arbeitersekretär einer nordenglischen Gewerkschaft und wurde einer der Begründer der Fabian Society (1883). In der Zeit seit 1890 wirkte er als Sekretär an Stelle von Mr. Sidney Olivier, des gegenwärtigen Gouverneurs von Jamaika. Sein Hauptwerk ist: „Die Verstaatlichung des Schankgewerbes“. Viele der berühmten Fabiantraktate sind seiner Feder zu verdanken.



Im letzten Juli trat in einem entlegenen Wahldistrikt von Yorkshire anlässlich einer Nachwahl ein politisch bemerkenswertes Ereignis ein. Im Colnetal, einem alten Hochsitz des Liberalismus, war ein Sohn von John Bright als liberaler Kandidat aufgestellt. Aber er sowohl wie die Kandidaten der Konservativen wurden von dem Sozialdemokraten geschlagen, einem 25jährigen außerhalb des Distrikts noch vollkommen unbekannten Manne. 20 bis 30 Sozialisten saßen schon im Parlament. Aber sie waren samt und sonders entweder als Mitglieder der „Arbeiterpartei“ ins Parlament gelangt (also nicht bloß mit Hilfe der Sozialdemokraten, sondern auch mit Unterstützung der Trades-Unionisten), oder sie waren von den Liberalen selber als Kandidaten aufgestellt worden. Die sozialistische Gesinnung dieser Männer war zwar nicht verborgen, aber sie wurde eher „geduldet“, als daß sie von ihren Wählern ausdrücklich gebilligt wurde. Im vergangenen Juli nun wurde bei der Wahl im Jarrowbezirk, unter allgemeiner Aufregung in ganz England, ein ausgesprochener Sozialdemokrat von der „Arbeiterpartei“ in hartem Wahlkampf durchgedrückt. Er schlug drei Gegner, einen Liberalen, einen Altkonservativen (Tory) und einen Irländer (Homeruler). Während dieses Kampfes blieben die Vorgänge in dem kleinen Colnetaldistrikt unbeachtet. Der dortige Sozialdemokrat war ganz unbekannt.

Sein unerwarteter Sieg brachte einen überwältigenden Eindruck hervor. Ein junger Mensch ohne jeden Rückhalt, nichts als Bannerträger der roten Fahne konnte die Repräsentanten der vereinigten Liberalen und Konservativen schlagen! Die Arbeiterpartei und die Trades-Unionisten haben damit ihren Schrecken verloren, denn sie sind noch sehr mild im Vergleich mit Mr. Grayson, einem Sozialdemokraten „vom reinsten Wasser“. So kommt es, daß der „Sozialismus“ allgemeines Tagesgespräch ist, wie nie zuvor in England. Die volkstümliche Halbpennypressse ist voll davon. Die Monatsrevuen tischen ihren Lesern erstaunliche Aufsätze darüber auf. Vor allem wird das große Herbstereignis der Arbeiterpartei, der Trades-Unionistenkongreß, eifrig verfolgt; er ist die älteste und größte der drei großen englischen Arbeiterorganisationen, der Begründer der andern beiden. Sein Einfluß und seine Autorität überragen seine tatsächlichen Verdienste weitaus. Als seine Delegierten fungieren sowohl Trades-Unionisten, die zur Arbeiterpartei halten, wie eigentliche Sozialdemokraten, „Miners“. Diese sind schon in großer Anzahl im Parlament vertreten. Sie sind es, die zusammen mit einigen andern Gruppen ein Zusammengehen mit der „Arbeiterpartei“ verweigern. Daher ist die „Arbeiterpartei“ in sich zerspalten, und wenn es den andern Parteien gelingt, diese innere Zerklüftung aufrecht zu erhalten, dann ist der Tag ihres Sieges noch in weiter Ferne. Die bürgerliche Presse pflegt daher jede Phrase, die ein Trades-Unionist gegen die Miners vorbringt, mit gesperrten Lettern zu drucken, und jedes Votum wird in eine Niederlage der Arbeiterpartei umgedeutet. Aber die Trades-Unionsbewegung bildet nur die Vordergrundsperspektive. Ihre Führer haben sich in manchem harten Kampf als Männer bewährt. In der ewig wechselnden und fließenden Kombination der Politik blieben sie die Beamten der organisierten Arbeit. Der Präsident der Arbeiterpartei wird im nächsten Jahr Präsident des „parlamentarischen Komitees“, im dritten wird es der Schatzmeister der Föderation. Ja es kann einer sogar (wie es z. B. bei Mr. Peter Curran, dem Sieger im Jarrowdistrikt, der Fall ist) gleichzeitig als Präsident in der Föderation und als Vizepräsident in der Arbeiterpartei fungieren. Diese Gruppe von Männern, durch gemeinsame Interessen vereinigt, wird sich also kaum gegenseitig ernstlich schädigen.

Freilich halten einige Trades-Unionisten zur Arbeiterpartei, andere stehen als Liberale oder „Wilde“ außerhalb der Partei.

Die liberale Minorität unter den Trades-Unionisten wird sich früher oder später der Partei angliedern. Mr. W. C. Steadman, Parlamentsmitglied und gegenwärtig Sekretär des Kongresses, und noch ein andrer alter Sozialist sind die liberalen Vertreter von Finsbury. Man hat aber bereits beantragt, daß der Kongreßsekretär künftig nur als Kandidat der Arbeiterpartei ins Parlament eintreten kann. Es scheint, daß die radikalen Sozialdemokraten die Arbeiterpartei erobern wollen. Dringen sie durch, dann werden sie bald die Trades-Unions vollkommen absorbieren. Nach ein paar Jahren politischer Agitation werden sie streng geschlossen unter gemeinsamer Führerschaft auf das gemeinsame Ziel losgehen. Die „Organisation“ der Arbeit hat bei den „gelernten Branchen“ leichtes Spiel. Aber es gibt Branchen, die sich schlechterdings nicht organisieren lassen: Landarbeiter, die über weite Distrikte verteilt sind, schlechtbezahlte Frauen und Kinder, Heimarbeiter und ungelernte Arbeiter. Für diese Arbeiterkategorien muß man zu drastischeren Mitteln greifen, wenn man die Hungerlöhne, Überstunden und Frauen- und Kinderarbeit sanieren will. Hierin stimmen Sozialisten und Trades-Unionisten überein, auf dies Ziel steuern philanthropische Wohlfahrtspolitik und

Liberalismus hin. Aber Sparsamkeit, Enthaltksamkeit, kleine Familien und regelmäßiger Kirchenbesuch mögen nun gut oder schlecht sein, — sie werden nie dazu beitragen, daß genug Nahrung und Kleidung beschafft wird für Landarbeiterhaushalte, die mit 10 Schilling pro Woche bestritten werden, oder für kinderreiche Witwen, die nicht mehr als fünf oder sechs Schilling Wochenlohn in Knopffabriken oder Konfiturenfabriken erhalten können. So wird denn immer dringlicher die Forderung des Minimallohns laut. Zwei Heilmethoden werden vorgeschlagen. Die eine wird bereits in Neuseeland angewandt, wo jeder Lohnstreit vor einem Schiedsgericht beigelegt werden muß und jede kleinste Gruppe schlechtbezahlter Arbeiter auf ihren Wunsch einen Schiedsspruch betreffs besserer Löhnung und kürzerer Arbeitszeit erlangen kann.

Nun sind aber unglücklicherweise gerade die großen Organisationen der „gelernten Branchen“ in England gegen das Zwangsschiedsverfahren. Jahrum Jahr wird es vorgeschlagen und vom Trades-Unionskongresse abgelehnt. Sie glauben unabwiesbare Gründe gegen dies Verfahren zu besitzen. Sie sind sich gewiß, durch ihre eigene Macht die Arbeitgeber in Schach halten zu können, und wünschen keine Einmischung etwa unsympathischer Schiedsrichter. Die arme Hausindustrie kann aber ohne Hilfe der großen Trades-Unions das Zwangsschiedsgericht nicht durchsetzen. Das zweite Heilmittel ist schon seit Jahren in Victoria wirksam. Dort werden Lohnkommissionen aus Arbeitgebern und -nehmern gebildet. Diese müssen die Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen miteinander vereinbaren. Diese Institution versucht also auf dem direkten Wege das „Sweatingsystem“ aus der Welt zu schaffen. Unterbezahlung und Überzeit ist ungesetzlich und straffällig. Man versichert, daß diese Gesetzgebung, genau wie die neuseeländische, vollkommen ihren Zweck erfülle. Die victorianische Methode läßt jedoch mancherlei Einwände offen. Man hat betont, daß das Mindestmaß der Löhnung von Arbeitgebern und -nehmern willkürlich festgesetzt werden kann; die gesamte Marktlage ist aber zu berücksichtigen, wenn nicht eine der beiden Parteien die gesamte Industrie schädigen will, von der doch beide zu leben haben. Es gibt nun aber einige Branchen, die wie die Parasiten ganz „aus sich selbst“ leben und ihre Löhne ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Weltlage bestimmen können. Solche Branchen müssen im Interesse der Volksgesundheit schlechterdings ausgemerzt werden. Der Minimallohn darf eben nicht nach den Bedürfnissen einer einzelnen Arbeitsklasse vereinbart werden, sondern nur gemäß der Durchschnittskosten für Nahrung, Wohnung und alle andern Lebensbedürfnisse. Der Mindestlohn darf auch nicht durch den faktischen Höchstbetrag bestimmt werden, den die betreffende Industrie schließlich zahlen kann. Er muß vielmehr fixiert werden gemäß dem nötigen Existenzminimum, dessen der Arbeiter zum gesunden und sittlichen Leben bedarf.



JOHN C. CHASE, NEW YORK: ARBEITER- BEWEGUNG UND SOZIALISMUS IN AMERIKA.

Chase, New York, ehemals Schuhmacher von Beruf und Trades-Unionist, eifriges Mitglied der sozialistischen Partei Massachusetts, wurde als Führer der Partei in seiner Vaterstadt Haverhill zu deren Bürgermeister gewählt, der erste Sozialist, der in Amerika zum Leiter einer großen Stadtgemeinde berufen wurde. Er führte bedeutende soziale und demokratische Reformen durch, übersiedelte später nach New York, war Kandidat der Partei für den Posten eines Gouverneurs des Staates und leitet die Parteioorganisation des Staates New York.



IE amerikanische Arbeiterbewegung ist, im ausgesprochenen Gegensatz zur sozialistischen Bewegung, durchaus konservativer Natur. Viele Jahre hindurch stand die amerikanische Arbeiterbewegung unter den Auspizien ultrakonservativer Politik. Ja, das Wort „konservativ“ sagt zu wenig, um die Wesensnatur mancher Führer der großen amerikanischen Arbeiterbewegung richtig zu kennzeichnen. Man bezeichnete sie nicht mit Unrecht als „katilinarische Existenzen“ („crookeds“), als simple Stellenjäger und Ehrgeizpolitiker usw. Die Führer der meisten nationalen Arbeiterorganisationen sind auch heute noch Verfechter der konservativen Doktrinen der Schiedsämter, des dreimalheiligen „Arbeitskontrakts“ und ähnlicher Institutionen. Diese Führer sind auch häufig Mitglieder der gut bürgerlichen Koalitionsringe, die sich aus Advokaten, Politikern, Universitätsprofessoren, Geistlichen usw. zusammensetzen pflegen. Beständig predigen diese Arbeiterführer ihrer Gefolgschaft, daß bei derartigen bürgerlichen Organisationen alle Nöte am besten aufgehoben seien.

Andererseits aber hat der Kapitalismus unaufhörlich an der Vernichtung der Arbeiterorganisation gearbeitet. Erst kürzlich wurde in New York eine Arbeitgeberföderation gebildet, die sich das Ziel setzt, mit den abhängigen Gewerkschaftsmitgliedern fertig zu werden. Diese Föderation will im ganzen Lande Arbeitsnachweisbureaus organisieren, die im gegebenen Fall Streikbrecher vermitteln. Über die organisierten Arbeitgeber werden Register geführt. Das ist ein entschiedener Versuch, Arbeitergesetzgebung und Arbeiterschutzgesetze zu unterdrücken.

Während die Arbeiterführer ihre organisierte Gefolgschaft vor dem Konservatismus zu warnen beginnen, lassen die Unternehmer kein politisches Mittel unversucht, um jeden organisierten Vorstoß der Arbeiterschaft, jede Bemühung um bessere Lebensbedingungen niederzuhalten. — Die Preise für Eisen, Bauholz, Glas, Kohle und andere Rohmaterialien sind noch beständig im Steigen. Für den kleinen Mann wird es immer schwerer, irgendwelchen Gewinn zu erzielen. So bleibt ihm nichts als der Versuch, auf dem Wege der Genossenschaftsbildung seine Arbeitsverhältnisse aufzubessern und die „Klinke der Gesetzgebung“ in die Hand zu bekommen.

Im Westen tobt der große Kampf zwischen der Koalition der Minenbesitzer und jener der Minenarbeiter. Die Regierungen von Colorado und Idaho stehen auf Seite der Eigentümer. Dieser Kampf, in dem man die Führer der westlichen Arbeitergewerkschaften auf dem Wege der Gesetzgebung mundtot zu machen versucht, ist nur die natürliche Fortsetzung des langen bitteren Kampfes, der in den Rocky-Mountain-Staaten zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse entbrannt ist. Die Verfolgung von vielen hundert Trades-Unionisten und die gerichtliche Belangung ihres Führers Haywood auf Betreiben der Assoziationen der Minenbesitzer beweist,

zu was für Mitteln der Kapitalismus in dem Kampf der beiden Klassen um die Suprematie in den Vereinigten Staaten greift. Die Verurteilung Haywoods war der stärkste Schlag, der gegen die Gewerkschaften geführt wurde. Sie bildet den schwersten Vorwurf gegen den Präsidenten Roosevelt, der Haywood als ein „nicht zu duldendes Staatselement“ denunzierte, noch ehe sein Prozeß stattgefunden hatte. Vor allem ist dieser Prozeß als Reaktion auf die Anstrengungen der organisierten Sozialdemokraten in Amerika zu betrachten. Nur weil der organisierte Sozialismus und die sozialistische Presse unermüdliche Anstrengungen machten und die Arbeiterschaft beständig dazu anspornten, die Sache der westlichen Minenarbeitergewerkschaften zu unterstützen, sind die Minenbesitzer mit ihren Forderungen schließlich doch nicht durchgekommen. Haywood wäre zweifellos aufgeknüpft worden, wenn nicht die gesamte sozialistische Presse Amerikas fortwährend ihren Protest verkündet hätte.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat nun, obwohl sie im großen und ganzen konservativ gesinnt und noch wenig auf den Sozialismus eingeschult ist, gleichwohl die sozialistische Theorie in Bausch und Bogen bereits akzeptiert. Die Bedingungen des kommerziellen und industriellen Lebens werden sich ganz von selber nachgerade so zuspitzen, daß die sozialistischen Prinzipien in absehbarer Zeit von einer wachsenden Anzahl Menschen begriffen und anerkannt werden. Von Zeit zu Zeit kündete die sozialistische Presse bereits an, daß früher oder später amerikanische Unternehmerkartelle aufkommen würden. Diese Prophetie der Sozialisten ist nun tatsächlich eingetroffen. Einfach darum, weil die natürliche Logik der Entwicklung die kapitalistische Gesellschaft dahin geführt hat.

In keinem andern Lande der Welt kann man eine so rasche Konzentrierung der industriellen und kommerziellen Kapitalien beobachten. Es ist nur natürlich, daß Kapitalist wie Arbeiter ihre Kampforganisationen bis zur höchsten Vollkommenheit ausfeinen. Eben darum aber deutet die Zukunft auf einen furchtbaren Kampf zwischen beiden Prinzipien. Schon heute sehen wir, daß Arbeiterbewegung und Sozialismus in den Vereinigten Staaten gewaltige Fortschritte machen.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

AUS PORTUGALS UNIVERSITÄTSLEBEN.



IN den Bestrebungen der Männer der Wissenschaft, besonders bei den modernsten, zeigt sich bei uns ein lebhafter Umschwung. Es ist ein unverkennbarer Rassenfehler, daß wir stets zur Begeisterung für Ideen bereit sind, ohne sie in Taten umzusetzen. In dieser Beziehung macht sich jetzt aber eine Besserung fühlbar. Ein Symptom dafür ist die letzte Bewegung gegen unsere veraltete Universitätsorganisation, in der die Studenten sich mit Unterstützung aller Schüler aus anderen

Schulen gegen die veralteten Unterrichtsmethoden auflehnten. Der Versuch mißglückte, ist aber deshalb von nicht geringerer Bedeutung.

Man hat, bevor man zum Sieg gelangte, ein ganzes Ministerium absetzen, großen Einfluß gewinnen und eine starke Pression auf die Studierenden und deren Väter ausüben müssen. Die Zeitungen und die öffentliche Meinung haben leidenschaftlich Partei ergriffen, und es ist dabei klar zutage getreten, daß eine radikale Umwälzung der Unterrichtsmethode dringendes Bedürfnis ist. Nachdem diese Ideen erst einmal um sich gegriffen haben, wird man auch eines Tages an ihre Ausführung gehen.

Portugal hat einen gewaltigen Feind, den „Analphabetismus“. Statistische Berichte behaupten, daß 80 % der Bevölkerung ohne jeden selbst den dürftigsten Unterricht aufwachsen.

„L'Associação das Escolas Moveis“ (die Vereinigung beweglicher Schulen) soll durch Vergrößerung des bestehenden Lehrkörpers und durch Schaffung einer festeren Basis für den Unterricht reformiert werden.

Es haben sich neue Unterrichtsvereinigungen gebildet, wie die „Liga Nacional d'Instrução“ (die nationale Unterrichtsvereinigung), deren Aufgabe im Zusammenfassen der vereinzelter Bestrebungen liegen soll.

Die Republikaner, die seit langer Zeit ganz in der Politik allein aufgingen, fangen an einzusehen, welche große Verantwortung sie tragen und beschäftigen sich jetzt mehr mit der volkstümlichen Belehrung.

„L'Associação das Escolas Moveis“ ist gegründet, um für die Methode des größten Dichters und Pädagogen Portugals, João de Deus, Propaganda zu machen.

Diese Vereinigung will nur die Belehrung des Kindes, Abendkurse für Erwachsene werden nur ausnahmsweise gehalten.

Das Programm der „Liga Nacional Instrução“ ist umfassender und wendet sich vorzugsweise an die Arbeiter. Sie hat mit der Gründung einer unter Theophile Bragas Leitung stehenden Volksuniversität angefangen und halten, ohne für ihre Volksuniversität einen festen Sitz zu haben, Vorlesungen in Arbeiterversammlungen. Die Liga will ferner öffentliche Vorträge und regelmäßige Vorlesungen halten und Volks- und ambulante Bibliotheken gründen. Diesem umfassenden Programm werden sich wohl, bevor man dafür Verständnis bekommt, große Schwierigkeiten entgegenstellen, denn die Portugiesen sind ein starrköpfiges Volk.

Eine bessere Zukunft kann man wohl der „Escola Livre“, der Freien Schule, die sich in diesem Jahr in Coimbra gebildet hat, verheißen. Die Gruppe, zu der auch Arbeiter gehören, erstrebt die Errichtung einer ganz neuen Schule, die auf der Methode des umfassenden Unterrichts und Koedukation der Geschlechter aufgebaut ist. Das ist in dieser Weise für Portugal eine absolute Neuerung, und der erste energische Versuch, die Schwierigkeiten, denen der Volksunterricht bis jetzt überall begegnet ist, zu heben. Die unseligen Verhältnisse haben es den Vätern bis jetzt unmöglich gemacht, ihre Söhne zur Schule zu schicken. Die „Escola Livre“ aber will die Söhne der Arbeiter übernehmen und ihnen Kost, Logis und Kleidung liefern. Es gibt eine Menge, ja fast zuviel Köpfe, die sich dafür interessieren, so daß die Kräfte sich zersplittern. Ihre Bestrebungen aber werden trotzdem den sehr charakteristischen Zug der neuen portugiesischen Generation tragen.



CHRONIK

EINE neue biologische Station ist auf der zur Bermudasgruppe gehörigen Insel Agar entstanden, die hierfür vortrefflich geeignet ist, weil sie als nördlicher Vorposten der Riffe bildenden Korallen eine kleine Welt für sich darstellt und entfernter vom Festland als irgend eine andere Insel des Atlantischen Ozeans liegt. Das Meer rings um die Bermudasinseln ist überall von bedeutender Tiefe und enthält eine selten reiche Fauna und Flora, auch zeichnet sich das Wasser durch eine große Durchsichtigkeit aus, und da der Meeresboden meistens aus Korallenriffen besteht, trägt dessen weiße Farbe dazu bei, die Tiere und Pflanzen des Meeres hervortreten zu lassen. Als Gebäude des Instituts wurden von der englischen Regierung zu günstigen Bedingungen die früheren Magazine für Kriegsvorräte zur Verfügung gestellt. Ein ehemaliges Pulvermagazin ist zum Aquarium umgebaut worden, in dem die Wasserbehälter durch Glaswände von den Studienräumen getrennt sind. In den Behältern ist Platz für die größten Fische, die in den Gewässern zwischen den Inseln vorkommen. Einige dieser Fische sollen bis jetzt noch niemals zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden sein. Die Leiter der Station sind Dr. E. L. Mark von der Harvard-Universität und Dr. Charles L. Bristol von der Universität in New York.



Eine internationale Krebsausstellung soll im September 1908 in Verbindung mit dem II. internationalen Chirurgenkongreß in Brüssel stattfinden und ein umfassendes Bild des Standes der Krebsforschung geben. Die Ausstellung soll folgende Gegenstände umfassen: Krebspräparate, die Belehrung bieten, namentlich etwa durch das örtliche Auftreten oder mit

Bezug auf die Verbreitungswege; Präparate oder Abbildungen der Ergebnisse von Krebsoperationen; anatomische Präparate der Lymphwege und Lymphknoten einzelner Körpergebiete; statistische Wandtafeln über die mit der Behandlung von Krebs erzielten dauernden Erfolge; über die Häufigkeit des Krebses und seine Umwandlung in den verschiedenen Organen des Körpers, über seine Verbreitung in den einzelnen Ländern mit Berücksichtigung sog. Krebsnester und der Stammbäume von Familien, in denen der Krebs bei mehreren Geschlechtern aufgetreten ist; Pläne und sonstige Angaben von Instituten und Krankenhäusern, die sich insbesondere mit der Erforschung und Behandlung der Krankheit beschäftigen; Material zur Agitation für eine frühzeitige Behandlung des Krebses.

Einen neuen Vorschlag einer internationalen Hilfssprache macht Dr. C. Beermann in „Die internationale Hilfssprache Novilatin“, Leipzig, Dieterich, 1907, 211 S. Beermann benutzt als Grundlage seiner Hilfssprache das Lateinische, wodurch er sich den Vorteil verspricht, daß Novilatin kein künstliches Gebilde, sondern ein entwicklungsfähiger Organismus werden würde. Novilatin setzt sich zusammen: aus internationalen Ausdrücken, aus lateinischen Ausdrücken, aus Wörtern der europäischen Hauptsprachen und schließlich aus selbständigen Bildungen, die nach dem Muster der Natursprachen erfolgen. Zu den Neubildungen gehören auch Zusammensetzungen. Die äußere Form ist mit geringen Veränderungen die des klassischen Lateins. Jedem Laut kommt ein einziges Zeichen, jedem Zeichen ein einziger Laut zu. Der Unterschied des Novilatin von den bestehenden Hilfssprachen, wie Vola-

pük und Esperanto, besteht nach der Meinung des Verfassers darin, daß Novilatin mehr der Forderung des Internationalismus entspricht.



Der Katalog des Internationalismus. Zur besseren Übersicht dessen, was auf dem Gebiet des Internationalismus an Vereinen, Kongressen, Wettbewerben, Preisen usw. interessiert, hat das vorbereitende Bureau der „Stiftung des Internationalismus“ im Haag (van Lennepweg 16) einen von Zeit zu Zeit zu verbessernden und zu ergänzenden Katalog in der Form des Kartensystems geschaffen. Unter der Rubrik „Friede und gemeinsames Streben“ ist unter Benutzung des „Annuaire de la vie internationale“, der vom „Bureau international permanent de la paix“ zu Bern herausgegebenen Liste, und mit Unterstützung des Internationalen Instituts für Sozial-Bibliographie (Berlin W. 50) der erste Teil dieses Kataloges in der Nummer 2 der „Revue für Internationalismus (Verlag Maas & van Suchtelen, Amsterdam) erschienen. Sie enthält 37 Nummern.



Die Erfindung der Herstellung von koffeinfreiem Kaffee ist gelungen und das Produkt ist im Handel. Nach einem Verfahren, das in den meisten Kulturstaaen bereits patentiert ist, wird den rohen Kaffeebohnen das Koffein entzogen. Dieser Kaffee weist bei einem absoluten Fehlen des Koffeins nur geringe Mengen physiologisch stark wirksamer Stoffe auf, und Experimente und klinische Versuche haben seine vollständige Unschädlichkeit für Herz-, Nerven- und Magenleidende ergeben.



Der Kampf gegen die Malaria. Seit man des Sumpffiebers Herr geworden ist, besteht Aussicht, uner-

meßliche brach liegende Landstrecken, nutzbar zu machen. Das ist eines der glänzendsten wertvollsten Resultate der Bakteriologie.

Ein soeben erschienenen Buch: „Sumpffieber und Stechmücken“ von Dr. Pressat berichtet, wie man im Lauf weniger Monate eine so wichtige Stadt wie Ismailia in Ägypten assanieren konnte.

Es ist bekannt, daß das Sumpfo- oder Wechselfieber durch den Stich einer Mücke verursacht wird, die dem Blut einen Parasiten (Hämatozoon) inokuliert, den sie ihrerseits wiederum von einem bereits am Sumpffieber Erkrankten überkommen hat. Es handelt sich also vor allem darum, diese Stechmücken zu vernichten. Ihre Larven nun leben in stagnierenden Gewässern; aber sie müssen zum Atemholen häufig an die Oberfläche kommen. Schüttet man Petroleum auf die Oberfläche des Wassers, so ersticken die Larven. Zudem aber hat man Sorge zu tragen, daß man nicht in Blumenvasen, Kübeln, Geschirren usw. das infizierte Wasser konserviert. Man muß das auf Geflügelhöfen verwendete Wasser möglichst oft wechseln, denn in allen derartigen Behältern entwickelt sich die sog. Anopheles. Sehr nützlich ist es, in solchen Behältern Rotfische, zu halten, weil sie die Larven der Mücke vernichten.

In zweiter Linie muß man die Einwohner vor den Moskitostichen schützen. Das erreicht man durch Ausspannen eines feinen Drahtgeflechts vor Fenstern, Türen und allen Ausgängen des Hauses. Wenn die Maschen des Netzes so eng sind, daß die Stechmücke nicht hindurch fliegen kann, so sind die Menschen genügend geschützt.

Endlich ist es wichtig, als Vorbeugungsmittel Chinin (0,25 cg Chinin täglich genügen) einzunehmen.

Wenn der Erkrankte dann auch wirklich von der Anopheles gestochen

CHRONIK

EINE neue biologische Station ist auf der zur Bermudasgruppe gehörigen Insel Agar entstanden, die hierfür vortrefflich geeignet ist, weil sie als nördlicher Vorposten der Riffe bildenden Korallen eine kleine Welt für sich darstellt und entfernter vom Festland als irgend eine andere Insel des Atlantischen Ozeans liegt. Das Meer rings um die Bermudasinseln ist überall von bedeutender Tiefe und enthält eine selten reiche Fauna und Flora, auch zeichnet sich das Wasser durch eine große Durchsichtigkeit aus, und da der Meeresboden meistens aus Korallenriffen besteht, trägt dessen weiße Farbe dazu bei, die Tiere und Pflanzen des Meeres hervortreten zu lassen. Als Gebäude des Instituts wurden von der englischen Regierung zu günstigen Bedingungen die früheren Magazine für Kriegsvorräte zur Verfügung gestellt. Ein ehemaliges Pulvermagazin ist zum Aquarium umgebaut worden, in dem die Wasserbehälter durch Glaswände von den Studienräumen getrennt sind. In den Behältern ist Platz für die größten Fische, die in den Gewässern zwischen den Inseln vorkommen. Einige dieser Fische sollen bis jetzt noch niemals zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden sein. Die Leiter der Station sind Dr. E. L. Mark von der Harvard-Universität und Dr. Charles L. Bristol von der Universität in New York.



Eine internationale Krebsausstellung soll im September 1908 in Verbindung mit dem II. internationalen Chirurgenkongreß in Brüssel stattfinden und ein umfassendes Bild des Standes der Krebsforschung geben. Die Ausstellung soll folgende Gegenstände umfassen: Krebspräparate, die Belehrung bieten, namentlich etwa durch das örtliche Auftreten oder mit

Bezug auf die Verbreitungswege; Präparate oder Abbildungen der Ergebnisse von Krebsoperationen; anatomische Präparate der Lymphwege und Lymphknoten einzelner Körpergebiete; statistische Wandtafeln über die mit der Behandlung von Krebs erzielten dauernden Erfolge; über die Häufigkeit des Krebses und seine Umwandlung in den verschiedenen Organen des Körpers, über seine Verbreitung in den einzelnen Ländern mit Berücksichtigung sog. Krebsnester und der Stammbäume von Familien, in denen der Krebs bei mehreren Geschlechtern aufgetreten ist; Pläne und sonstige Angaben von Instituten und Krankenhäusern, die sich insbesondere mit der Erforschung und Behandlung der Krankheit beschäftigen; Material zur Agitation für eine frühzeitige Behandlung des Krebses.

Einen neuen Vorschlag einer internationalen Hilfssprache macht Dr. C. Beermann in „Die internationale Hilfssprache Novilatin“, Leipzig, Dieterich, 1907, 211 S. Beermann benutzt als Grundlage seiner Hilfssprache das Lateinische, wodurch er sich den Vorteil verspricht, daß Novilatin kein künstliches Gebilde, sondern ein entwicklungsfähiger Organismus werden würde. Novilatin setzt sich zusammen: aus internationalen Ausdrücken, aus lateinischen Ausdrücken, aus Wörtern der europäischen Hauptsprachen und schließlich aus selbständigen Bildungen, die nach dem Muster der Natursprachen erfolgen. Zu den Neubildungen gehören auch Zusammensetzungen. Die äußere Form ist mit geringen Veränderungen die des klassischen Lateins. Jedem Laut kommt ein einziges Zeichen, jedem Zeichen ein einziger Laut zu. Der Unterschied des Novilatin von den bestehenden Hilfssprachen, wie Vola-

pük und Esperanto, besteht nach der Meinung des Verfassers darin, daß Novilatin mehr der Forderung des Internationalismus entspricht.



Der Katalog des Internationalismus. Zur besseren Übersicht dessen, was auf dem Gebiet des Internationalismus an Vereinen, Kongressen, Wettbewerben, Preisen usw. interessiert, hat das vorbereitende Bureau der „Stiftung des Internationalismus“ im Haag (van Lennepweg 16) einen von Zeit zu Zeit zu verbessernden und zu ergänzenden Katalog in der Form des Kartensystems geschaffen. Unter der Rubrik „Friede und gemeinsames Streben“ ist unter Benutzung des „Annuaire de la vie internationale“, der vom „Bureau international permanent de la paix“ zu Bern herausgegebenen Liste, und mit Unterstützung des Internationalen Instituts für Sozial-Bibliographie (Berlin W. 50) der erste Teil dieses Kataloges in der Nummer 2 der „Revue für Internationalismus (Verlag Maas & van Suchtelen, Amsterdam) erschienen. Sie enthält 37 Nummern.



Die Erfindung der Herstellung von koffeinfreiem Kaffee ist gelungen und das Produkt ist im Handel. Nach einem Verfahren, das in den meisten Kulturstaaten bereits patentiert ist, wird den rohen Kaffeebohnen das Koffein entzogen. Dieser Kaffee weist bei einem absoluten Fehlen des Koffeins nur geringe Mengen physiologisch stark wirksamer Stoffe auf, und Experimente und klinische Versuche haben seine vollständige Unschädlichkeit für Herz-, Nerven- und Magenleidende ergeben.



Der Kampf gegen die Malaria. Seit man des Sumpffiebers Herr geworden ist, besteht Aussicht, uner-

meßliche brach liegende Landstrecken, nutzbar zu machen. Das ist eines der glänzendsten wertvollsten Resultate der Bakteriologie.

Ein soeben erschienenen Buch: „Sumpffieber und Stechmücken“ von Dr. Pressat berichtet, wie man im Lauf weniger Monate eine so wichtige Stadt wie Ismailia in Ägypten assanieren konnte.

Es ist bekannt, daß das Sumpffieber oder Wechselfieber durch den Stich einer Mücke verursacht wird, die dem Blut einen Parasiten (Hämatozoon) inokuliert, den sie ihrerseits wiederum von einem bereits am Sumpffieber Erkrankten überkommen hat. Es handelt sich also vor allem darum, diese Stechmücken zu vernichten. Ihre Larven nun leben in stagnierenden Gewässern; aber sie müssen zum Atemholen häufig an die Oberfläche kommen. Schüttet man Petroleum auf die Oberfläche des Wassers, so erstickt die Larven. Zudem aber hat man Sorge zu tragen, daß man nicht in Blumenvasen, Kübeln, Geschirren usw. das infizierte Wasser konserviert. Man muß das auf Geflügelhöfen verwendete Wasser möglichst oft wechseln, denn in allen derartigen Behältern entwickelt sich die sog. Anopheles. Sehr nützlich ist es, in solchen Behältern Rotfische, zu halten, weil sie die Larven der Mücke vernichten.

In zweiter Linie muß man die Einwohner vor den Moskitostichen schützen. Das erreicht man durch Ausspannen eines feinen Drahtgeflechts vor Fenstern, Türen und allen Ausgängen des Hauses. Wenn die Maschen des Netzes so eng sind, daß die Stechmücke nicht hindurchfliegen kann, so sind die Menschen genügend geschützt.

Endlich ist es wichtig, als Vorbeugungsmittel Chinin (0,25 cg Chinin täglich genügen) einzunehmen.

Wenn der Erkrankte dann auch wirklich von der Anopheles gestochen

wird, so kann er doch keine Hämatozoen entwickeln und die Krankheit nicht fortpflanzen.

Durch solche Vorsichtsmaßregeln brachte man in Ismailia die Fieber-epidemie in wenigen Monaten fast vollkommen zum Erlöschen. Vom ökonomischen Standpunkt erscheint besonders erwähnenswert, daß diese Immunisierung der Stadt Ismailia mit einer Desinfektionstruppe von nur 4 Mann bewerkstelligt worden ist. Man verausgabte dafür nicht mehr als einige tausend Frank. Dagegen gewann dabei die Suezkanal-gesellschaft außerordentliche Vorteile, indem das Budget für Unterbringung und freie Verpflegung in den Hospitälern verringert wurde und ebenso die Summe, die den Angehörigen erkrankter Arbeiter als Schadenersatz bisher gezahlt werden mußte.

Prof. Dr. Felix Régnault, Paris.



Populärchirurgie. Über den Mangel chirurgischer Hilfe auf dem Lande und in Armendistrikten wird viel geklagt. Vorschläge zur Beseitigung dieses Mangels macht Dr. Rebreyend in Calais in einem kleinen Werke: „Unterleibschirurgie in Arbeitervierteln“. Das Buch ist ein Sympton einer ganz neuen Entwicklung. Sein Verfasser hat in den allerärmlichsten Umgebungen mit Erfolg Eierstocks-, Gebärmutter- und Tubenexstirpationen, ebenso Myomektomien und Magenresektionen mit bestem Erfolge ausgeführt. Zum Operationsraum diente ihm die Küche; der Ausguß zur Entleerung gebrauchten Wassers, die Kücheneinrichtung lieferte ihm einen großen Teil des notwendigen Instrumentariums. Kochnäpfe und lange Platten nahmen seine Zangen auf. Im Kessel kochte er seine Instrumente. Er bringt sein Operationsmaterial mit und operiert auf zwei aneinander gerückten Tischen. Das heiße Wasser

läßt er von seinen Patienten selber bereiten. Dr. Rebreyend benötigt somit lediglich eines Assistenten zur Chloroformnarkose. Er verzeichnet zahlreiche Erfolge. Er behauptet, daß der Chirurg in seinen Ansprüchen bescheidener werden müsse. Es sei nicht richtig, einem Tagelöhner das Leben zu retten und durch die hohen Kosten ihn und die Seinen in Armut und Elend zu stürzen. Eine ähnliche Praxis wird heute bereits von vielen Landärzten ausgeübt. Die Chirurgie wird sozusagen demokratisiert. Die chirurgischen Spezialisten freilich verwahren sich dagegen, daß Operationen in jedem beliebigen Milieu ausgeführt werden dürfen. Es dürfte, so erklären sie, derartiges nur im äußersten Notfalle geschehen; denn in eigens hergerichteten, mit allen notwendigen Instrumenten ausgestatteten Operationssälen werden stets weit größere Erfolge zu verzeichnen sein.

Hier wäre ein neuer Vorschlag zu machen. Der Chirurg könnte eine Art Autobus besitzen, der im Innern einen vollständigen Operationssaal enthält. In ihm könnte er zu seinen Patienten fahren und ganz mit eigenen Instrumenten arbeiten. Damit würden sich im 20. Jahrhundert jene berühmten Operationen der Brüder Cowe und anderer Operateure erneuern, die schon im 14. Jahrhundert Blasensteine operierten, indem sie von Stadt zu Stadt fuhren und den Steinschnitt ausführten.



Eine neue Form des Buches. R. Goldschmidt und Paul Otlet entwerfen den Plan, dem Buche eine neue äußere Form zu verleihen. Die heutige Form des Buches leide an großen Mängeln: es sei zu schwer und zu voluminös, seine Form sei zu verschiedenartig, sein Preis zu hoch. Für die äußere Ausgestaltung des Buches seien Forderungen zu stellen, wie: ein bescheidenes Volumen und

Gewicht, eine gleichgroße Form, ein unveränderliches Material, ein mäßiger Preis; das Buch müsse leicht aufzubewahren sein, sein Gebrauch dürfe keine äußeren Schwierigkeiten bieten, seine Produktion müsse, der Nachfrage folgend, beliebig gesteigert werden können. All diese Bedingungen soll nun das mikrophotographische Buch erfüllen. Die Herstellung besteht im wesentlichen darin, daß man von jeder Seite des Buches eine ganz kleine photographische Abbildung anfertigt. Beim Lesen werden dann die Platten vor einen Vergrößerungsapparat gesetzt. Die Platten müssen international ein gleiches Format erhalten und aus feuersicherem und widerstandsfähigem Material hergestellt werden. Erste Bedingung der Reproduktion ist Reinheit der Schrift, was bei dem heutigen Stande der photographischen Technik wohl möglich ist. Die Vergrößerung muß keine technischen Schwierigkeiten darstellen. Auch die Aufbewahrung einer Bücherei würde auf diese Weise bedeutend erleichtert. Die einzelnen Platten würden wenig Platz einnehmen und könnten leicht in Schränken aufbewahrt werden. Durch das mikrophotographische Verfahren soll auch der Preis des Buches bedeutend reduziert werden können. Während heute ein Druckband von 336 Seiten nicht weniger wie 5 Franks kostete, würden sich bei dem photographischen Verfahren die Herstellungskosten auf 0,8—1 Frank ermäßigen. Näheres führen die Autoren im Bulletin de l'Institut international de bibliographie No. 1—3 an.

Die Ausnutzung der Kraft von Ebbe und Flut für technische Zwecke erstrebt eine hamburgische Gesellschaft, welche neuerdings in Cuxhaven ein Terrain von 350 000 Quadratmetern angekauft hat, um dort

Anlagen zu diesem Zwecke zu bauen. Die neuen Anlagen in Cuxhaven sollen nach einem neuen Verfahren des Ingenieurs Pein gebaut werden und zum ersten Male in wahrhaft großem Maßstabe die Versuche anstellen, inwieweit es möglich ist, die im Meere verborgene ungeheure Kraft der Industrie dienstbar zu machen.



Die Errichtung einer hydro-elektrischen Zentrale wird zurzeit am elsässischen Oberrhein projektiert, durch die die Energie des Rheins von Basel bis Alt-Breisach ausgenutzt werden soll. Nach Berechnungen ließen sich auf dieser Strecke durchschnittlich 150 000 PS. gewinnen, wodurch der gesamte Energiebedarf des Bezirkes sich reichlich decken ließe. Nach dem Projekte soll etwa 6 km von der Schweizer Grenze durch das Rheinbett ein Stauwehr erbaut werden, das den Spiegel des Niederwassers um 4 m hebt. 350 m oberhalb des Stauwehrs zweigt auf elsässischer Seite der Wehrkanal ab. Durch die Anordnung des Wehrs und die vorgesehene Länge des Kanals soll bei der vorhandenen kleinsten Wassermenge von 250 qbm pro Sekunde eine Leistung von etwa 32 000 PS. erzielt werden. Das Turbinenhaus, ein 144 m langer quer über dem Wehrkanal errichteter Bau soll 12 Reaktionsturbinen System Francis fassen. Vier kleine Turbinen treiben die Erregermaschinen. Die Bauzeit für die Anlage ist auf 3 Jahre vorgesehen; die Gesamtkosten sind auf 35 Millionen Mark veranschlagt.

In einer Denkschrift an den Landesausschuß hat die elsäß-lothringische Regierung Stellung zu dem Projekte genommen. Sie will, mit Rücksicht auf den großen Kostenaufwand, privaten Unternehmern die Bauerlaubnis erteilen mit einer Gewährung der Konzession auf 70 Jahre.

Nach dieser Zeit soll das Werk unentgeltlich in die Hände des Staates übergehen. Außerdem soll das Werk staatlich beaufsichtigt werden, und die Regierung soll bei der Aufstellung der Preise der elektrischen Kraft mitwirken.

Großes Interesse am Zustandekommen des Werkes bezeugt die

Stadt Mühlhausen. Man hofft, daß die Anlage dermaßen rentabel sein wird, daß das große Anlagekapital sich nicht allein verzinsen, sondern auch etwa 4% Dividende abwerfen wird. — Näheres darüber enthalten die Ausführungen des Ingenieurs Hänggi in der Allgemeinen Rundschau, München 1907, Nr. 14.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

PROF. FERDINAND TÖNNIES, EUTIN (HOLST.):
AUS DER DEUTSCHEN MORAL- UND RECHTS-
ENTWICKLUNG.



REI bedeutsame Affären haben auf dem moralisch-juristischen Gebiete im Sommer 1907 die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums in ungewöhnlich heftiger Weise auf sich gezogen und gefesselt. Die erste hatte auch ein politisches Interesse, ja dies Interesse war das stärkste und unmittelbarste daran, auch die zweite war mittelbar von großer politischer Bedeutung, während sie zunächst nur mit dem Ausgang eines Beleidigungsprozesses verknüpft war. Die dritte, politisch fast gleichgültig, war eine hochnotpeinliche Sache, ein Kapitalprozeß. Für den Beobachter der moralischen Entwicklung bieten alle drei: die Affäre „Phili“ Eulenburg, die Affäre Peters und die Affäre Hau, Gegenstände von großer Merkwürdigkeit, nach mehreren Seiten hin.

I. „Die Kamarilla hält den Thron in ihrem Banne“ sagt am Schlusse einer Brochüre, die im Herbst 1906 bekannt wurde, ein „Schwarzseher“, nachdem Wilhelm II. kurz zuvor das große Wort gesprochen hatte: „Schwarzseher dulde ich nicht.“ Man wußte längst, daß der Mittelpunkt dieser einflußreichen Kamarilla nicht in Berlin sich befand, sondern auf einem schlesischen Schlosse, bei einer „Tafelrunde“, deren Haupt ein ehemaliger Diplomat aus der begabten Familie Eulenburg, die dem preußischen Staate mehrere reaktionäre Minister geliefert hat. Der zum Fürsten gemachte Graf war ein Schmeichler des Kaisers, vermutlich aus reiner Überzeugung, im Glauben an die übersinnliche Natur des monarchischen Berufs. Wie es scheint, war den Suggestionen dieser Clique entgegen Herr von Bülow Reichskanzler geworden; jedenfalls war sie im letzten Winter am Werke, ihn zu stürzen. Das geheime Motiv des großen Coups, den der Reichskanzler durch Auflösung des Reichstages am 13. Dezember vollzog, war die Absicht, durch eine feste Majorität im Reichstage seine Position zu stärken, ja zu retten.

Der Coup gelang; der Zweck, dem Monarchen zu imponieren, wurde erreicht. Eine Niederlage der Sozialdemokratie mußte auf diesen einen viel tieferen und angenehmeren Eindruck machen, als eine Niederlage des Zentrums vermocht hätte. Allem Anschein nach außerhalb dieses Streites um das Kabinettsregime geschahen nun seit dem November in der Wochenschrift „Die Zukunft“ versteckte aber durchsichtige Angriffe auf jenen Kreis von Günstlingen in Liebenberg, die zugleich als Feinschmecker aller Künste und Genüsse bekannt waren. Es wurde angedeutet, daß auch eine süßlich schwärmende, mystisch exaltierte „Freundschaft“ zwischen M ä n n e r n dort zu Hause sei, und daß dieser Freundschaft ein besonderer Kultus gewidmet werde. Man mußte auf ekelhafte Enthüllungen oder (von der Gegenseite) auf den Nachweis der Verleumdung gefaßt sein. Weder das eine noch das andere erfolgte. Der bis dahin so einflußreiche Kamarilla-Fürst denunzierte sich selbst der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen das Strafgesetz, das den geschlechtlichen Verkehr zwischen Männern betrifft. Durch einen Prozeß gedachte er sich von dem Vorwurf zu reinigen. Eine öffentliche Anklage ist aber nicht erfolgt. Dagegen erfolgte eine Anklage vor dem Forum des Monarchen selber. Sein eigener Sohn, der Kronprinz, legte ihm die Blätter vor, in denen das Geheimnis nicht enthüllt, aber sichtbar versteckt war. Die Folge war kaiserliche Ungnade. Der persönliche Einfluß des Fürsten Eulenburg war gebrochen. Die politische Tragweite dieses Ereignisses haben wir hier nicht zu erörtern. Die moralisch interessanteste Seite betrifft jenes orientalische Laster, mit dem die öffentliche Meinung seit einer Reihe von Jahren genötigt worden ist sich zu beschäftigen. Eine Agitation ist im Gange, die darauf ausgeht, die strafrechtliche Ächtung dieses Lasters aufzuheben. Diese Agitation stützt sich hauptsächlich auf den Grund, daß jene Ächtung in vielen Fällen schamlose Erpressungen bewirke, und wirklich sind eine Reihe solcher Fälle bekannt geworden. Sie beruft sich ferner darauf, daß die „Homosexualität“ als Anlage sehr verbreitet sei, und daß Männer von großen Verdiensten ihr ergeben gewesen sind und noch sind. Endlich aber macht sie geltend, daß die Praxis der Männerliebe ihrem Wesen nach, außer sofern es sich etwa um den Schutz Minderjähriger vor Verführung handle, das Strafgesetz nicht angehe, weil dieses nur die Aufgabe habe, die Individuen vor Schädigungen durch Gewalt, List und andere Bosheit oder Schuld zu schützen.

Dieser letzte Punkt ist nun in der Tat der, auf dem das ganze Gewicht für eine vernünftige Erwägung ruht. Es handelt sich hier um die endliche Auseinandersetzung zwischen Recht und Moral. Noch immer ist die Wahrheit nicht zu allgemeiner Anerkennung gelangt, daß das Recht im heutigen sozialen Leben keine direkten moralischen Zwecke haben kann, daß die Strafen nicht die Bestimmung tragen dürfen, zu sühnen oder zu bessern oder zu vergelten, auch nicht, der Unsittlichkeit zu wehren, daß sie in erster Linie Mittel für das Strafgesetz sind, dessen Aufgabe darin besteht, U n r e c h t z u v e r h ü t e n. Die große Masse der Unsittlichkeit ist nicht Unrecht, und zu dieser Masse gehört insonderheit die geschlechtliche Unsittlichkeit. Man mag sie verabscheuen, mag mit allen gesetzlichen Mitteln sie bekämpfen, aber man hat kein vernünftiges Recht, sie a l s s o l c h e mit Strafe zu bedrohen. Daher sollten „Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit“ nur insoweit das Strafgesetzbuch beschäftigen, als darin Angriffe auf die leibliche oder geistige Integrität anderer Personen oder auf den öffentlichen Anstand enthalten sind. Die Versuche, unsittliche Motive und heimliche Praktiken unsittlicher Art von Staats wegen zu unterdrücken, werden niemals gelingen und

durch die Zufälligkeit der Eingriffe ungerecht wirken. — So hat denn auch, unter Mitwirkung jener Agitation, die Ansicht immer mehr Boden gewonnen, daß jener Paragraph fallen müsse. Freilich hat dazu ohne Zweifel der Umstand beigetragen, daß jenes Laster in sozial hochstehenden Kreisen verbreitet ist. Eingeweihten war dies längst bekannt. Es wurde auch schon den öffentlichen Anklagebehörden öffentlich vorgeworfen, daß sie versäumen, gegen notorische Sünder dieser Art vorzugehen, weil diese zu mächtig und angesehen sind. Wenn dieser Vorwurf begründet wäre, so müßte der Rechtszustand, der dadurch gegeben wäre, als skandalös erscheinen. Jedenfalls kann die Ausbreitung einer ungestraften Praxis jener nach geltendem Rechte strafbaren Handlungen nicht geleugnet werden. Auch Vorgänge in der Armee, darunter die Entlassung eines Generals, die Überweisung mehrerer Offiziere der Marine an eine Irrenklinik, erschütterten das allgemeine Rechtsbewußtsein. Eine „Gemeinschaft der Eigenen“ — so wird berichtet — habe in der Aristokratie und in Kreisen, die dem Hofe nahestehen, ihre Anhänger. Jene Kamarilla mystischen Bekenntnisses scheint in Wahrheit solchen Neigungen gefrönt oder doch Sympathie dafür gehegt zu haben. Offenbar eine pikante Situation, würdig derjenigen an die Seite gestellt zu werden, die mit der offenen Gesetzwidrigkeit des D u e l l s gegeben ist, insofern diese sogar durch die höchsten Autoritäten des Staates offen begünstigt, ja befohlen wird! —

II. In den Jahren 1884—1890 legte der Afrikareisende Dr. Peters durch Verträge mit Negersultanen den Grund zur gegenwärtigen deutschen Kolonie Ost-Afrika. 1891 wurde er zum Reichskommissar für diese Kolonie ernannt. Er war bekannt als ein kluger, energischer und kühner Mann, aber auch als zu Härte, Roheit, ja zu Grausamkeit geneigt. Bald wurde ruchbar, daß er auch als Reichskommissar sich gegen die Eingeborenen tyrannisch-willkürlicher Maßregeln schuldig gemacht habe. Nachdem im Reichstage Anklage gegen ihn erhoben war, wurde er 1896 durch ein Disziplinargericht seines Amtes entsetzt, das Urteil in zweiter Instanz bestätigt. Vor einigen Jahren gelang es seinen Freunden, durch kaiserlichen Machtspruch das Urteil teilweise aufheben zu lassen, die gesamte Kolonialpolitik war populärer geworden, man wünschte, den fähigen Mann wieder im Reichsdienste zu verwerten. Die sozialdemokratische Presse richtete fortwährend heftige Angriffe gegen ihn. Ein solcher Angriff hatte im Juni d. J. den Prozeß in München zur Folge. In dem Herr Peters als Kläger auftrat. In Wahrheit erschien aber dem gesamten deutschen Publikum Herr Peters nochmals als Angeklagter wegen der Art, wie er seine Amtsgewalt vor 16 Jahren gebraucht hatte. Er hatte es so gewollt; er wollte von den Disziplinarurteilen, über die er mit Verachtung sprach, an die öffentliche Meinung appellieren. Der Beleidiger wurde verurteilt; dies feierten er und seine Anhänger als ihren Sieg, als ob der ehemalige Reichskommissar nunmehr endgültig freigesprochen wäre. Dies war ein Irrtum, und der Eifer, mit dem die „Peters-Clique“ beflissen war und noch ist, den Triumph ihrer „guten Sache“ zu verkünden, aber auch fernere Prozesse mit glänzenderen Rechtfertigungen ihres Helden in Aussicht zu stellen, scheint zu verraten, daß sie sich der wirklichen Güte dieser Sache keineswegs sicher fühlt, daß ihr auch daran weniger als an einer gewaltsamen Wirkung auf die öffentliche Meinung gelegen ist. In Wahrheit hatte das Urteil geringe Bedeutung; das Interesse der Angelegenheit lag vielmehr ganz in den Verhandlungen selber und in der Aufnahme, die sie durch das Urteil des Publikums fanden. Der größte Teil des Publikums erfuhr erst durch die Berichte über den Prozeß die Gründe, um derenwillen der vielgenannte Mann seines Amtes

entsetzt worden war. Natürlich gestaltete sich das Urteil über jene Vorgänge verschieden, je nachdem Sympathie mit dem Manne oder Abneigung gegen ihn obwaltete; nur zum geringen Teile, wie es zu geschehen pflegt, wurde die Meinung über seine Persönlichkeit erst durch die Eindrücke von den Vorgängen bestimmt: das Vorurteil hatte in der Regel entschieden. Und dies Vorurteil war in hohem Maße bedingt durch politische Richtungen, besonders auf der einen Seite durch Begeisterung für die Kolonialpolitik, auf der andern durch Skepsis oder Widerwillen gegen diese Politik. Wie sich überhaupt immer schärfer im Deutschen Reiche eine aristokratische, d. h. plutokratische Partei von einer demokratischen und antikapitalistischen scheidet, so trat es auch hier hervor. Für die eine war Herr Peters ein Heros, für die andere eine Bestie. Indessen gibt es auch auf der demokratischen Seite nicht wenige Leute, die so große Hoffnungen auf die Kolonien setzen, daß sie überwiegende Sympathien mit dem „Eroberer eines Reiches“ hegen und seine Taten wenigstens zu entschuldigen beflissen sind. Weit darüber hinaus können freilich auch seine eigentlichen Verehrer nicht kommen; die objektiven Tatbestände sind zu schauderhaft. Man konnte sie zu rechtfertigen nur so unternehmen, daß man sagte: 1. Herr Peters sei zur äußersten Strenge und Härte durch die Lage in der sich seine „Station“ befand, genötigt gewesen, 2. das Verfahren, das ihm zur Last gelegt wird, sei formell korrekt gewesen und habe als Strafgewalt innerhalb seiner Befugnisse gelegen. Die Gegner dagegen: das Kriegsgericht, aus Kreaturen des Peters zusammengesetzt, sei eine bloße Farce gewesen, die Lage der Station sei um jene Zeit völlig sicher gewesen, die Handlungsweise des Peters sei nur erklärbar aus persönlichen Motiven, als Brutalität, Rachsucht, Eifersucht, also aus niedrigen und verabscheuungswürdigen Beweggründen. Die weniger unbedingten Verteidiger aber, jene, die das Gefühl haben, daß sie durch Sympathie mit dem Manne ihre eigenen Grundsätze zu verleugnen scheinen, wollen eben darum zwischen den Meinungen vermitteln: sie finden sich genötigt zuzugeben, daß Herr Peters aus persönlichen Motiven gehandelt habe; sie nehmen, um ihn zu entschuldigen, ihre Zuflucht zu der Ansicht, der moralische Maßstab, der in Europa gelte, dürfe nicht in Afrika angelegt werden; sie vermischen damit die Hinweisung auf die Minderwertigkeit der Rasse und der Personen; sie meinen, das Leben eines schwarzen Freudenmädchens und ihres Zuhälters seien so vielen Aufhebens nicht wert.

Der unbefangene Zuschauer und Richter wird, wie so oft, in der Lage sein, diesen Standpunkt des *juste milieu* als den intellektuell schwächsten und ungesundesten zu bezeichnen, der für den ethisch denkenden Menschen jeder Kritik unwert ist. Er wird dagegen urteilen müssen, daß der „Angeklagte“ sehr wahrscheinlich aus gemischten Motiven gehandelt habe, daß er vermutlich im guten Glauben gewesen sei, eine rücksichtslose Tyrannei sei für den, der Herr sein wolle, überall, besonders aber einer niederen Rasse gegenüber, durchaus zweckmäßig, ja notwendig; Untertanen seien dem Willen, also auch den Launen und Leidenschaften ihrer Herren zu unterwerfen; Gerechtigkeit sei höchstens Formalität u. dgl. Wie eine solche Denkungsart bei einem beliebigen Individuum zu beurteilen sei, ist eine Frage für sich und von sekundärer Bedeutung. Daher ist es auch von verhältnismäßig geringer Wichtigkeit, ob man Herrn Peters als Menschen liebt und bewundert oder haßt und verabscheut. Was aber den hohen Beamten und Richter betrifft, so ist entweder die Einsicht und Weisheit, die in Jahrtausenden über die einem Manne, der mit Herrschgewalt betraut ist, ge-

ziemenden, ja notwendigen Eigenschaften, über seine natürlichen Pflichten und Rechte, sich ausgebildet und angesammelt hat — entweder ist diese Erkenntnis eitel Spreu, o d e r es ist wahnwitzig, einen Menschen von jener „Übermenschlichen“-Gesinnung mit den Emblemen verantwortlicher M a c h t auszustatten. — Allerdings lag nun eben hierin das tiefere psychologische und soziologische Interesse des Falles, daß es eine unsäglich Verworrenheit des intellektuellen, moralischen und politischen Urteils an den Tag brachte, offenbarend, daß viele sonst hinlänglich kluge Menschen unserer Tage nicht einmal dies wissen, daß ein Tyrann zum Herrn nicht taugt, daß es in hohem Grade töricht ist, einen Menschen zum Richter zu bestellen, der nicht den ganz ernstesten Willen zur Gerechtigkeit hat; so töricht wie „den Bock zum Gärtner setzen“. Man darf aber hoffen, daß die Erwägungen, die an diese moralisch-politische Angelegenheit sich anknüpfen, ein wenig zur Wiederbelebung solcher elementaren Erkenntnisse beitragen werden.

III. Noch größer und allgemeiner ist die Sensation gewesen, die der Prozeß gegen den deutschen Amerikaner H a u , einen Rechtsanwalt und Professor der Jurisprudenz, erregt hat, ein Prozeß, der in die Verurteilung dieses Mannes wegen Mordes auslief. Am merkwürdigsten war die leidenschaftliche Parteinahme des Publikums, und zwar des besser gekleideten, zunächst in der badischen Hauptstadt, wo der Prozeß verhandelt wurde. Es scheint, daß die Meinung allgemein war, es geschehe dem Hau Unrecht, es werde ein J u s t i z m o r d durch die Verurteilung bewirkt. Kurze Zeit nach dem Ende des Prozesses ging diese Teilnahme, und wie es scheint diese Meinung, in weite Kreise über, durch den Verteidiger auf geschickte Weise befördert. Der Fall ist interessant genug.

Ein hochbegabter, aber sittlich haltloser Jüngling hatte sich eines reichen Mädchens so bemächtigt, daß deren Verwandte ihre Zustimmung zur Heirat zu geben sich genötigt sahen. Das Paar lebt auf sehr großem Fuße. Der junge Mann ist zeitweilig als finanzieller Agent in Konstantinopel tätig, kommt durch Verschwendung in Geldverlegenheiten, macht sich eines Betruges schuldig. Während er in London seinen temporären Wohnsitz hat, wird die Mutter seiner Gattin in Baden-Baden durch einen Schuß von unbekannter Hand getötet. Alle Anzeichen weisen auf ihn hin als den Mörder; er wußte, daß er durch den Tod der Schwiegermutter in den Besitz eines — wenn auch nicht erheblichen — Vermögens gelangte. Nachdem er in der Verhandlung vorm Schwurgericht zunächst tagelang jede Aussage verweigert hatte, gestand er zuletzt, daß er an dem Tage, verkleidet, in Baden-Baden gewesen sei, der Beweggrund, der ihn dahin geführt habe, sei die Leidenschaft für die Schwester seiner Frau gewesen, die bei der Mutter lebte und auch im Augenblick der Katastrophe an deren Seite promenierte. Wenn auch diese Leidenschaft wahrscheinlich genug, und wenn sie auch vielleicht das Motiv seiner Anwesenheit, von weiter Ferne her, am Tatorte gewesen sein mag, so war doch das zufällige Zusammentreffen eines so außerordentlichen Verbrechens von a n d e r e r Hand mit dieser seiner außerordentlichen Anwesenheit in so hohem Grade unwahrscheinlich, daß schon dies den Indizienbeweis f a s t zwingend machte. Mehr als f a s t zwingend machte es freilich ihn auch im Verein mit den übrigen Indizien n i c h t. Die M ö g l i c h k e i t des Irrtums ist nicht ausgeschlossen. Es gab auch Nebengründe und Zeugenaussagen — freilich überwiegend mysteriöse —, die scheinbar die Kraft jener Gründe etwas erschütterten. So war denn der Eifer der Verteidigung lobenswert, und die Parteinahme des Publikums, nachdem es einmal die Idee eines Justizmordes

gefaßt hatte, entschuldbar, wenn es einem solchen Greuel und Unheil zu wehren meinte. Am meisten vom Übel waren dabei die Bemühungen, den Verdacht auf jene Tochter zu lenken, die allem Anschein nach nicht einmal familiäre Beziehungen zu dem Schwager unterhalten hatte. Dieser verurteilte Mörder ist als pathologische Persönlichkeit merkwürdig genug. Die grenzenlose Genußsucht und an Größenwahn grenzende Großmannssucht, die Heftigkeit und Nichtigkeit des Willens, in dessen Dienst ein nicht geringer Intellekt tätig war, die unmäßige Eitelkeit, der rücksichtslose Egoismus charakterisieren einen Verbrecher, der nur allzusehr als ein spezifisches Produkt unseres Zeitalters sich darstellt. Daß er weder Großstädter von Geburt, noch Freigeist von Erziehung war, sondern aus einem entlegenen Orte stammte und gläubiger Katholik ist, zeigt in typischer Gestalt, daß diese Momente die Entwicklung dieser im übelsten Sinne modernen Charaktere keineswegs zu hemmen vermögen. — Am meisten dauernden Wert dürfte aber der Hergang des Prozesses dadurch gewinnen, daß er die Notwendigkeit der Reform unseres Prozeßrechtes eindringlich gelehrt hat. Der Verteidiger durfte sich mit Recht darüber beklagen, daß er gegenüber dem Ankläger sich stark im Nachteile befunden habe. Die Art, wie die *Voruntersuchung* ausschließlich im Sinne der Anklage geführt wird, ist bei dieser, wie bei mancher früheren Gelegenheit als *unbillig* empfunden worden.

Schlimmer als Unbilligkeit des Gesetzes ist Ungerechtigkeit in ihrer Handhabung. Auch in dieser Hinsicht haben zwei Vorkommnisse übles Aufsehen, wenigstens schwere Bedenken, erregt. Das eine knüpft an den Fall Peters unmittelbar an. Ein General a. D., der in Afrika Dienste getan hatte, wurde in dem Münchener Prozesse als Sachverständiger vernommen; er hat sich auch als Politiker und Haupt des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ bekannt gemacht. Dieser Herr war so stark von Enthusiasmus für Herrn Peters erfüllt, daß er das Urteil des Disziplinargerichts öffentlich beschimpfte und einen Schandfleck für die Nation nannte. Ohne Zweifel wäre ein „gewöhnlicher Mensch“ angeklagt und verurteilt worden wegen Beleidigung der Richter. Herr Liebert genügte der Justiz durch einige wohlfeile Erklärungen. Es wird von allen Freunden der Gerechtigkeit tief bedauert. — Zu gleicher Zeit mußte sich eine Fürstin wegen umfangreicher Diebstähle verantworten. Das Gericht erklärte sie für geisteskrank, obgleich sie es bei Begehung der Tat sicherlich nicht in höherem Grade gewesen war als etwa 50 % der jährlich bestraften Diebe es auch sind. Für diese und ähnliche Fälle gilt immer das alte Wort: „*Judex damnatur dum nocens absolvitur.*“

CHRONIK



KAMPF gegen den Alkoholismus. Die deutsche Sozialdemokratie hat, ohne sich auf den Standpunkt vollkommener Abstinenz zu stellen, auf ihrem

Parteitag in Essen einstimmig eine besondere Aktion gegen den Alkoholismus beschlossen. Der Alkoholgefahr soll auf zwei Wegen entgegengearbeitet werden. Erstens durch

gesetzgeberische soziale Reformen, da eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter als die notwendige Voraussetzung einer Verminderung des Alkoholverbrauchs betrachtet wird. In dieser Beziehung fordert der Parteitag u. a.: den Achtstundentag, Verbot der Nacharbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichenden Schichtwechsel; Verbot, einen Teil des Lohnes in alkoholischen Getränken zu liefern, gewerbliche Hygiene, Abschaffung der indirekten Steuern sowie des Boden- und Wohnungswuchers, eine durchgreifende Wohnungsreform, Verbesserung des Schulwesens, Erholungsstätten, Volksheime und Lesehallen. Andererseits werden die Arbeiterorganisationen zu einer selbsttätigen Aktion aufgefordert. Sie sollen darauf sehen, bei ihren Zusammenkünften, bei Bildungsveranstaltungen und Arbeitsnachweisen sowie bei der Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden; sie sollen ferner sorgen für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitte. Kinder müßten vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Die Essener Resolution beginnt bereits zu wirken. So haben in einigen Orten die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen beschlossen, von ihren Mitgliedern einen kleinen Jahresbeitrag zu erheben, der speziell zur Deckung der Mietkosten für Versammlungslokale bestimmt wäre, um so dem Trinkzwang zu entgehen. —

Die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen (Stuttgart, 25. August) hat ebenfalls eine Resolution gegen den Alkoholismus einstimmig angenommen, in welcher die besondere Pflicht der Organisationen

der arbeitenden Jugend, gegen die Alkoholgefahr zu kämpfen, betont wird. Als Mittel in diesem Kampfe werden — neben der allgemeinen, auf die wirtschaftliche und geistige Hebung des Proletariats gerichteten politischen und gewerkschaftlichen Arbeit — die Aufklärung über die Wirkungen des Alkohols und die Bekämpfung der Trinkvorurteile empfohlen. Es ist dieselbe Resolution, die vorher schon auf dem Kongreß des „Verbandes junger Arbeiter Deutschlands“ in Mannheim angenommen worden war.

Der finnländische Landtag hat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Einfuhr und den Verkauf von alkoholischen Getränken verbietet. Gegen diesen Beschluß haben einige Regierungen, namentlich die französische, bei der russischen Regierung Einspruch erhoben unter Berufung auf die Handelsverträge.

Unterdrückung des Opiumrauchens.

Was der Alkoholismus für den Europäer, ist die Opiumseuche für den Ostasiaten: eine Volkskrankheit, die die geistige und physische Gesundheit der Massen verwüstet.

Energischer aber als im Westen geht man im Osten vor; China hat eine weitausgreifende Aktion zur Unterdrückung des Opiumrauchens eingeleitet, und neuerdings geht die französische Regierung daran, dasselbe in Indochina zu beseitigen.

Zunächst wurde bestimmt, daß keine neuen Opiumhäuser mehr eröffnet werden dürfen, daß der Opiumpreis erhöht und Beamte, die sich dem Laster ergeben, entlassen werden sollen.

Allmählich soll dann die völlige Unterdrückung desselben durchgeführt werden: jedenfalls ein gutes

Beispiel für das im Kampf gegen die Trunksucht so zögernd vorgehende Europa.



Einen nachahmungswerten **Schritt auf dem Wege der geschlechtlichen Aufklärung der Jugend** hat der Magistrat der Stadt Steglitz bei Berlin getan. Im Rathaussaal hielt der Schularzt Sanitätsrat Heidenhain vor den schulentlassenen Mädchen einen Vortrag, um sie über den Sinn ihres Geschlechts aufzuklären. Von den Vorgängen bei der Befruchtung in der Pflanzen- und Tierwelt ausgehend, gab der Vortragende an der Hand von Abbildungen

eine Erklärung der sexuellen Organe der Frau und ihrer Betätigung und versuchte zugleich, in den jungen Mädchen das Gefühl der Verantwortlichkeit in ihrer künftigen Rolle als Mütter zu wecken. Viele Mütter und Lehrerinnen wohnten dem Vortrage ebenfalls bei. Der Magistrat ließ den Vortrag als Broschüre drucken und ließ ihn zur besseren Einprägung am Schluß an die Hörerinnen verteilen. Das Verhalten des Steglitzer Magistrats muß um so mehr anerkannt werden, als bei einem früheren ähnlichen Versuche desselben Schularztes — der Potsdamer Regierungspräsident den Vortrag verboten hatte.



NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

PROF. DR. RADE, MARBURG: AUS DER KATHOLISCHEN UND DER EVANGELISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS.



INMITTEN einer sich sichtlich umgestaltenden Welt stehen als Elemente der Beharrung die christlichen Kirchen da. Jeder meint, er kenne sie, denn er ist irgendwie einmal in intime Berührung mit einer von ihnen gekommen; sieht man näher zu, so ist gerade wegen dieser frühen Bekanntschaft in der Zeit unserer Unreife und wegen des später rasch abgewandten Interesses für viele das kirchliche Leben eine unbekannte, unverständene Welt. Auch die große Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auf kirchlichem Gebiet erschwert die Einsicht: woher soll der Städter kennen und beurteilen, wie und worin der Bauer fromm ist; umgekehrt, wie soll der Bauer der Religion des Städters gerecht werden? Man studiert heute das Volk auch nach seiner Kirchlichkeit und Frömmigkeit; „religiöse Volkskunde“ heißt die wissenschaftliche Disziplin, die sich da herausarbeitet. In der Tat, auf der Oberfläche liegt das eigentliche Leben hier so wenig wie sonst. Und es ist Leben da, von verschiedener Stärke freilich, aber dafür um so komplizierter. Kirche und Religion sind alter Eigenbesitz der Menschheit; in den Kirchen hat sich darum Altes und Uraltes lebendig erhalten; aber zugleich sind sie auch der Ort immer neuer Regungen und Entwicklungen. Kaum ein Kampf der Geister in der Welt, der nicht drin in den Kirchen auch mitgespürt, mitdurchgekämpft würde. Aber drin in der Kirche nimmt er besondere Formen an, findet er andere Widerstände, führt

er zu eigentümlichen Ergebnissen. Der Fernstehende merkt davon nur zuzeiten etwas, wenn Explosionen stattfinden, die für niemanden ungehört verhallen; da er die Zwischenlinien nicht beobachtet hat, versteht er dann nicht, was geschehen ist; sehr zum Schaden seines Verständnisses der Dinge überhaupt. Denn an dem innern und äußern Schicksal der Kirchen hat der Wissende die allersichersten Zeichen der Zeit.

Die römisch-katholische Kirche hat jüngst wieder die Aufmerksamkeit aller auf sich gelenkt. Ihr geschichtlicher Hauptberuf für unsere Zeit ist vielleicht, zu zeigen, daß es noch andere Götter gibt neben dem Staat. Und wie starr und kulturfeindlich sie vielen scheint, sie könnte diesen Beruf nicht erfüllen, wenn es nicht in ihr l e b t e. Das ist nun zum Teil ein Leben, das den eigenen Oberen nicht gefällt. So entdeckte plötzlich die vaticanisch-offizielle „Corrispondenza Romana“ vom 7. Juli d. J. einen „internationalen Geheimbund gegen den Index“. Er ging aus von Münster in Westfalen — natürlich von Deutschland. Alle ketzerischen Velleitäten kommen von Deutschland. Mögen die Franzosen noch so wider die Kirche Krieg führen, sie sind der Kurie immer verständlicher und vertrauter als die Deutschen. Diese Deutschen bleiben ihr unbehaglich, gefährlich gerade um ihres Ernstes, ihrer Frömmigkeit, ihrer Treue willen. Es sitzen ja lauter Romanen in Rom, woher soll man dort wissen, wie es in Katholiken aussieht, die ein germanisches Gemüt und Gewissen haben. Man hat im Vatikan den Theologieprofessor Schell von Würzburg niemals verstanden, darum war er den Männern von der Indexkongregation so unheimlich und der Aufruf, ihm ein Denkmal zu setzen, mit deutschen Bischofsnamen an der Spitze, so erschreckend. Man hat erst recht nicht begriffen, was in den Münsterer Laien vorging, die in aller kirchlichen Ergebenheit vom Papst Erleichterung der Bücherverbote des Index begehrten. Man begreift das alles in Rom heute noch nicht, trotz so vieler herzlicher Erklärungen der Beteiligten. Man begreift die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Germania“ nicht, die beiden Hauptblätter des deutschen Katholizismus. Kurz, man begreift die deutsche Art nicht, auch wo sie gut katholisch ist, während man französische und spanische Art sehr wohl begreift, auch wenn sie antikatholisch ist.

Aber worauf es uns nun heute ankommt: man erkenne das pulsierende Leben im deutschen Katholizismus! Gewiß, nicht nur im deutschen. Was in Italien die Fogazzaro, Murri und die Männer vom „Rinnovamento“ leisten, in Frankreich Loisy, Houtin und die vom „Demain“, in England Tyrrel und Genossen, ist zum Teil bedeutender, wissenschaftlich wertvoller oder kulturgeschichtlich interessanter, als was unsere deutschen Katholiken treiben. Aber dafür sind diese mit ihrer Seele, mit ihrem Gewissen doch noch ganz anders beteiligt. Und darum drohen die innerkirchlichen Kämpfe hier in der Tat leichter dem Ganzen Gefahr. Man will als Katholik nicht rückständig bleiben; man will mit allen modernen Ideen — nicht liebäugeln, aber Fühlung halten, sich auseinandersetzen; man will fortschreiten! Innerlich, wissenschaftlich, religiös, bei aller unwandelbaren Treue gegen die Mutter Kirche. Schell hat sich ein wenig weit vorgewagt, das zeigen Briefe von ihm, die zu rasch nach seinem Tode veröffentlicht wurden und, an Katholiken geschrieben, über die kirchlichen Autoritäten gar zu freimütig schelten. Aber im Grunde ist nun eben doch das Merkwürdige: bei aller Fühlung mit dem Neuen unserer Zeit, bei aller Sehnsucht nach Luft, Licht, Bewegungsfreiheit — diese absolute Entschlossenheit, für alle Fälle bei der Kirche zu bleiben. Über dem Suchen nach Wahrheit steht diesen Männern doch die E i n h e i t des großen heiligen

Zusammenhangs, in dem man sich befindet, in dem man atmet, ohne den man nicht existieren kann; lieber läßt man sich treten und quälen und einengen — nur nicht los von Rom! Keine Spur von Lutherzorn und Luthermut, die eben im Notfall auch mit der Kirche brechen; man verarbeitet seine Erfahrungen in der Kirche und hofft auf bessere Zeiten in und von der Kirche.

Diese Männer nun soll der neue Syllabus noch enger an die kirchliche Autorität fesseln. (Approbiert am 3., erschienen am 4. Juli.) Ein länger schon sorgfältig vorbereitetes Werk; die Studien, die ihm zugrunde liegen, sind an den romanischen Reformtheologen gemacht, ihre Irrtümer werden in deutschen Zitaten verworfen. Aber den Deutschen zuliebe wurde dies Irrtümerverzeichnis jetzt so plötzlich veröffentlicht, das schwelende Feuer der Schellbegeisterung, die „moderne Theologie“ der Würzburger usw. soll dadurch gedämpft werden. In der Tat, es ist eine Kappe, den Theologen über den Kopf geworfen; die müssen sehen, wie sie damit fertig werden; eine Kriegserklärung wie der alte Syllabus vom 8. Dezember 1864 wider die ganze moderne Kultur ist es nicht. Darum mehr ein innerkirchliches Ereignis, aber eben bedeutsam genug für die geistige Entwicklung der katholischen Kirche. Sonderlich in Deutschland, wo man sich am gewissenhaftesten damit abquälen wird. Wie dieser Prozeß weiter verläuft, werden wir zu beobachten und zu berichten haben.

Ein völlig anderes Bild bieten unsere evangelischen Kirchen in Deutschland. Nichts, rein nichts Modernes, das nicht durch sie hindurchflutete und die Geister erregte; aber hier nun welche Mannigfaltigkeit der Reaktion! Zwischen der starr ablehnenden Haltung einer Orthodoxie, die nur „Apologetik“ kennt gegenüber den neuen Gesichtern — und dem radikalen Modernismus, der bereit ist, Kirche und Konfession und Bibel und Jesus, alles dranzugeben, um nur ganz und vornan mit seiner Zeit zu leben: welch eine Kluft! Den fanatischen Gegenwartsprotestantismus haben wir jetzt in Reinkultur in Bremen, wo ganze Gemeinden mit ihren Pastoren, Anhänger des am 11. Mai 1906 verstorbenen Pastors Kalthoff, sich zu ihm bekennen. Der Traditionsprotestantismus dagegen lebt ungetrührt nur in gewissen Sekten, Konventikeln und in den extremen Kreisen kirchlich-konservativer Parteien; überall sonst haben auch die Kirchenchristen, die am Alten hängen, ihre starken Konzessionen an die Moderne gemacht. Eine ganze Gruppe konservativer Theologen legt sogar heute den größten Wert darauf, sich „modern-positiv“ zu nennen. Und so dehnt sich zwischen den beiden Extremen eine Kette verschiedenster Standpunkte, die kaum der übersieht, der sie fachmäßig verfolgen muß. Aber Leben ist da, und Streit ist da, und gearbeitet wird, und wer da meinen wollte, diese Kirchen lägen im Sterben, ist entweder kurzsichtig oder blind. Man muß nur die Augen haben für die besonderen Formen, in denen sich dies Leben vollzieht. Und da scheint nun eben die Institution selber, die „Kirche“, die Landeskirche, auf evangelischem Boden überaus gebrechlich und gefährdet. Was an Rom die Stärke ist, ist hier die Schwäche. Aber so fest halten eben diese „Kirchen“ doch immer noch, daß in ihren vier Wänden die lebhaftesten Auseinandersetzungen und merkwürdigsten Entwicklungen sich abspielen.

Die beiden Instanzen aber, um die sichtlich die geistigen Konflikte innerhalb der evangelischen Kirchen sich konzentriert, sind die obersten Kirchenbehörden der Landeskirchen einerseits, die theologischen Fakultäten an den Universitäten andererseits. Sie sind die beiden Pole, um die das öffentliche Leben der Kirche sich bewegt. Und sie stehen ihrem ganzen Wesen

nach in einem innern Gegensatz, der zu den Katastrophen führen muß, die wir immer wieder erleben. Es sind dies die sogenannten „Fälle“, die zumeist bei Besetzung von Pfarrämtern oder von akademischen Lehrstühlen sich zutragen. Die beiden letzten (wenigstens die letzten, die die Presse bewegt haben) sind der Fall C é s a r und der Fall B o r n h ä u s e r. Dem Pfarrer César von Wiesenthal in Sachsen-Weimar, einmütig zum Pfarrer in Dortmund gewählt, wurde vom westfälischen Konsistorium und darnach vom Berliner Oberkirchenrat die Bestätigung versagt. Und Professor Bornhäuser von Greifswald-Halle wurde wider Wissen und Wollen der Fakultät als Ergänzungs- (vulgo Straß-) Professor nach Marburg versetzt, damit er dort neben der historisch-kritischen Richtung die konservative vertrete (während die umgekehrte entsprechende Ergänzung z. B. für das orthodoxe Greifswald nicht für nötig erachtet wird); man stiftete dazu für Marburg eigens ein neues Ordinariat. Solche äußeren „Fälle“ sind aber für den Tieferblickenden nur Symptome eines inneren Ringens, das bald offen und frei, bald heimlich und still, sich durch alle evangelischen Kirchengemeinschaften hindurchzieht. Da einen klaren Einblick zu gewinnen, muß uns im folgenden besonders am Herzen liegen. In diesem Ringen werden Kräfte nicht nur verbraucht, sondern auch immer neu erzeugt. Und darum tut auch der der Kirche Fernerstehende gut, darauf zu achten.



EINE NEUE RELIGION: DER BEHAISMUS.

SIND die religiösen Ideen stereotyp und verharren sie unveränderlich, während ringsum die Gedanken und Wesen wechseln und fließen, oder nehmen auch sie an der Entwicklung des menschlichen Geisteslebens teil? Oder kürzer gesagt: gibt es einen „Fortschritt“ der Religion? Augenscheinlich nein, wenn man Pius X. glauben darf, der in seiner neuesten Enzyklika „Pascendi“ den „Modernismus“ als die traurigste Verirrung der Kirche bezeichnet. Bejahen aber muß man die Frage, wenn man die notwendige Unterscheidung zwischen Religion und Kirche, religiösem Denken und Dogma und Kultus vornimmt, und wenn man dem Behaismus glauben darf, der im Okzident wie im Orient täglich an Anhängerschaft gewinnt.

Diese neue Bewegung nahm vor etwa fünfzig Jahren ihren Anfang in Persien. Sie stellt sich heute dar als das E n d z i e l aller Religionen, als die natürliche Ergänzung also alles dessen, was früher geglaubt wurde. Sie will mit einem Wort die Religion schlechthin in voller Reinheit und Einfachheit verwirklichen, gereinigt von allen entbehrlichen Dogmen und überlebten Riten.

Es steht fest, daß Christen, Juden, Muselmänner, Buddhisten, Parsen, Hindus usw. und sogar die Freidenker (die im wahren Sinne des Worts oft viel religiöser sind als die eigentlich „Kirchlichen“) in ihrem Glauben an das Wahre, Gute und Schöne sich zusammenfinden, und daß sie ein gemeinsames Ideal verfolgen, ohne sich darüber durch gegenseitige Mitteilung verständigen zu können und ohne sich darin zum Glauben des andern bekehren zu können.

Hier greift nun die allgemeine Idee des Behaismus ein, der — wie mir scheint — wohl in diesen „Dokumenten des Fortschritts“ seinen Platz verdient¹⁾.

Béha-Oullah (den die Behaisten für die großartigste Manifestation Gottes halten und für den Vollender des Moses, Buddha, Zoroaster, Jesus und Mohamed) starb zu St. Jean d'Acre im Jahre 1892 mit Hinterlassung zahlreicher Schriften, in denen sich das Wesentliche einer neuen Weltreligion niedergelegt findet. Béha erkennt den Wert aller früheren Religionen an. Er wünscht alle Menschen zu Frieden und Einigkeit im Geiste des moralischen und sozialen Fortschritts zu bekehren. Es soll aber keine Riten, keinen Klerus und keine Dogmen mehr geben. Die Erkenntnis Gottes, die Verbrüderung der Menschheit sind unser Endziel, und die durch die Offenbarungen der Propheten aufgeklärte Vernunft soll unsere Führerin sein. So dürfen bisher für unübersteiglich gehaltene Schranken fallen, die von allen früheren Religionen aufgerichtet worden waren, so sollen auch alle Vorurteile der Rassen und Kasten verschwinden, die so lange den Fortschritt hintangehalten haben.

Diese Aspirationen — so märchenhaft und unirdisch sie erscheinen, haben nun in der Tat praktische Erfolge gehabt. Zunächst in Persien, von wo die Bewegung ja ausgegangen ist. Hier betrachten wir seit mehreren Jahren eine soziale Entwicklung, in der der Einfluß der neuen Ideen gar nicht zu leugnen ist. Das Volk hat den Geist des Fanatismus abgeschüttelt und ist von dem ernstesten Wunsche beseelt, sich aus der Sklaverei der Zerrissenheit und von der Bevormundung des Klerus zu befreien, unter der es jahrhundertlang gestanden hat. Ein liberaler Souverän hat ihm eine konstitutionelle Verfassung gewährt, sodaß für das Land, das eine so berühmte Vergangenheit hat, nunmehr eine glänzende Zukunft vorauszusehen ist.

In Indien haben Brahmanen, Hindus, Sikhs, Lains, Parsis, Darsis und Anhänger des Arga-Lamaj in der Tat die Idee der Kastengliederung fallen gelassen und haben im Behaismus das wirksamste Mittel einer Vereinigung gefunden, nicht nur untereinander, sondern auch mit den Christen und Muslimännern. Der Eingeborene, der den Gemeinschaften der Behaisten beitrifft, wird nicht mehr von den Europäern mißachtet.

In Rußland, von Batum bis Samarkand, von Moskau bis Taschkent, versuchen zahlreiche Gruppen, in denen sich sowohl Orthodoxe wie Muselmänner zusammenfinden, sich in den augenblicklich besonders traurigen Verhältnissen zusammenzuschließen, und in einigen Städten, wie z. B. in Echskabad, sind sie zu mächtigen Faktoren der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt geworden.

In Ägypten, und zumal in der Türkei, wo sie die Aufgabe haben, sich mit dem Fanatismus lebensklug abzufinden, um überhaupt ins Volk eindringen zu können, haben sich die Behaisten als die treuesten und friedfertigsten Untertanen erwiesen. In verschiedenen Städten Syriens, wo sie in großer Anzahl leben, erinnert sich der Richter nicht, im Verlauf von zwanzig Jahren die mindeste bürgerliche oder kommerzielle Streitigkeit unter ihnen erlebt zu haben.

Auch in Europa und Amerika hat der Behaismus analoge Erfolge erzielt. In den wichtigsten Städten haben sich Gruppen gebildet, die von Tag zu Tag zahlreicher werden und sich aus Leuten aller Konfessionen und aus allen Klassen der Gesellschaft rekrutieren. Wie im Orient pflegen sie an

¹⁾ Hierzu: „Religionen und Sekten“ (Babismus und Behaismus). Verlag von F. Alcan. Paris 1905.

bestimmten Tagen zusammenzukommen, um die Werke Béha-Oullahs zu lesen und zu kommentieren. Diese Werke waren früher nur wenigen Gelehrten im Manuskript bekannt, die sie auf den Bibliotheken der St. Petersburger Akademie oder im Britischen Museum entzifferten. Heute sind sie ins Englische und Französische übersetzt und bilden die Basis einer neuen sozialen Ethik, die jeden bezaubert, der in sie einzudringen versucht. In den meisten Ländern besteht ein erwählter Ausschuß, der aus mindestens neun Mitgliedern zusammengesetzt ist und sich mit allen Fragen beschäftigt, die für die Gemeinschaft Interesse haben. Er unterhält eine Verbindung zwischen den Gläubigen des Orients und denen des Okzidents, die wegen der Verschiedenheit der Gegenden, wenn nicht wegen der großen Unterschiede der sozialen Lebensbedingungen, sich im übrigen noch nicht zu vereinen vermochten.

Béla-Oullah hat gesagt: „Ihr alle seid Blätter des selben Baumes und Tropfen im selben Meer.“ Er lehrte nicht, daß die Religion eine Verbindung mit der Kirche eingehen solle. Er wollte sie vielmehr in allen Handlungen des täglichen Lebens verwirklicht sehen. Das ewige Streben des Menschengeistes, die Geheimnisse des unbekannten Göttlichen zu entschleiern, ist durch ihn auf die Prinzipien einer höheren Moral basiert worden. Die Menschen können sich auf dem gemeinsamen Boden ihrer höchsten menschheitlichen Bestrebungen vereinigen.

vidi.

NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

DR. THEODOR LESSING, DRESDEN: FORT-
SCHRITTE DES THEATERS.



IE Romanen als das eigentliche Volk des Bühnenspiels haben die heutige Form des europäischen Theaters entwickelt. Das neuere Drama ist aus der Musik, die neuere Bühne aus dem italienischen Opernspiel hervorgegangen.

Um das Jahr 1500, im Zeitalter Bramantes, sind die ersten Formen der Kulissenbühne aufgekommen. Man hat mit gutem Recht in den Gemälden der klassischen Malerei, besonders aber in der Kunst Rafaels eine Beziehung zu diesen primitiven Bühnenformen aufgewiesen.

Der bewegliche Prospekt, die Kulisse und das Versetzstück bildeten einen gewaltigen Fortschritt zur Beweglichkeit des Spiels. Die antike Bühne war sozusagen am Orte festgewurzelt. Die zufällige Formation des Ortes, an dem gespielt wurde (mochten das nun geschlossene Räume oder Berg-rücken, Hügel oder steinerne Arenen sein), bezeichnete ein für alle Mal die Grenze, innerhalb deren das dramatische Spiel sich zu bewegen hatte. Auch die mittelalterliche Mysterienbühne mit ihren drei Sphären, Himmel, Hölle und Erde, war starr und stereotyp. Ja bei den meisten dieser Mysterienspiele handelte es sich um lebende Bilder, die an verschiedenen Orten nebeneinander

dargestellt wurden und bei denen der Zuschauer von Station zu Station zu wandern hatte.

Nun hatte auf einmal die leidenschaftliche Beweglichkeit der Italiener eine transportable Form von Bühne gefunden. Alsbald wurde die Ausstattung der Szene zum Selbstzweck. Die Kulissenmalerei wurde ein Erwerbszweig. Glänzende Kostümierung, kostspielige Inszenierung, Schönheit des Requisits: das war der Stolz und Ruhm aller südländischen Theater.

Der Norden aber hatte von vornherein eine ganz andere Richtung eingeschlagen. Eine einzige Kette theatralischer Tradition zieht sich von Shakespeare zu Kleist und Grillparzer, von Hebbel zu Ibsen und Björnson hin. In den nordischen Völkern wurde das eigentlich spirituelle, grübelnde Drama geboren, hinter dem vielerlei soziale Beziehungen und ethische, moralische Probleme stehen.

Die moderne Reform des Theaters ist also nur der Reflex dieser nordischen Dramatik. Sie ist ein Gegenstück zu jener ersten Epoche der Theaterkunst, die in der Renaissance von den Nationen des Südens inauguriert wurde.

Das Hauptprinzip dieser neuen Reform ist die szenische Vereinfachung. Alles unechte und accidentielle Material kommt in Verruf. Gemalte Pappe und Leinwandkulissen so gut wie Soffitten und Versetzstücke, Bandagen, Schminke und unnatürliches Rampenlicht. Neue Formen der Theaterkunst tauchen auf, die alles Ornamentale und Dekorative prinzipiell dem Geiste des zur Darstellung gebrachten Kunstwerkes unterordnen.

Aber die moderne Bühne ist auch durchaus im Gähren und Werden. Darum tauchen sehr mannigfache Formen von Experimental- und Versuchsbühnen prinziplos nebeneinander auf. Es gibt sehr vielerlei Formen von Theaterkunst heute zu unterscheiden. Neben stilisierenden Festspielhäusern, die den großen, klassischen Stil wieder beleben möchten, stehen zahllose experimentierende „intime“ Theater, die vor allem dem modernen sozialen Drama eine Stätte bieten. Neben Provinzialbühnen, die auch wirr und wahllos Tragödien, Possen, Opern und Lustspiele durcheinander spielen, stehen großstädtische Theater, deren Spezialisierung und Differenzierung just umgekehrt soweit vorgeschritten ist, daß ein bestimmtes Theater jahraus, jahrein immer denselben Dichter spielt und oft viele hundert Male dasselbe Stück zur Ausführung bringt.

In all diesem wirren und häßlichen Tumult lassen sich aber gleichwohl bestimmte Züge einer Entwicklung erkennen, die auf den berühmtesten Bühnen der Kulturzentren gleichmäßig wiederkehrt. Am strengsten hält Italien und die französische Provinzialbühne an alten Traditionen fest. Dagegen sind die großstädtischen Theater in Paris, London, St. Petersburg, Wien und Berlin in eine Entwicklung eingetreten, die einerseits mit dem Wesen des modernen Dramas, andererseits mit den Fortschritten moderner Technik eng verknüpft ist. Es tauchen freilich auch heute noch immer wieder neue Propheten und theoretische Reformatoren der Künste auf, die eine Wiedererstehung des griechischen Theaters samt Kothurn, Maske und Chor proklamieren, oder die, von der blumenhaften Zartheit der asiatischen Kultur und Tanzbühne berauscht, die Kunst der Japaner für das erstrebenswerte Vorbild halten. Aber wer die Entwicklung des Theaters lange verfolgt, der kann nicht bezweifeln, daß die europäische wie die amerikanische Bühne vollkommen an d e r e Wege einschlagen wird, die weit abführen sowohl von den dionysischen Festspielen der antiken Welt wie von dem sozialen Orgasmus und Rausch der orientalischen Theater.

Wir wollen aber an dieser Stelle lediglich auf einige technische Neuheiten hinweisen, die für alle Länder von allgemeinstem Interesse sind. Hierzu gehört vor allem die sog. „Drehbühne“, die zuerst für die Aufführung Shakespeare-scher Dramen in München von Lautenschläger konstruiert wurde.

Sie bewährt das gewichtigste Prinzip des modernen Theaters: mit dem mindesten Raum auszukommen. Hatte man beispielsweise auf den alten Bühnen eine Szene zu inszenieren, die in einem mächtigen Schloßbau spielt, so schuf man sicherlich mittels grober und abscheulicher Malereien einen weiten Ausblick auf eine Flucht hoher Prunksäle. Heute würde man etwa ein mächtiges Schloßportal unmittelbar vor die Rampe rücken, nicht ein g a n z e s Schloß, sondern höchstens eine mannshohe Tür. Und man bringt damit den Eindruck von Wucht und Masse viel sicherer hervor.

Dieses Spielen auf geringstem Raum gestattete nun aber der Drehbühne einen erstaunlich schnellen Wechsel der Situationen, deren folgende schon dasteht, wenn die vorhergehende kaum verschwunden ist.

Eine Reform von besonderer Wichtigkeit besteht fernerhin in der Beweglichkeit der Felder des Bodens, wie sie z. B. das von Gwinner konstruierte Budapester Theater besitzt. Da jedes Quadrat des Fußbodens durch eine hydraulische Vorrichtung einzeln beweglich ist, so lassen sich z. B. Landschaften von ungleichem Terrain auf die Bühne zaubern, ohne daß man bemalte Pappen und Klappkulissen zu Hilfe zu nehmen hat.

Man strebt heute allgemein danach, echte bewegliche Requisiten an Stelle der gemalten und bloß imaginierten auf die Bühne zu bringen. Die bedeutendsten Bühnen der europäischen Großstädte machen von gemalten Bäumen, Blumen, Steinen, Mauerstücken, Bänken usw. nur noch spärlichen oder gar keinen Gebrauch. Dazu beginnt der Spiegelreflex und sogar der Kinematograph eine steigende Rolle zu spielen. Auf dem Theater Antoine in Paris wurde z. B. bei der Aufführung des deutschen Dramas Hannele von G. Hauptmann, dessen Menschen Traumerscheinungen eines sterbenden Kindes sind, sämtliche auftretenden Personen durch hinter der Szene befindliche Spiegel an das Bett des kranken Kindes reflektiert. Ähnliches geschieht heute vielfach z. B. bei den Traumfiguren in Richard III. Bei jener Hannele-aufführung wurde übrigens eine interessante Neuerung auch insofern gemacht, als die Titelheldin tatsächlich von einem ganz jungen Mädchen aus dem Volke gespielt wurde, das sich eben zu dieser und keiner anderen Rolle als glänzend geeignet erwies. Man kann sagen, daß das moderne Theater, soweit es nicht lediglich die alte, täglich sinnloser werdende Tradition der italienischen Opernbühne fortsetzt, unter zwei Devisen steht: Echtheit und Symbolik.

Man verachtet nichts so tief wie eine Inszenierung, die lediglich Ausstattung, d. h. eine dekorative Zutat und Paraphrasierung, etwa gleich Zierleisten oder Buchschmuck bieten will. Das Theater soll in jedem Augenblick „Seele“ sein. Die Ausstattung aber soll sich der Seele des geschauten Bildes unterordnen.

Neben der Forderung der Echtheit aller Kostüme und Requisiten erhebt sich die andere, daß der C h a r a k t e r des Bildes nie verletzt und niemals zugunsten grobrealistischer und faktischer Effekte zerstört werden darf.

Es sei endlich bemerkt, daß in allen Kulturländern heute ein vollkommen neuer Schauspielerstand im Entstehen begriffen ist, unter dem die feinsten und gebildetsten Männer und Frauen jeder Nation zu finden sind. Das moderne Drama Englands, Norwegens, und Deutschlands stellt neue psychologische Aufgaben, während in Frankreich der Zusammenhang der Bühnenkunst mit

der Körperkultur und das, was ein französischer Bühnenästhetiker „rhythmische oder plastische Gymnastik“ nennt, ein Gegenstand ernster Bemühungen geworden ist.

Insofern aber, als das Theater der unmittelbarste Ausdruck jeder Kultur ist, kann man sagen, daß die Entwicklung der Bühne auf das Aufkommen eines ganz neuen Menschheitsbewußtseins deutet.¹⁾



DR. FOUQUET, CAIRO: ALTE UND NEUE KUNST IN ÄGYPTEN.

DIE Ägypter schienen während vieler tausend Jahre unter den Kunstvölkern einen hohen Rang einzunehmen, ja, vielleicht den allerhöchsten. Schon ehe der Bau der Pyramiden begann, hatte bei ihnen Bildhauerkunst, Malerei und Architektur eine hohe Vollendung erreicht. Die Holzskulpturen, die Freskogemälde und die Statuen jener Epoche, die man im Museum zu Kairo noch heute bewundern kann, vor allem auch der Tempel der Sphinx, bedeuten unwiderlegliche Beweise dieser hohen Kunstkultur. Auch die Bearbeitung der Edelmetalle hatte um die nämliche Zeit eine Vollkommenheit erreicht, die seither nicht überboten wurde. Ihren Gipfel erreichte sie offenbar in der Zeit der 12. Dynastie, jener Zeit der Kleinode von Dachour.

Man hat sodann im Laufe der Jahrhunderte mehrere Perioden der Wiedergeburt und Entartung der Künste miteinander abwechseln gesehen. Heute aber muß man sagen, daß die Meisterschaft der Künstler, ja, daß beinahe die ganze Geschicklichkeit des Kunsthandwerks in Ägypten verloren gegangen ist. Das ist um so merkwürdiger, als das Volk, abgesehen von diesen Fragen der Kunst, stets seine Traditionen zähe zu behüten pflegte. Die Tradition ist dort eine so große Macht, daß sie, ohne Übertreibung gesprochen, sich über viele Jahrtausende hin fortvererbt. Dies geht so weit, daß ich am Körper einer Frau, die in Akhmira lebt, Tätowirungen gesehen habe, die in der Gruppierung, in der Anzahl der Linien, ja sogar in der Zahl der Linienpunkte mit Tätowierungen übereinstimmten, wie sie auf der Mumie einer Priesterin von Hathor (aus der 11. Dynastie) zu bemerken sind, die sich gegenwärtig in einem Schaukasten des Museums zu Kairo befindet. Ein paar Jahrhunderte voll Elend und Unterdrückung haben die Volksseele nicht verändern können. Aber sie haben den Kunstsinn erstickt oder doch wenigstens eingeschláfert.

Im gegenwärtigen Ägypten gibt es unter den Eingeborenen weder Bildhauer noch Maler. Einige Architekten freilich haben in den letzten Jahren Proben ihres Talents abgelegt. Aber sie haben, ohne Gewinn für die Kunst, lediglich europäische Muster des sog. modernen Stils zu kopieren vermocht. Einzig die Schmuckarbeiten von Assout und die Kunsttischlereien von Kairo haben noch ein Stück alter Tradition bewahrt. Der ausgesprochene Sinn der Europäer für Altertümer hat manche Eingeborene, hauptsächlich Kopten,

¹⁾ Den ersten Versuch praktischer Bühnenästhetik bietet das Buch „Theaterseele“ von Theodor Lessing. Studie über Bühnenästhetik und Schauspielkunst. Berlin 1907. Priber & Lammers.

veranlaßt, die alten Kunstgegenstände nachzuahmen: Tonwaren, Terrakotten, und Skarabäen. Für diese hat man oft Muster verwendet, die man bei den Ausgrabungen fand, oder auch Phantasiemuster entworfen. Im letzteren Fall habe ich sehr oft gefunden, daß italienische Handwerker, die im Solde von Eingeborenen arbeiten, die Urheber solcher Tricks gewesen sind. — Wenn er gute Anleitung findet, dann ist indessen auch der Eingeborene zu Kunstarbeiten noch wohl befähigt. Eingeborene aus der Nähe von Abydos haben Geschirre aus Alabaster zu dreheln begonnen, die man manchmal nur recht schwer von den echten alten Stücken unterscheiden kann. Die Maurer in Karnak, die von Herrn Legrain, einem Franzosen, geschickt angeleitet wurden, haben sogar die eingestürzten Säulen des Tempels genau nach den alten Bauregeln wieder aufzubauen vermocht. Sie haben Wunder von Geduld und Geschicklichkeit geleistet.

Schon heute kann man voraussehen, daß die Stunde der Wiedergeburt für Ägyptens Kunst herannaht. Wir wollen diese Bewegung hier verfolgen und von allen ihren Äußerungen Notiz nehmen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß durch die häufige Berührung mit Europa und seiner Kunst und fernerhin durch wachsenden Reichtum und Wohlstand, das ägyptische Volk sehr schnelle Fortschritte macht. Heute bewährt es noch vorwiegend seine bedeutende Fähigkeit der Nachahmung und Anpassung; aber es sieht schon der Stunde entgegen, wo seine schöpferischen Kräfte neu erwacht sein werden.



VIGELANDS BRUNNEN.

DAS bedeutsamste künstlerische Ereignis in Kristiania dürfte diesen Herbst ohne Zweifel das sein, daß die Kommunalverwaltung die noch erforderlichen Mittel für Gustav Vigelands großen Brunnen übernehmen will, womit sich also die Stadt dieses Kunstwerk gesichert hätte. Allerdings ist dieser Entschluß der Stadt noch nicht offiziell veröffentlicht. Aber nach dem Votum eines in dieser Frage zusammenberufenen Komitees zu schließen, darf es als ganz sicher betrachtet werden, daß diese Frage, die nun fast ein ganzes Jahr lang die Öffentlichkeit in Kristiania so lebhaft beschäftigt hat, in der allernächsten Zeit zu gutem Ende geführt werden wird.

Es ist auch keine Kleinigkeit, um die es sich handelt. Der Bildhauer Gustav Vigeland, der, obwohl noch jung, unstreitig für Norwegens größten Bildhauer gilt, hat im vorigen Jahre den Entwurf eines Springbrunnens ausgestellt, der ihn schon mehrere Jahre beschäftigt hatte. In der Mitte eines großen Bassins halten fünf Riesengestalten über ihren Köpfen eine große Schale, aus der das Wasser langsam niederströmt. Am Rande des Bassins finden sich zwanzig eigentümliche Baumgruppen, unter deren Ästen junge und alte, fröhliche und traurige Menschen sitzen oder stehen. Die Seitenwände des Bassins schmücken 66 Reliefs, und die Zahl der das Werk schmückenden menschlichen Figuren geht in die Hunderte. Die Kosten dieses monumentalen Werkes sind auf 350 000 M. berechnet. Da es nicht eine eigentlich leitende Idee, vielmehr das ganze Leben in seiner Fülle, mit seinen Kämpfen und Wandlungen ist, das durch die zahlreichen künstlerischen Gestalten

zum Ausdruck gelangt, so wird das Werk wohl mehr durch die Feinheiten seiner Einzelheiten wirken als durch die Wucht des großen Monumentalwerkes. Feierlichkeit des Monumentalen ist ja leider kein Charakteristikum der modernen Bildhauerkunst, und Vigeland teilt die Fehler und die Tugenden seiner Zeit. Künstlerisch ist Vigeland von Rodin ausgegangen, aber er hat seinen ganz persönlichen schlichten Weg gefunden und steht jetzt auf der Höhe seines Schaffens. Demnächst wird er sich an die Ausarbeitung des Brunnens machen, für dessen Vollendung er zehn Jahre ins Auge gefaßt hat. Seine beispiellose Energie bürgt uns, daß er diese gewaltige Aufgabe durchführen wird. Der Brunnen wird ohne Zweifel das Hauptwerk des Künstlers, und man erwartet — viel spricht dafür —, daß dies Werk ihm europäischen Ruhm erwerben und ihn unter den zeitgenössischen Bildhauern zu einem der tiefstdringenden Darsteller des Menschlichen machen wird.

Daß das Werk unter des Künstlers eigenen Landsleuten günstig aufgenommen wird, bezeugt die große, fast leidenschaftliche Begeisterung, mit der man im Vorjahre den Entwurf aufnahm. Das ist um so bemerkenswerter, als der Brunnen in seinem ausgeprägten Modernismus nicht das besitzt, was im allgemeinen zur Popularität führt. Während der Wochen der Ausstellung der Gruppe kamen 40 000 Menschen, sie zu sehen, und schon im Laufe der ersten Woche wurden private Beiträge von mehr als 100 000 Kronen gezeichnet. Später wurden auch einige Fonds zur Verfügung gestellt, und jetzt handelt es sich nur noch um eine kleinere Summe, die die Stadtverwaltung Kristianias garantieren will, um die Ausführung des Werkes zu sichern.



PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: NEGER- POESIE AUF HAITI.

IST die Negerrasse befähigt, wertvolle Beiträge zur Gesamtkultur der Menschheit zu liefern? Die Antwort auf diese Frage, die so bedeutungsvoll ist für das Problem allmenschlicher Solidarität, könnte uns zweifelhaft erscheinen, hätten nicht die Bürger der Negerrepublik Haiti uns eine neue Spielart der Dichtung, eine lyrische Poesie, die aus der Eigenheit der Tropennatur ihre Motive schöpft, gegeben.

Die meisten dieser Dichter leben in der Hauptstadt Port au Prince und verfassen ihre Werke in der offiziellen Landessprache, dem Französischen, zum Teil auch unter dem Einfluß französischer Literaturtraditionen, immer aber in eigener Weise, kindlich rein in ihren Liebesliedern, voll der Glut der Tropen in ihren Naturpoesien. Andere aber schreiben in der Volkssprache (dem Kreolischen, das aus einer Verschmelzung der Negersprachen mit dem Französischen hervorgegangen), mehrere auch zugleich in beiden Idiomen. Eine literarische Revue „L'Oeuvre“, herausgegeben von Massillon Coicou, gibt dem Dichterkreise ein Zentralorgan, doch sind mehrere Poesien haitischer Dichter auch in Paris erschienen.

Am stärksten kommt die rein lyrische Note wohl bei Durand und Georges Sylvain zum Ausdruck. Die Eigenheit von Massillon Coicou kommt mehr in seinen politischen Poesien, in seinen der haitischen Geschichte ent-

nommenen Dramen zur Geltung. Doch schildert auch er wie Durand und Sylvain die wundervolle Fülle der Gaben, die eine fruchtbar segenvolle Natur über das Eiland ausgegossen, die Urkraft der Tropensonne, die Majestät des Urwalds und die naive Lebensfreude der Menschen, denen alle Lebensnotdurft arbeitslos zuteil wird.

Von ernstem Pathos dagegen sind die Dichtungen Guilbauds durchweht. Er schildert die gewaltigen Kämpfe der Negersklaven um ihre Freiheit; den Sieg der Revolution und die Begründung der haitischen Republik: eine eigenartige Geschichtsperiode, die in der völligen Expropriierung des weißen Landbesitzes, in der nachfolgenden „proletarischen Diktatur“ der zu Bürgern der Republik gewordenen Negersklaven und der Neubegründung neuer Wirtschaftsformen statt der (ohne Sklavenbetrieb ökonomisch unmöglichen) Pflanzungen viele verwandte Züge mit den Zukunftsbildern des modernen Sozialismus aufweist.

Diese Verwandtschaft wurde auch von den haitischen Dichtern klar erfaßt; wir finden bei ihnen manche schöne sozialistische Dichtungen. Überhaupt fühlen sie sich, Guilbaud und Coicou vor allen, stets als berufene Wegweiser ihres Volkes. Sie rufen es auf, im Gedenken der großen Geschichte moralische, starke und patriotische Glut zu suchen; über alle Erinnerungen des Freiheitskampfes mit Napoleons des Ersten Generalen hinweg predigen sie ihm seine Dankesschuld an die französische Kultur und Liebe für das freigewordene republikanische Frankreich.

Und noch eines ist eigen auf dieser eigenartigen Insel: die lyrischen Dichter sind es, die, vom Volke als seine Wortführer erkannt, zu den höchsten Ämtern der Republik emporsteigen. Platos Traum von der Herrschaft der Philosophen ist in modifizierter Form bei den Negern Haitis realisiert: ihre Republik wird von lyrischen Dichtern regiert.



ROSINE HANDLIRSCH, WIEN: NEUE TIER- UND PFLANZENMALEREI.



ENN es ein Fortschritt zu nennen ist, das Solidaritätsbewußtsein gegen alle Lebewesen, auch in der Kunst zum Ausdruck gebracht zu finden, so ist es wohl auf das freudigste zu begrüßen, wenn Landschaftler sich der Tiermalerei zuwenden, doppelt freudig aber in Wien, wo dieses Gebiet jetzt ein völlig unbebautes Feld ist. Nun hat Simony, ein österreichischer Landschaftler, den Vorteil seines Könnens benutzend, das Tier im Freien, in seiner natürlichen Umgebung darzustellen versucht, und wir können nur wünschen, daß dieser Versuch nicht vereinzelt bleiben möge. Ist doch gerade von einem Österreicher das Höchste auf diesem Gebiete geleistet worden: von dem genialen und bisher unerreichten Alpenmaler Giovanni Segantini.

In den neuesten Werken Hugo Charlemonts in Wien finden wir auf anderem Gebiete Ansätze zu einer parallelen Entwicklungslinie. Wird dort das Tier mit brüderlicher Liebe als ein Teil der Schöpfung betrachtet, so bringt Charlemont nicht minder liebevoll und mit viel größerem Können

die Pflanzen zur Darstellung. Die Blume ist ihm nicht bloß Farbe, ein malerisches Objekt; er studiert ihre Wachstumsverhältnisse so eingehend, wie es Ruskin nur verlangen könnte, und bringt dabei auch die Wirkung des Sonnenlichtes und der atmosphärischen Luft aufs beste zur Geltung. Das bezeugen die Vegetationsbilder von den Brionischen Inseln und das wundervolle, vom Ministerium angekaufte Aquarell eines gelben Rosenstrauches. Seine kleinen Marinebilder weisen dieselbe feine Naturbeobachtung und liebevolle Detailausführung auf, ohne dabei kleinlich zu wirken. Die Brandung (auf Brioni) ist in der Bewegung so logisch durchgeführt, daß einem das Zurückweichen der Wellen und das Überschlagen derselben vollkommen plausibel erscheint. Es ist dies ein Problem, bei dessen Lösung die Maler auch direkt die Errungenschaften der modernen Wissenschaften benutzen könnten, wenn sie versuchen würden, sich über das Gesetzmäßige der Wellenbewegung und Lichtbrechung klar zu werden.

Daß eine umfassende, ich möchte sagen kosmische Naturbetrachtung auch auf dekorativem Gebiete zum Ausdruck gebracht werden kann, zeigen uns einige Arbeiten in der gegenwärtigen Ausstellung des Hagenbundes in Wien. Ein Krakauer Maler, Jan Bulas, hat zwei eigenartige Pastellzyklen eingesandt: „Die lächelnde Wiese“ und „Der Frühling“. Ersterer zeigt uns die Köpfe der Wiesenblumen ins Gigantische vergrößert. Von Faltern besucht ragen sie in leuchtender, lachender Farbenpracht in den blauen Himmel hinein. Naturwahr in der Zeichnung, hübsch in der Raumwirkung, natürlich und doch gewählt in der Farbengebung wirken die friesartigen Bilder naturalistisch und dekorativ zugleich. Der zweite Zyklus bringt ganz ähnliche Motive, nur skizzenhafter und in kleinerem Maßstabe.

Als Pendant haben wir auch hier wieder einen Tiermaler zu nennen: den Maler Karl Huck. Sein Temperabild „Reiher“ ist ganz aufs Dekorative angelegt, besonders fein in der Farben- und Linienführung, und doch sind die beiden Vögel von eminenter Naturwahrheit.

Dieselbe Verbindung von dekorativer und naturalistischer Auffassung sehen wir an den Zeichnungen und Radierungen von Ferd. Staeger aus Prag. Sie sind größtenteils satirischen Charakters; doch zeigen die beiden Zeichnungen von Alt-Prag, daß der Künstler Pflanzen und Tieren dasselbe Interesse entgegenbringt wie unseren lieben Mitmenschen. Auf der einen dient ein blühender Fliederzweig als Vordergrund für eine Fernsicht; auf der anderen läßt eine Hecke mit einem Vogelpärchen am Nest den Durchblick auf den Hradschin frei.

Diese Arbeiten der Hagenbündler scheinen von der japanischen Kunst beeinflusst zu sein, die ja so einzig in ihren dekorativen und doch unerreicht lebendigen Tier- und Pflanzendarstellungen ist.



CHRONIK

ALTE und neue Kunst in Japan. Die europäische Kunst hat bekanntlich lebhaftere Anregungen von seiten ihrer herrlich erblühten japanischen Schwester erhalten, und das Erwachen der impressionistischen Richtung in der europäischen Malerei ist mit auf den Einfluß Japans zurückzuführen.

Um so merkwürdiger mag es erscheinen, daß es in Japan selbst eine Gruppe von jungen Künstlern gibt, welche die alterprobten Kunsttraditionen ihres Volkes verlassen und europäische Maltechnik einbürgern wollen.

In Kioto und Tokio werden Ausstellungen veranstaltet, in denen man Ölbilder und Aquarelle (durchaus nach europäischer Weise und im europäischen Geist gemalt) betrachten kann. Würde ein Sieg dieser Richtung auch eine Vernichtung der altjapanischen Kunst und damit eine schwere

Schädigung des genannten Kulturbesitzes der Menschheit bedeuten, so müssen wir wohl weniger streng hinsichtlich einer zweiten Richtung japanischer Kunstbefähigung urteilen, welche eine Versöhnung und Verschmelzung japanischer und europäischer Maltechnik herbeiführen will.

Diese Künstler beharren im wesentlichen auf den technischen Methoden ihres Volkes, suchen aber mit ihnen europäischen Realismus und Wirklichkeitssinn zu verschmelzen.

Zu ihnen zählt auch ein Mitarbeiter unseres Blattes, Sowan Chikusa, welcher insbesondere in einer eigengearteten Darstellung einer Tempelszene „der gläubig Betenden und der neugierig Gaffenden“ ein wahrhaft realistisches Gemälde geschaffen hat, wie es bisher im rein idealistischen Kunstleben Japans wohl noch nicht bestand.



NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

DR. EGON SCHÖNHOF, WIEN: ÜBER EINE
TIERTRAGIKOMÖDIE DER NEUESTEN DEUT-
SCHEN LITERATUR.



ICH weiß nicht, ob Widmanns „Maikäferkomödie“ ein klassisches Kunstwerk ist. Zwar finde ich, daß auch die Form mindestens an einer Stelle zu voller dichterischer Kraft und Schönheit sich erhebt (nämlich in der herben und doch liebevollen Kritik, die der sterbende Maikäferkönig an Gott, Welt und Leben übt), aber die Kühnheit der Stoffwahl ist es, die mir das Werk bedeutsam scheinen läßt.

Die Engerlinge sind ein bleiches, kümmerliches Volk, das jahrelang in unterirdischen finsternen Höhlen haust, freudlos und in Angst vor seinen Feinden. Aber es lebt in ihm ein Glaube, unklar, doch stark, an Licht und Luft und Glanz in luftigen Höhen — der Glaube an seine Zukunft. Ein Glaube,

der, nun die Zeit sich erfüllet hat, zu heißer Sehnsucht und endlich zu mächtigem Wollen schwillt..... die Leiber selbst verwandelt, daß ihrer Plumpheit Flügel wachsen, die sie empor ans Licht der Sonne tragen..... Da geht ein Schwelgen an in blauer Luft, Freiheit und grüner Maienfülle; und eine Seligkeit, die bald in bangen Zweifel und dann sich in Entsetzen wandelt. Wohl bleiben die Lüfte lind, die Blätter saftig und die Erde schön. Schön ist die Natur, aber nicht gut, sondern unbarmherzig grausam. Gab es unter der Erde Maulwürfe, so giebt es hier oben viel bössere Feinde; vor allem die bête noire der Tierdichter, den Menschen.

Das uralte, moderne Lied vom großen Morden klingt an: Die Maikäfer morden die Blätter. Die Menschen morden die Maikäfer. Aber auch die Menschen sterben. Ob die Maikäfer das wissen? Ob wir ihnen nicht teuflische Götter sind? Es beweist den Optimismus — oder die Feigheit der Menschen, daß keine Religion, selbst der elendesten Rassen, die Welt für ein Spielzeug boshafter oder dummer Wesen hält.

Schnell — doch nicht eh' sein Lebensdrang Maikäferlust und -leid verewigt hat — schwindet das waffenlose Geschlecht von der kriegsdurchwüteten Erde. Zuletzt der edle König mit seinen Getreuen, von einem Knaben im Spiele hingemartert. Der große Glaube ist, da er sich erfüllte, eine große Lüge geworden. Der „rote Sepp“ hat Recht behalten. Der hat es nämlich — bei Gefahr der Freiheit und des Lebens — von Anfang an gesagt.

Es ist wohl das Feinste an diesem feinen Buch, daß der Skeptiker, da er vor den Gläubigen Recht behalten hat, sein Unrecht einsieht. Hat auch der Drang nach Seligkeit zum Tod geführt, so trieb er doch aus dumpfen Höhlen in Luft und Sonnenlicht heraus, — so ist ja doch der Drang ein seliger gewesen. Die reine Torheit des besiegten Königs siegt. Ein Hymnus auf den Optimismus, gedichtet von einem Pessimisten. Der Optimismus eines Pessimisten ist unerschütterlich.

Ich weiß nicht, ob dieser Sepp, der kalt den Zukunftsglauben — seines Volkes offizielle Religion — verleugnet, beziehungsvoll der „rote“ heißt. Wenn ja, dann wäre dem Dichter schweres Unverständnis der „roten“ Bewegungen vorzuwerfen. Die „Roten“, — das sind die Engerlinge, die jahrhundertlang, ein bleiches Volk, im Dunkel freudlos lebten — bis uralte Sehnsucht, zu übermächtigem Drange schwellend, sie auf zur Sonne reißt. Die „Roten“ glauben an die Zukunft und an die zeitliche Seligkeit. Sie stürmen gegen alle Kirchen — denn sie sind fromm. Nicht der ist fromm, der alte Kirchen aus Gewohnheit liebt oder aus Gleichgültigkeit dem eigenen Verfall überläßt, sondern der sie niederreißt, um neue aufzurichten.

Ovids goldenes Zeitalter, das in der Vergangenheit lag, blieb hoffnungslos unerreichbar. Als es in den Himmel übersiedelte, konnte man sein teilhaft werden, wenn man die Erde von sich abtat. Nun es in der Zukunft liegt, nun eilen wir ihm zu auf Wegen dieser Welt. Das sind drei Stufen des Glaubens; aber die Sehnsucht war immer die gleiche — und sie allein bürgt für das goldene Zeitalter —, wenn der Wille schaffensmächtig ist.

Die moderne Weltanschauung hat unsere Sehnsucht ins Weltall projiziert und erblickt in der Bewegung immer höheren Daseinsformen zu — die man den „kosmischen Auftrieb“ nennen könnte — das Urprinzip des Universums. Nach diesem Prinzip wird das Weltgeschehen ausgelegt. Zwischen Auslegen und Hineinlegen ist wohl nie ein großer Unterschied gewesen. Und so erfaßt, gewinnt es tieferen Sinn, daß Schicksalen einer uns recht fernen Tierrasse dieses Sehnen unterlegt wird, das wir als menschlich kennen.

Natürlich sind Widmanns Maikäfer trotzdem verkappte Menschen. Das sind die Literaturtiere immer gewesen. Der Unterschied zwischen der alten und der jüngeren Tierfabel ist nicht, daß in jener wirkliche Tiere, in dieser Menschen in Tiergestalt die Helden sind. Sondern der naive Tierdichter hielt die Tiere für anders geformte Menschen, und der ironische schilderte sie wider besseres Wissen so. Er glaubte nicht, daß die Tiere den Menschen in irgend etwas ähnlich sind, und darum interessierten sie ihn nicht. Er wollte nur mit Symbolen spielen.

Ist die Zeit für die dritte Gattung gekommen? Wir dünken uns dem Tier nicht ganz so fremd. Wir glauben nicht mehr an das menschliche Seelenmonopol. Wir haben uns ins Weltall eingefügt. Der allgemeinen Satzung fühlen wir uns untertan, und unsere Triebe sind kein Privilegium. Die Wissenschaft ist demokratisch. Aber keiner von uns glaubt, daß die Tiere in denselben Formen denken oder auch nur fühlen wie wir. Ihre Innenwelt spricht eine andere Sprache. Darum müßten wir, um sie der Dichtkunst zu erobern, ihren Trieben unsere Ausdrucksformen leihen — so etwa, wie in einem deutschen Stück auch die Franzosen und Engländer deutsch reden müssen. Und so würde sich der Symbolismus verkehren: es stellten nicht mehr Tiere Menschen vor, sondern Figuren von geistiger Menschengestalt würden Tiere unserem Verständnis näher bringen sollen.

Ein gewisser Skeptizismus wird wohl bleiben: wär's keine Maikäferkomödie, so wär' eine Tragödie draus geworden. Aber jedenfalls wird immer nur das in die Sprache menschlichen Innenlebens Übersetzbare ein dankbarer Gegenstand der Dichtung sein. Ganz Außermenschliches mag allenfalls als tatsächlicher Vorgang wissenschaftlich begriffen werden — Gegenstand der Dichtung ist inneres Erleben, und dieses ist nur durch Resonanzempfindung übertragbar. Auch von körperlichen Dingen der Außenwelt beschreibt der Dichter nicht die physikalische und chemische Beschaffenheit, sondern den Eindruck, den der Mensch von ihnen empfängt. Gelegentliche Grenzüberschreitungen beweisen nichts.

Aber die Demut, mit der unser Mikrokosmos in den Makrokosmos wieder eingetreten ist, hat ihre Kehrseite: wir finden im Kosmos die Gesetze, denen wir gehorchen — und schaffen die Welt nach unserem Ebenbilde. Und unsere Bescheidenheit wird zum höchsten Triumph des anthropozentrischen Größenwahns.

Für den Dichter gibt es keine andre Art, die Welt zu erobern. Der Stoffkreis der Dichtung ist auf Menschliches beschränkt. Darum ist er schrankenlos.